

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei bei Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interlions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kotau vor dem leeren Kanzlersessel.

Wir schätzen immer noch die Prinzipienfestigkeit und Charakterfestigkeit der bürgerlichen Parteien zu hoch ein. Wie niedrig wir auch unsere Erwartungen herabdrücken, sie werden stets von den Wortführern des patriotisch geeichten deutschen Bürgertums untertroffen.

Der gestrige Bülow-Mass in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte den Blockparteien den Stoch vorgehalten: Das Benehmen der Blockredner in der Diensttagssitzung, das Kaufen untereinander wie die Angriffe auf die Regierung, drohe die Fortführung der Blockpolitik unmöglich zu machen; also Ruhe im Block! Sonst... Werden die Patrioten daraufhin wirklich am Donnerstag über den Stoch springen und kuscheln? Das war die Frage des Tages.

Gestern konnte man noch schüchtern Hoffnungen hegen, daß so etwas wie Wahrung der eigenen Würde und der parlamentarischen Rechte von den Leuten versucht werden würde, die noch immer mit der Etikette „liberal“ oder gar „Volkspartei“ im Jolinderhut in der Welt herumlaufen. Der nationalliberalen Partei hatte ein Glücksfall die Gelegenheit in den Schoß geworfen, sich Verdienste um die Sicherung des Rechts der parlamentarischen Kritik an öffentlichen Mißständen zu erwerben. Denn um nichts Geringeres als um die Verstärkung dieser Rechte handelte es sich bei der von Bülow gedeckten Aftade Einens auf Paasche. Eine solche Kritik wie Paasche sie gewagt hatte an einem der schlimmsten Auswüchse des bürokratisch-militaristischen Systems muß für die Zukunft einem Blockpatrioten unmöglich gemacht werden. So etwas Unanständiges treiben zwar die Sozialdemokraten gewohnheitsmäßig, aber wer das Recht haben will, als Musterpatriot in einer Bülowrede belobt zu werden, darf zwar an parlamentarische Rechte denken, oder von ihnen träumen, aber sie betätigen — à done! — das schickt sich nicht!

Wären die Nationalliberalen etwas Besseres als Froschmolluskenbreinaturen, hätten sie Rückgrat, sie hätten mit einem kräftigen Fluch die Bülowische Zumutung zurückgewiesen. Sie hätten als Männer die Rechte des Reichstages und damit des Volkes gewahrt, möchte darüber der Block in Trümmer gehen, möchte auch Bülow vom Sessel purzeln. Aber sie hatten nicht einmal ein Gefühl für den Schimpf, den ihnen Bülow durch die Zumutung in dem offiziellen Blatt antat. Die Freisinnigen aber bewiesen, daß sie aus dem gleichen Dreck geteilt sind wie jene.

Zu ihren Fraktionsitzungen nach der gestrigen Annull und Fall durchgedrückten Vertagung hatten die sämtlichen Blockparteien beschlossen, sich der bürokratischen Anmaßung löblich zu unterwerfen. Einem freisinnigen Blatte war die Gnade vorbehalten, heute morgen das Programm für den Kotau der Blockparteien vor Bülow zu veröffentlichen. Namens der drei Gruppen des Blocks sollte in kurzen Worten der Treuschwur vor dem Landvogt geleistet werden; dann sollte noch der Zentrumsmann Gröber und der Freisinnige Müller-Reinigen zum Wort kommen, dann aber Schluß der Komödie!

Bei Beginn der Sitzung war der Reichstag ziemlich vollzählig beisammen. Auf der Bundesratstrasse drängten sich ein Halbduzend Staatssekretäre und ein Schock Bundesratsmitglieder und Geheimräte. Der Reichskanzlersessel aber war leer und blieb leer. Um die Herabwürdigung der buhstehenden Blockpatrioten recht sinnfällig zu machen, wurde ihnen der Kotau vor dem leeren Reichskanzlersessel zugemutet. Sie erfüllten denn auch alle Erwartungen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erteilte der Präsident Graf Stolberg, anstatt in der Rednerliste mit Gröber fortzufahren, das Wort Herrn v. Normann. Wer die Figur, die im Reichstag Herr v. Normann genannt wird, gehen, stehen, essen und trinken sieht, könnte glauben, daß er einen wirklichen lebendigen Menschen vor sich hat. Das wäre aber ein großer Irrtum. Wir haben da ein überraschendes Beispiel vor uns, wie weit es die moderne Technik in der Maschinenkonstruktion gebracht hat. Normann ist ein automatisch funktionierendes Grammophon, der von der konservativen Partei zu ihren offiziellen Kundgebungen in Betrieb gesetzt wird. Ein Druck auf den Knopf — wupp! — das Normann-Grammophon schnell in die Höhe, schlägt die Noten zusammen und schnarrt: Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir mit dem Herrn Minister völlig einverstanden sind.

Das Normann-Grammophon ist nur auf eine Rede eingestellt. Diesmal waren indes noch zwei neue Walzen in Vereinschaft gehalten. Die Erklärung des Festhaltens an der Blockpolitik wurde auch namens der Freikonserverativen und Antifemiten abgegeben, womit denn bei dieser feierlichen Gelegenheit offiziell der konservative Spezialblock in Funktion getreten ist.

Die Erklärungen Wassermanns namens der Nationalliberalen und Wiemers für die drei freisinnigen Gruppen waren völlig nach dem Normannschen Leitmotiv gemodelt: Festhalten am Block und Vertrauen zum Reichskanzler! Wassermann konnte aber nicht umhin, auch noch für den Paaschehtritt Ruhe zu tun. Er versicherte, an einen

Bortwurf gegen den Kriegsminister habe Paasche nicht im Traume gedacht. Sein Material würde er aushändigen, da es ihm nur darauf angekommen sei, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Die nationalliberale Partei habe obendrein von je zu dem Kriegsminister ein ganz besonderes Vertrauen gehabt und werde es ihm in treuer Liebe bewahren. Der Sinn dieses Extraopfers vor dem Hüter des Markstempels war die Versicherung, daß Paasche es nie, nie wieder wagen wird, am Militarismus ernsthafte Kritik zu üben; dafür darf er weiter vizepräsidentieren, bestrahlt von der Gnadensonne kanzlerischer Huld.

Von Normann zu Wassermann hatte sich die Heiterkeit der Blockgegner gesteigert. Als aber dann Wiemer gleich seinen Vorgängern den stereotypen Zusatz von der „Wahrung der Grundzüge“ mit seinem falschen Pathos in den Saal hineintrompete, erhob sich ein schallendes Hohngelächter, das die letzten Worte dieses Wortführers des Paaschouli-Freisinns überdönte.

So weit war alles programmäßig verlaufen. Dann kam aber eine Ueberraschung. Man erwartete, daß der Abg. Gröber vom Zentrum, der nunmehr das Wort erhielt, die treffliche Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung mit den Blockparteien und ihrer unwürdigen Mißachtung der Rechte der Minderheit benutzen würde. Für einen Oppositionsmann ist es ein Gottesgeschenk, in solcher Situation das Wort ergreifen zu können. Was geschah aber? Herr Gröber begnügte sich mit einem Winken über das widersinnigste Pärchen, Konservativ und Liberal, und — setzte sich.

Die Bedeutung dieses verblüffenden Verzichtes aufs Wort in solcher Lage ist nichts weniger als die Abdankung des Zentrums als Oppositionspartei.

Der Hintergedanke, der die schlauen Zentrumsdiplomaten leitet, ist offenbar der: Der Block ist zwar notdürftig wieder zusammengeleimt. Nur auf die Dauer wird alle Herabwürdigung den Liberalen nichts nützen. Sie werden aufgerieben oder beiseite geschoben werden, und dann braucht man das Zentrum. Um uns regierungsfähig zu erhalten, dürfen wir weder die Konservativen noch die Regierung zu sehr reizen. Also schweigen wir schonend!

Der Freisinnige Müller-Reinigen, der nunmehr zum Wort hätte kommen sollen, verzichtete unter diesen günstigen Umständen seinerseits. Nunmehr stand nur noch von der Sozialdemokratie Genosse Vebel und außerdem ein Pole auf der Rednerliste.

Vebel hatte sich das Wort zur Geschäftsordnung geradezu erzwingen müssen, um energisch dagegen zu protestieren, daß die Blockparteien wiederum wie gestern in einem Sonderkonventikel eine Kontingentierung der Redner für die Sitzung beschloffen und in einem liberalen Blatt verkündet hatten. Auf den Vorwurf, daß der Präsident außer der Reihe drei Redner eingeschoben habe, erwiderte Graf Stolberg ungeniert, die Reihenfolge der Redner bestimme er. Formell ist das richtig. Aber diese Dispositionsfreiheit des Präsidenten geht von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß er auch mit solchen Befugnissen nicht Mißbrauch treiben darf zur Vergewaltigung der Minderheit. Graf Stolberg, der bisher sich noch in seiner Geschäftsführung durch eine leidliche Unparteilichkeit vorteilhaft von den beiden liberalen Vizepräsidenten unterschied, hat heute bewiesen, daß er sich zu einem Werkzeug der Vergewaltigung der Rednerfreiheit für die Mehrheit hergibt.

Nunmehr geschah das Unerhörte, daß dem Führer der einzigen Oppositionspartei im Hause, dem Genossen Vebel das Wort in dieser bedeutsamen Situation durch einen Gewaltstreich abgeschnitten wurde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde von den Blockvertretern gestellt, im Handumdrehen unterstützt und angenommen.

Für diese Schamlosigkeit der Blockgesellen gibt es nur eine Erklärung, die überall, wo noch für Recht und Gerechtigkeit Sinn ist, verstanden wird: die Feiglinge wollten der sozialdemokratischen Kritik aus dem Wege gehen.

Singer gab in einigen kurzen Geschäftsordnungsworten der Entrüstung unserer Partei über diese gewaltsame, dem Parlamentarismus hohnsprechende Unterdrückung der Rednerfreiheit Ausdruck, die um so empörender wirkt, da die Sitzung nur eine halbe Stunde gedauert hatte und noch mehrere Stunden für die Diskussion bis zu der üblichen Schlußzeit zur Verfügung gestanden hätten. Aber es hat ja geradezu einen symbolischen Wert, daß diese liberalen Volksvertreter den Befähigungsnachweis für Staatsmännlichkeit bei der Feier der Blockverbrüderung dadurch liefern, daß sie den Parlamentarismus mit Füßen treten.

Und nun der Dank vom Hause Bülow! Die Blockparteien haben, dem Wink des Kanzlers folgend, vor seinem leeren Sessel Kotau gemacht. Man sollte meinen, daß diese Unterwürfigkeit sogenannter Volksvertreter alle Ansprüche eines selbstherrlichen Bürokraten befriedigen müßte! Wie aber lautet die Antwort Bülows? In der offiziellen Scherl-Presse wird folgende Würdigung der Ergebnissversicherungen der Blockparteien veröffentlicht:

„Diese Erklärungen werden dem Reichskanzler alsbald schriftlich zugehen, und er wird sich entschliefen, ob sie ihm für eine erzieherische Fortführung seiner Politik genügen. Da aber die Blockparteien einmütig und einwandfrei ihr Vertrauen zur Leitung der politischen Geschäfte durch den Fürsten von Bülow ausgedrückt

und betont haben, daß sie die Blockpolitik weiterführen wollen, erscheint es wahrscheinlich, daß der Reichskanzler den Mehrheitsparteien seine Mitarbeit nicht versagen wird.“

Auf die Ergebnissadresse ein Zutritt! Wie lästige Petenten werden Volksvertreter behandelt von dem Haupt des bürokratischen Regierungsrings. So weit ist es gekommen mit dem bürgerlichen Parlamentarismus!

Nun, um so rascher wird die große Masse des Volkes zur Erkenntnis kommen, daß nur die Sozialdemokratie für seine Rechte eintritt überall und jederzeit.

Die Kapitulation des Freisinns!

Die Blockgenossen haben aus neue durch einen feierlichen Rättischwur ihrem Vornträger Bülow treue Heeresfolge zugehört. Sie wollten alle die Blockpolitik mitmachen. Die Blockpolitik, diese Politik des konservativen Zweckbewußtseins und der liberalen Selbstbeherrschung, der reaktionären Taten und der liberalen schillernden Phrasen. Der Freisinn hat sich, wie das ja nach den bisherigen Leistungen der Fischek, Kopfsch, Wiemer und ihrer Getreuen nicht anders zu erwarten war, lässlich unterworfen. Er, der nach Herrn Schrader und Payer im Block und ja bisher schon stets der Leidende Teil war, hat sich „zum Wohle des Vaterlandes“ abermals mit der passiven Masse abgefunden. Er allein hat die Rede bezahlet müssen. In der Konferenz mit den Blockführern ist nach dem „Berl. Tagebl.“ der Zwischenfall Paasche gar nicht einmal erwähnt worden! Nur von der allgemeinen Lage, von den Gegenfragen im Block ist die Rede gewesen. Und es versteht sich am Rande, daß diese Disharmonien doch nur dadurch beseitigt werden können, daß der „entschiedene“ Liberalismus sich noch mehr Bescheidenheit auferlegt, als bisher schon. Erklärt doch die „Deutsche Tages-Zeitung“, daß den rechtsstehenden Politikern aus ihren bisherigen Reden nicht der mindeste Vorwurf gemacht werden könne! Dagegen sei Wassermanns Polemik gegen die Steuerpolitik und erst recht Herrn Paasches Eintreten für direkte Reichssteuern höchst bedenklich, von seinem Vorstoß gegen den Kriegsminister gar nicht zu reden. Da bekanntlich das Agrarierorgan und der agrarische Kanzler seit Geramann in dem intimsten Freundschaftsverhältnis stehen, ist es klar, daß Bülows Drohung mit Blocksperrung oder Demission nichts anderes war, als ein gelungenes Einschüchterungsversuch des Liberalismus!

Die Blockparteien haben zwar erklärt, daß sie für die Blockpolitik eintreten, ohne ihre politischen Prinzipien preiszugeben, allein das klingt beim Freisinn wie der blutigste Hohn! Alles, was die Regierung bis jetzt an Gesetzesvorlagen eingebracht hat, ist geradezu eine Brückierung der freisinnigen Prinzipien! Und zwar nicht nur nach sozialdemokratischer Ansicht, sondern auch nach Ansicht freisinniger Politiker selbst! Daß die Sprachenbestimmung im Vereinsgesetz die Vergewaltigung der freundschaftlichen Volksgenossen und die schwerste Gefährdung der gesellschaftlichen Tätigkeit bedeutet, darüber herrscht nur eine Meinung. Und daß das neue „liberale“ Vereinsgesetz die skandalöse Rechtslosigkeit der ländlichen Arbeiter und des Befindes aufrechterhält, hat gerade auch unter den Firsch-Dunderlischen Arbeitern den stärksten Protest hervorgerufen! Ein reaktionärer Schlag gegen das organisierte Proletariat soll auch durch das neue Krankenlastengesetz, das Bethmann-Hollweg ankündigte, geführt werden. Das sind die „Konzeptionen“ an die liberalen Prinzipien! Und trotz dieser Introdution der „liberalen Aera“ hat der Freisinn erneut den Rättischwur abgelegt! Er hat sich verpflichtet, künftig noch bescheidener zu sein, noch weniger Kritik zu üben! Nicht nur, daß er die skandalöse agrarische Auswucherung der von der Krise heimgejudeten Volksmassen ohne jeden ernstesten Protest mitmachen soll; er soll auch mitwirken, die Nation durch Bewilligung der neuen Marine- und Kolonialausgaben um viele hunderte Millionen zu belasten, ohne dabei die geringste Gewähr zu erhalten, daß diese Millionenlasten nicht schließlich wieder durch indirekte Steuern auf das Volk abgewälzt werden!

Ueber die Deckung der erforderlichen 250 Millionen jährlicher Mehrausgaben darf künftig nicht mehr gesprochen werden! Nicht einmal die einstweilen ja höchst platonischen Forderungen der Nationalliberalen, eine Reichsvermögenssteuer von minimaler Höhe einzuführen, sind ja nach dem Vorgehen Bülows mehr zulässig! Die erneute feierliche Unterwerfung des Freisinns unter die Blockbedingungen des agrarischen Kanzlers bedeutet so nichts weniger als die vor aller Öffentlichkeit erfolgte schamlose Kapitulation dieser „unentwegten“ Volksmänner vor der agrarischen Reaktion!

Die Preisgabe des Parlaments.

An der Komödie, die heute im Reichstag aufgeführt worden ist, ist vielleicht das merkwürdigste die Tatsache, daß in den bürgerlichen Parteien Deutschlands jedes Gefühl für Würde vollständig erloschen ist. Dies zeigt sich allerdings schon in der Art, wie der Bülowblock entstanden ist. Der Reichskanzler kommandierte den Freisinn einfach zur Majorität, wie man sonst Rekruten zum Rapport kommandiert. Und die Traven schwoften prompt ein. Jetzt befehlt der Reichskanzler plötzlich ein Vertrauensvotum, und gehoriam sieht ein parlamentarischer Führer nach dem andern auf und verliert die angebotene Erklärung. Nationalliberale und Freisinn erklärten gestern indirekte Steuern für unannehmbar. Heute erklären sie auf den Wink Bülows ihr Vertrauen derselben Regierung,

Die direkte Steuern für unannehmbar erklärt hat! Das empfindliche an der Sache ist, daß diesmal der Reichstag der Regierung gegenüber in einer selten starken Position ist. Die Regierung braucht ungefähr 250 Millionen neue Steuern, sie ist daher auf den Reichstag unbedingt angewiesen. Es ist eine Situation, in der der Reichstag, wenn er von seiner Macht Gebrauch machen wollte, der Regierung ohne weiteres vorschreiben könnte nicht nur, welche Art Steuern er gewähren wolle, sondern auch, welche Volkrechte vorher zu bewilligen seien.

Daß die Konservativen eine solche Politik nicht mitmachen, versteht sich ja von selbst. Die Konservativen, deren Geschäfte ja die Regierung besorgt, waren immer Gegner des Parlamentarismus überhaupt, den sie nur notgedrungen akzeptiert haben. Sie sind daher auch Gegner jeder Machterweiterung des Parlaments gewesen. Was soll man aber zu dem Freisinnigen sagen, der diese günstige Gelegenheit, dem Regierungsabsolutismus Zugeständnisse abzurufen, was ja nach seiner Auffassung Zweck der Blokade sein sollte, dazu benützt, um vor diesem Regierungsabsolutismus ganz und gar abzudanken. Der Freisinn frönt das Werk des Betrugs seiner Prinzipien jetzt damit, daß er das Parlament preisgibt, um die Herrschaft des Bismarck noch für einige Zeit zu erhalten! Angeblickt ist der Freisinn in die Regierungsmajorität gegangen, um größeren Einfluß auf die Reichspolitik zu erhalten. Er endet damit, daß er den parlamentarischen Einfluß überhaupt aufgibt und sich bedingungslos den Geboten der Regierung fügt! Fürst Bismarck erklärt, er wolle keine Kompromisse mehr, und der Liberalismus schweigt, damit die Kommandosysteme der Konservativen allein zu bestehen hat! Die Unstimmigkeiten haben aufgehört, aber ebenso jede Spur von Liberalismus!

Für die politische Entwicklung ist es aber nur von Vorteil, wenn die Blokade sich auflösen kann. Bedeutet sie doch die beste Möglichkeit, der Lüge des deutschen Liberalismus ein Ende zu machen. Je länger der Blokade lebt, desto rascher wird der Freisinn sterben. Die völlige Kompromittierung der freisinnigen Führer ist notwendig, um den freisinnigen Wählern endlich die Augen zu öffnen. Die Niederlage, die der Freisinn heute dem Parlament zugefügt hat, ist nur eine Niederlage des bürgerlichen Parlamentarismus. Die völlige Kapitulation des Freisinnigen, seine Preisgabe des Parlaments zeigt nur, wie sehr sich die Herren vor dem Werk ihrer eigenen Macht zu fürchten beginnen. Aber der Regierungsabsolutismus, der heute über das Parlament triumphiert hat, wird dafür sorgen, daß dieser Triumph keine allzu lange Dauer haben wird. Reaktionale Gesetze, neue Belastung des Volkes, Standale im Innern, Mißerfolge nach außen: das ist Anfang und Ende dieser Politik! Je unfähiger die herrschenden Klassen sich erweisen, desto größer wird die Zahl derer, die sich der Sozialdemokratie anschließen, die zur einzigen Partei der Volksoption gegen den Absolutismus geworden ist!

Cauter Antimilitaristen.

Paris, 2. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Deputiertenkammer hat gestern mit ungeheurer Mehrheit die Abkürzung der Wehrdienst- und Landwehrübungen von 28 und 13 Tagen auf 21 bzw. 15 und 7 angenommen. Für den Antrag stimmten Abgeordnete aller Parteien: 278 Mitglieder der sozialistischen und bürgerlichen Linken, 54 Mitglieder der Rechten und der nationalistischen Fraktion, 23 Gemäßigte und Progressiven. Dagegen außer den Ministern 51 Radikale, 2 unabhängige Sozialisten, 75 Gemäßigte und Progressiven und 33 Mitglieder der Rechten.

Die bürgerliche Linke hat also die Regierung im Stich gelassen. Auch die Vetoreitung des Kriegsministers, daß der Antrag die Sicherheit der Nation gefährde, verfiel nicht. Man hat die Melodie eben bei jeder Militärreform gehört, namentlich bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Picquart selbst war früher ein Anhänger der Abkürzung der Wehrübungen, aber er hat sich in diesem Punkte — wie in anderen — zu den Anschauungen der von ihm ehemals so sehr bescholtenen Generalstäbler „bekehrt“.

Die Annahme des Antrages ist natürlich nicht der Gegnerschaft der bürgerlichen Mehrheit gegen den Militarismus zuzuschreiben, sondern lediglich der Furcht vor der Wählerchose. Die Herren hätten sich einfach nicht mehr vor die Klubbürgerlichen und bürgerlichen Wähler getraut, die noch immer über die Erhöhung der Abgeordnetenmandate wütend sind, und nun durch die Erleichterung der militärischen Pflichten (und das Einrücken zu den Übungen gehört zu den lästigsten und am meisten verhassten) verhöhnt werden sollen. Oder wenigstens durch die offensbare Bemühung der Deputierten in diesem Sinne; denn es ist nicht wahrscheinlich, daß der Senat der Reform zustimmen wird. Bezeichnend ist es übrigens, daß sich auch die Nationalisten wohl gehalten haben, diesmal die „patriotische“ Flagge zu zehren. Liebes verstimmen sie noch ihre Freunde von der Generalität als ihre Wähler.

Der zu erwartende Widerstand des Senats erklärt allerdings nicht, warum die Regierung die gestrige Abstimmung mit solcher Seelenruhe über sich hat ergehen lassen. Es ist sogar geradezu ungeheuerlich, daß sie bei einer Angelegenheit, die nach der Erklärung ihres Sprechers die Sicherheit der Nation betraf, nicht die Vertrauensfrage gestellt hat! Aber freilich, ihre Niederlage war gewiß, und die Herren Clemenceau, Briand usw. haben keine Lust, die Annehmlichkeiten der Ministerschaft um eines lumpigen „Prinzips“ willen aus freiem Entschluß auch nur eine Minute früher aufzugeben.

Die Schicksalsfrage des Ministeriums ist vorläufig also verlagert. Bleibt die Mehrheit des Senats der Reform feindlich, so kommt es wohl zu einem Konflikt zwischen den beiden Kammern, da die bürgerlichen Deputierten nicht leicht zurück können. Man hätte dann wohl an eine Auflösung der Kammer zu denken, und in der Tat rufen manche Reaktionen nach einem „Akt der Energie“. Die Regierung dürfte indessen nicht darauf rechnen, eine andere gesinnte Mehrheit ins Palais Bourbon zu bekommen. Findet sich aber der Senat mit dem Beschluß der Deputiertenkammer ab, so ist die moralische Autorität der Regierung so geschwächt, daß der erste Windstoß das Ministerium weglegen muß.

Marokko.

Gerüchte.

Ein Telegramm der Deutschen Kabellegraphengesellschaft aus Tanger meldet:

„Nach einer marokkanischen Quelle wurde von den Rif-Fahnen der heilige Krieg erklärt. Sie haben sich mit dem Mogl verbündet, ebenso wie die ausständischen Stämme in der Umgegend von Casablanca mit den Anhängern Muley Hafid.“

Dem Pariser „Temps“ wird aus Tanger telegraphiert: „Die Nachrichten über die Kämpfe an der algerisch-marokkanischen Grenze und über die Niederlage, die der Schaugh-Stamm der Wahalla des Moghzen erlitten hat, haben auf die Eingeborenen einen bedenklichen Eindruck gemacht. Diese sind überzeugt, daß die Franzosen genötigt gewesen seien, Wadscha zu räumen, und daß ganz Süd-Dran bedroht sei. Man macht sich auf schlimme Nachrichten aus Casablanca gefaßt.“

Die Franzosen verstärken ihre Streitkräfte.

Aus Lalla Marnia wird als Gerücht telegraphiert, daß in der Nacht zum 5. Dezember das Lager von Martindrey von den Karoffanern angegriffen worden sei. Es habe sich ein heftiger Kampf entsponnen, in dem auf französischer Seite 15 Mann getötet oder verwundet worden seien. Andererseits meldet der Spezialberichterstatter des „Matin“, daß einige Abteilungen der Beni Snassen an den General Spauthey die Anfrage gerichtet hätten, unter welchen Bedingungen ihre Unterwerfung angenommen werden würde. Es sei ihnen geantwortet worden, daß von Bedingungen keine Rede sein könne, und daß der ganze Beni Snassen-Stamm sich bedingungslos unterwerfen müsse. Mehrere Führer der Beni Snassen wollen angeblich nach Wadscha kommen, um dem General Spauthey ihre Absicht kundzugeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Dezember 1907.

Die Vertagung des Wahlrechtsantrages.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet heute bei nur schwacher Besetzung der offenbar schon nach den Weihnachtsferien begierigen Abgeordneten den Entwurf eines Quellschutzgesetzes, das die Regierung dem Landtage in der im Vorjahre vom Herrenhause beschlossenen Fassung wieder vorgelegt hatte. Das Gesetz will die natürlichen und künstlichen Thermalquellen durch das Verbot von Bohrungen in einem noch näher zu bestimmenden umliegenden Schutzgebiet und andererseits gegen mißbräuchliche Benützung durch die Eigentümer mit Hilfe eines Enteignungsverfahrens schützen. Dieses Enteignungsverfahren, das in der Vorlage ziemlich willkürlich geordnet ist, fand bei den Freisinnigen und den Nationalliberalen Widerpruch, denen der Begriff des öffentlichen Interesses nicht scharf genug erschien — die Spuren des antipolitischen Enteignungsgesetzes schrecken — und die wenigstens für die Festsetzung der Entschädigung ein Verwaltungsstreitverfahren forderten. Das Gesetz ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgte die Beratung eines Antrages der Nationalliberalen auf Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts für Preußen. Wie im Reiche sollen auch in Preußen die Disziplinarverhältnisse, die Pensionen und das Ausruhen in höhere Gehaltsklassen nach einheitlichen Grundfahnen geordnet werden. Eine spezielle Förderung der Antragsteller war dabei die Forderung eines Wiederaufnahmeverfahrens für die zu Unrecht in Disziplinarwege entlassenen Beamten. Der Antrag fand gegen die Stimmen der Konservativen, die in ihrer übertriebenen Vorstellung von Beamtendisziplin den Beamten jede Rechtsicherheit verweigern wollen, Annahme.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein erneuter Vorstoß der Konservativen gegen die Warensteuer, die sie mit Hilfe einer ungeheuerlichen Umsatzsteuer erdrosseln wollen. Man schob diesen nun schon langweilig gewordenen Antrag in die Handelskommission ab.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Aber die Freisinnigen fühlten sich doch endlich demogen, einmal an den Präsidenten die bescheidene Frage nach dem Schicksal ihres Wahlrechtsantrages zu richten. Die Antwort des Präsidenten gab die bereits bekannte Meldung wieder, daß die Regierung in den 60 Jahren des bestehenden Dreiklassen-Wahlrechts noch keine Zeit gefunden habe, einen Standpunkt zu seiner Reform zu finden, aber bis Weihnachten genügend Budget in sich aufgenommen haben würde, um den Fehlbetrag der Wahlreform zu waschen, ohne ihn noch zu machen. Die Freisinnigen erklärten sich auch ohne Widerstreben damit einverstanden, die Wahlrechtsfrage, die ihnen ja nicht so wichtig ist, bis nach den Weihnachtsferien ruhen zu lassen, zumal der Präsident meinte, daß jetzt für diese Frage der Grundrechte des preussischen Volks unter den Widertänzen des Dreiklassenparlamentes doch kein genügendes Interesse mehr zu erwecken wäre, um ein halbwegs anständig besetztes Haus zusammenzubringen. Sie bekämen dafür von der Rechten die Erlaubnis, in der ersten Sitzung nach Neujahr ihre Zunderwasserreden gegen das Junkerregiment in Preußen vom Stapel zu lassen.

Das Abgeordnetenhaus macht Pause bis zum nächsten Mittwoch, wo das Polizeikostengesetz auf der Tagesordnung steht.

Eine Erklärung Rheinbadens.

Gegenüber den Gerüchten, die von einer Demission des Finanzministers wissen wollen, erklärte Herr v. Rheinbaben selbst nach der „Magdeburger Zeitung“, daß er keinen Anlaß habe, auf sein Amt zu verzichten, da er sich in seinen finanzpolitischen Auffassungen im Einklang mit sämtlichen verbündeten Regierungen und mit der Mehrheit des Reichstages befinde. Unter dieser Mehrheit, so fügt das Magdeburger Blatt hinzu, kann allerdings nicht die sogenannte Blokdemokratie verstanden werden, doch ist nicht in Abrede zu stellen, daß auch innerhalb des Blocks vorderhand das Programm der direkten Reichssteuern nicht die Mehrheit besitzt.

Politischer Karneval.

Nicht nur für die Blokpartei scheint, den lächerlichen Erklärungen der Normann, Wasserhann und Memer noch zu schließen, die Karnevalszeit bereits begonnen zu haben, sondern auch für das Reichstagsamt. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bringt nämlich an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Probe des reichstagsamtlichen unfeinwilligen Humors:

In ihrer Feindschaft gegen den Reichskanzler ist die „Allg. Volkszeitung“ seit einiger Zeit bemüht, glauben zu machen, daß zwischen dem Fürsten von Bismarck und den militärischen Intransigenen Gegensätze beständen. Ein neues Beispiel hierfür enthält das Blatt in seiner heutigen Ausgabe. Es heißt daselbst in einem Berliner Telegramm:

Falsch ist, wenn man glaubt wollte, daß Bismarcks Rede Bismarck unangenehm gewesen sei. Im Gegenteil, Bismarck hatte am Abend vor seiner Rede eine längere Unterredung mit Bismarck gehabt, und es ist doch wohl anzunehmen, daß das längere Gespräch sich mit Bismarcks Rede beschäftigt hat. Man wird also nicht fehlgehen mit der Annahme, daß zwar nicht Herr v. Einem, wohl aber Bismarck über Bismarcks nachlässige Rede genau unterrichtet war.

Wir können erklären, daß diese Angaben genau so haltlos sind wie die übrigen Behauptungen des Blattes über Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Kriegsminister.

Dieser Verhöhnung nach ist also dem Reichskanzler die Rede Bismarcks nicht angenehm, sondern recht „unangenehm“ gewesen. Zweifellos eine höchst wichtige staatsmännliche Feststellung. Vielleicht richtet das offizielle Blatt eine besondere Kritik mit dem Titel „Reichskanzler-Gefühle“ ein.

Freisinnige Kaufmänner.

Im Hinblick auf die Vertrauenserklärung, die der typische Vertreter des „entschiedenen“ Freisinnigen, der dauernd den Reichstag mit einem freisinnigen Bezirksverein verwechselnde große „Staatsmann“ Herr Dr. Wiemer, am Donnerstag dem Reichskanzler gegeben hat, dürfte es angebracht sein, an eine Aeußerung desselben Herrn zu erinnern, die noch gar nicht so lange zurück liegt. Es war am 16. Januar 1905, als Herr Wiemer seine Staatsrede im Abgeordnetenhaus mit folgenden Worten schloß:

Meine Herren, der Herr Ministerpräsident hat aufgefordert, Vertrauen zur Regierung zu haben, daß sie die Interessen des Landes wahren werde. Ich bedauere, für meine politischen Freunde erklären zu müssen, daß wir dieses Vertrauen nicht haben. Wir können nicht leben auf gefällige Worte, sondern auf die Taten der Regierung, und Herr Graf Bismarck wird sich nicht wundern, daß nach den Taten der Regierung der entschiedene Liberalismus in Stadt und Land diese innere Politik nicht billigt, sondern bekämpft in der Ueberzeugung, daß die Signatur einer gesunden Politik die Wohlfahrt aller sein muß. (Lebhafte Beifall bei der freisinnigen Volkspartei.)

Man vergleiche mit diesem wörtlich dem stenographischen Bericht entnommenen Ausspruch seine letzte Erklärung, und man wird auch ohne Kommentar wissen, was man von Herrn Wiemer und seinen Freunden zu halten hat. Eben noch die Vertreter der schärfsten Opposition, werfen sie sich zu Befürwortern der Regierung auf, und das, obwohl die Regierung ihnen auch nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht hat. Auch bis heute hat die Regierung nur „gefällige Worte“ für den Freisinn übrig, an „Taten“ hat sie es noch immer fehlen lassen. Trotzdem diese Wandlung in den Anschauungen des „entschiedenen“ Liberalismus! Fürwahr, das Nordseebad Nordenerney übt eine wunderbare Wirkung aus, es beruhigt nicht nur die erregten Nerven, sondern spült auch Gesinnungen und Ueberzeugungen hinweg, besonders wenn sie nicht allzu tief wurzeln!

Und solche Stippstöße ist zur Gesetzesmacherei im Reich und Staat berufen und hat den traurigen Mut, von der Wohlfahrt aller zu reden! —

Preussische Eisenbahnpolitik.

Die in dem preussischen Etat vorgesehenen Beiträge für die Ausrüstung und den Ausbau der preussischen Staatsbahnen übersteigen einschließlich derjenigen Summen, die in der angeführten Eisenbahnbilanz enthalten sind, die Ziffern des Vorjahres um 20 Millionen Mark. In dem Budget der Eisenbahnverwaltung sind nämlich 300 Millionen für den Bedarf von Oberbaumaterial und Fahrbetriebsmitteln bestimmt (gegen 280 Millionen im vorigen Jahre). Die zur Anschaffung vorgesehenen Fahrbetriebsmittel umfassen etwa 1000 Lokomotiven und 17 000 bis 18 000 Waggons. Von den Lokomotiven dürften 400 Stück bereits im Dezember zur Vergebung gelangen. Zu diesen Erfordernissen tritt dann noch ein Extraordinarium. Die preussische Eisenbahnverwaltung setzt demnach ihre Investitionspolitik, wie sie sie seit Jahren beobachtet, fort — ohne daß es ihr jedoch gelänge, die Klagen der Industrie über den Waggomangel, der insbesondere in den Zeiten der Hochkonjunktur sehr lebhaft war, bestimmen zu machen. Ganz zu geschweigen von einer Aufbesserung der Bezüge des Personals. Wo die Finanzpolitik Trumpf ist, müssen Industrie- und Sozialpolitik schweigen.

Dabei werfen die Bahnen steigende Ertragsnachte ab. So war der Ueberschuß derselben nach Verzinsung der Eisenbahnschuld im Jahre 1906 um mehr als 62 Millionen Mark größer als im Vorjahre, und er wäre noch größer gewesen, wenn die Verkehrseinrichtungen den Anforderungen des Güterverkehrs besser entsprechen würden. Fast alle Handelskammerberichte pro 1906 nennen unter den Hemmungen und Störungen der geschäftlichen Entwicklung mit an erster Stelle die ungenügende Befüllung von Güterwägen.

Dazu kommt die ungünstige Wirkung der im Mai 1906 eingeführten Fahrkartensteuer. Schon in den Monaten August und September (1906) zeigte sich eine Verschärfung des Verkehrs in die unteren Wagenklassen, und während der letzten Monate wurde die erste Klasse um 8,3 Proz. weniger benutzt als im Jahre 1905, während nach der Verkehrsentwicklung eine Zunahme von 6 Proz. zu erwarten war. Insgesamt ist also im letzten Quartal 1906 ein Ausfall von rund 16 Proz. zu verzeichnen. In der zweiten Wagenklasse ist während derselben Zeit nur ein Mehr von 1,7 Proz. erzielt worden, während 7,5 Proz. zu erwarten waren; in der dritten Klasse nur ein Plus von 3,3 Proz., während 8,1 Proz. erwartet wurden. Nur in der vierten Klasse ergab sich ein Mehr von 9,8 Proz. Kurz, die Enttäuschung des preussischen Eisenbahnfiskus ist eine große, und der einzige Effekt ist die Unzufriedenheit der Verkehrsinteressenten. Die allmächtige Bureaucratie will nicht begreifen, daß man die Henne, welche goldene Eier legt, auch gut füttern muß. Die bisherige Alimentierung genügt nicht.

Hamburgische Staatsorgen.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwochabend kam es bei der Beratung des Staatsbudgets für 1908, das mit 159 Millionen Mark abschließt, zu einer umfangreichen Debatte, in welcher der teure Wirtschaft in allen Zweigen der Verwaltung kein Loblied gesungen wurde. Auch einige bürgerliche Abgeordnete stellten recht trübe Betrachtungen an, die der Senatskommissar Dr. Mönkeberg, der mittelste, daß ein besonderes hamburgisches Erbschaftssteuergesetz demnächst dem Haupte zugehen werde, nach Möglichkeit zu entkräften suchte. Genosse Stolten hielt eine großzügige Rede, in welcher er auch die Finanzwirtschaft des Reiches behandelte, soweit die Einzelstaaten davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Sollten die ungedeckten Ratifikationsbeiträge gedeckt werden, so müßte Hamburg einen Beitrag von 15 Millionen Mark beisteuern, was ein schönes Loch im Hamburger Staatsbudget verursachen würde. Während die oberen und mittleren Beamten nennenswerte Gehaltszulagen erhalten hätten, seien die Arbeiter sehr schlecht bezahlt worden, obwohl gerade die Leertung gerade ihre Lebenshaltung wesentlich verschlechtert habe.

Nicht allein Genosse Stolten, sondern auch bürgerliche Abgeordnete beklagten das Beamtenlohn im Verhältnis zur Bevölkerung als viel zu hoch. Bei der Reorganisation werden viele Staatsarbeiter für private Zwecke der Beamten verwendet, sogar zum Stiefelputzen, Fensterputzen und Rinderwarten, sagte Dr. Bismarck von den Vereinigten Liberalen. Ein anderer bürgerlicher Abgeordneter wies auf den „Ernst der Zeit“ hin, auf die Fallissements angesehener Häuser und auf die traurige Verfassung des Hypothekenschatzes. Deshalb solle man bescheidenere Wirtschaften und nicht glauben, der letzte Groschen müsse unbedingt verpulvert werden. Diesem „Parasiten“ Herrn wurde jedoch vorgehalten, daß er vor gar nicht langer Zeit für eine äußerst unproduktive Sache, nämlich für den Wiederaufbau der einschüchtern großen Michaelskirche drei Millionen Mark bewilligt hatte aus Staatsmitteln, obwohl in Hamburg Staat und Kirche getrennt sind.

Und Verbürg sprach:

Bei einem Festakt der Deutschen Kolonialgesellschaft in Frankfurt hielt Herr Verbürg eine große Rede über unsere Kolonialpolitik. Er machte viel große Worte, sagte aber umso weniger. Er predigt namentlich Deutsch-Ostafrika als vielversprechendes Zukunftsländ, das freilich erst durch ein Reg von Verkehrswegen erschlossen und durch Hebung der Eingeborenenproduktion nutzbar gemacht werden müsse. Jrgend etwas Neues oder Tatsächliches brachte er nicht vor. —

Die Entrechtung der Minorität.

Die Komodie, die heute im Reichstag aufgeführt wurde, bedurfte zu ihrer Durchführung einer sehr eigentümlichen Handhabung der Geschäftsordnung. Bekanntlich stand das Haus in der Statdebatte und als nächster Redner war der Zentrumsabgeordnete Gröber gemeldet. Normalerweise hätte er auch das Wort bekommen müssen. Die Blockmehrheit hatte aber den Wunsch, die drei „feierlichen“ Erklärungen abzugeben. Nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung wäre es unzulässig gewesen, daß statt Gröber plötzlich die Herren Normann, Cassermann und Wiemer das Wort bekommen. Dem der § 47 bestimmt ausdrücklich: „Bei allen Diskussionen erteilt der Präsident demjenigen Mitgliede das Wort, welches nach der Eröffnung der Diskussion oder nach Vereinbarung der vordurchgehenden Rede zuerst darum nachsucht.“ Dieses Mitglied war eben Herr Gröber. Nun wird allerdings dieser Paragraph in Uebereinkunft mit den Parteien so gehandhabt, daß die Redner durch den Präsidenten den einzelnen Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke zugewiesen werden. Dieser Brauch besteht seit zwei Jahrzehnten und hat sich durchaus bewährt. Der Präsident hat sich aber weder an den Wortlaut, noch an die Tradition gehalten. Nach dieser hätte sowohl der Zentrumsredner als der sozialdemokratische zumindestens vor Herrn Wiemer das Wort erhalten müssen. Indem der Präsident nur die Vertreter der Mehrheitsparteien Erklärungen abgeben ließ, die beabsichtigten Erklärungen der Opposition aber einfach unterdrückte, hat er ganz willkürlich gehandelt. Graf v. Stolberg hat bisher die Geschäfte in ziemlich loyaler Weise geführt. Jetzt hat sich gezeigt, daß diese Loyalität nur Schein war. In dem ersten Moment, in dem es sich um eine wichtige Angelegenheit handelte, stellt er sich heraus, daß er sich nicht als Vertreter des Reichstags betrachtet, sondern nur als Beauftragter der Regierungsmehrheit, in deren Dienst er die Rechte der Minorität mißachtet hat.

Dabei sehen wir davon ab, daß er auch die Geschäftsordnungsmeldungen unserer Redner bis nach Schluß der Statberatung unbeachtet gelassen hat. Denn dazu hat er allerdings seit der schmählichen Verkündung der Geschäftsordnung durch die Leg Karodoff das formelle Recht, wenn auch der Gebrauch dieses Rechtes von uns, die wir das Zustandekommen der neuen Geschäftsordnung als Verfassungsbrech betrachten, nie als loyal angesehen werden wird.

Die Vorgänge im Parlament haben aber wieder auf neue gezeigt, daß die geänderte Geschäftsordnung nichts ist, als ein Mittel zur Vergewaltigung der Minorität. Und diesmal war der leidende Teil nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch das Zentrum, das heute als Minorität für die Sünden büßt, die es einst als Majorität im Bunde mit Konservativen und Nationalliberalen begangen hat. Rußischer der Vergewaltigung der Minorität war dagegen auch der Block freilich. Es ist bezeichnend, welchen Grad der Selbstentwürdigung der Freisinn bereits erreicht hat, daß er sich nicht scheute, diese skrupellose Anwendung gerade der reaktionärsten Bestimmungen der Leg Karodoff mit Begeisterung gutzuheißen, die er einst selbst mißbelämpft hat. Die Blockpolitik fordert eben ihre Konsequenzen und es ist eine notwendige Konsequenz der Preisgabe all seiner Prinzipien, wenn jetzt der Freisinn aus Angst vor einer Kritik, deren Berechtigung er nur allzugenut kennt, zu den Mitteln greift, die ihm die Leg Karodoff bietet. —

Liberalismus und Wahlrechtskampf.

In einer vom Sozialliberalen Verein, der Ortsgruppe A.D.N. der Freisinnigen Vereinigung, einberufenen Volksversammlung sprach gestern Abend Herr Dr. Breitscheid. Der Vorsitzende der Kölner Ortsgruppe erklärte zur Eröffnung der Versammlung: Die Sozialdemokratie ist mit großem Eifer in den Wahlrechtskampf gezogen; jetzt muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: Die bürgerliche und die soziale Demokratie gehören in diesem Kampf zusammen!

Herr Dr. Breitscheid legte dar, daß Bülow nie daran gedacht habe, mit dem Block liberale oder antisemitische Politik zu machen, sondern er wolle nur eine Mehrheit für die „nationalen“ Forderungen der Regierung haben. Wie sehen, so fragte der Redner, die „Konzeption“ an den Liberalismus an? Die Majestätsbeleidigungs-Novelle ist in Wirklichkeit ein Ausnahmengesetz gegen eine bestimmte Partei. Bei dem Vereinsrecht wird ein Ausnahmengesetz gegen die Frauen aufgehoben, um ein neues gegen die Polen zu schaffen. Sollen das Konzeptionen an den Liberalismus sein? Für die Massen des Volkes gebe es jetzt nur eine Forderung: das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Preußen! Und es kennzeichne die Situation, daß Bülow nicht ein Wort hierzu zu sagen habe. Die Thronrede gehe mit Stillschweigen darüber hinweg. Für die Liberalen sei es an der Zeit, dafür zu sorgen, daß ihre Prinzipien aus der Bruderschwärze in die Wirklichkeit übertragen würden. Und wenn die Sozialdemokratie links vom Liberalismus für ein besseres Wahlrecht kämpfe, so sei das kein Grund für die Liberalen, lässig zu sein. Das allgemeine Wahlrecht für Preußen sei keine sozialdemokratische, sondern eine liberale Forderung. Wenn die von der Sozialdemokratie angewendeten Mittel auch nicht immer den Beifall der Liberalen fänden, so sei das kein Grund, der Sozialdemokratie in den Rücken zu fallen. Das Pluralwahlrecht, wie es die Nationalliberalen wollen, könne nichts nützen; mit dieser Forderung rüttelte man keine Massen auf. Das Ziel der Liberalen müsse ein Block der gesamten Linken gegen die Reaktion und reaktionäre Politik sein. Die Situation hierfür sei allerdings sehr ungünstig; aber das eine sollten die Liberalen erstreben: mit reinen Händen vor ihre Wähler zu treten. Bei der Blockpolitik dürfen unsere liberalen und demokratischen Grundzüge nicht preisgegeben werden! (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion erklärte Parteisekretär Genosse W. Müller, daß die Sozialdemokratie mit Liberalen vom Schlage der Herren Barth und Breitscheid gern zusammenarbeiten wolle; leider aber finde man im „liberalen“ Bürgerium nur noch wenig Charakterstärke.

Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, in der „nachdrücklich die Erhebung des preussischen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht“ gefordert wird. —

Rationalliberale gegen die öffentliche Stimmabgabe.

In Köln haben bei den Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Abteilung die Ultramontanen über die Liberalen gestiftet und damit die Mehrheit im Rathaus erlangt. Die „Kölnische Zeitung“ streitet in einer nachträglichen Wahlbetrachtung den Merkmalen das Recht ab, in dem Anfall der Wahl einen Sieg der Zentrumsfraktion zu sehen. Man lerne den siegreichen Bundesgenossen des Zentrums: den Terrorismus, den diese Partei zur Erlangung und Verstärkung ihres Einflusses schon seit Jahren anbläht. In der dritten Abteilung seien viele Wähler zu

Hause geblieben weil sie „bei der öffentlichen Wahl nicht das Vertrauen ihrer politischen Ueberzeugung mit geschäftlichen Nachteilen bezahlen wollen“. Eine solche Wahlweise möge ein Unrecht sein, aber einen allzu großen Vorwurf könne man den Leuten nicht daraus machen.

Liberal denkende Wähler haben aus Furcht vor den rückwärtschreitenden Einwärtschreitungs- und Abschreckungsmitteln des Gegners in der dritten wie auch in der zweiten Klasse entweder gar die Liste des Gegners gewählt, oder gar nicht gewählt, oder aber ihre Stimm verteilt und jedem etwas gegeben. Ein zutreffendes Bild der wirklichen Mehrheitsverteilung würde daher wohl nur die geheime Wahl geben, und es darf mit Fug und Recht als höchst fraglich bezeichnet werden, ob bei einer solchen das Zentrum in der zweiten Klasse den Sieg erfordern hätte, zumal da bei der heutigen Wahl seine Mehrheit nur aus 21 bis 300 Stimmen bestand.

Werden sich die Rationalliberalen in Preußen die Erfahrungen ihrer Kölner Partei- und Gewinnungsgegnen nun zur nütze machen und schlemmigt und mit allen Kräften für Beseitigung der öffentlichen Stimmabgabe bei den Landtags- und Gemeindevahlen eintreten?

Zur Landtagswahlwahl im Altenburger Wahlkreise.

Kunmehr sind auch die Liberalen noch mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plane erschienen, den sie drei Tage vor den Wahlen ihren Schützen präsentierten. Es ist dies der aus dem letzten Reichstagswahlkampf her bekannte Rechtsanwalt Dr. Höfer-Altenburg, durch dessen entschiedenen Liberalismus der Wahlkreis Altenburg, in der Stichwahl am 5. Februar der Reichspartei ausgeliefert wurde. Herr Höfer ist schon bei der letzten Landtagswahl in demselben Wahlkreise Eisenberg-Rastha, noch dazu als Kandidat der gesamten vereinigten Ordnungsparteien durchgefallen. Es wird ihm also diesmal leichter werden, weil er Uebung im Durchfallen hat. —

Zentrums-Konsequenz.

Der „Vorwärts“ wies dieser Tage darauf hin, daß das Zentrum im Reichstage sich gegen die Aufhebung oder Herabsetzung der Lebensmittelpreise wehrt, weil dadurch die Höhe der Lebensmittelpreise nicht beeinflusst werde, daß zu gleicher Zeit aber ein führendes Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, in einem Artikel über die türkischen Wirtschaftsverhältnisse die Aufhebung der Getreidezölle als das „einzige durchgreifende Mittel“ erklärt, um dem Notstand der türkischen Bevölkerung abzuhelfen. Dieser Erscheinung, daß das Zentrum sehr vernünftig und volkshilffreich urteilen kann, wenn es sich um die Forderung anderer handelt, hat man häufig zu beobachten Gelegenheit. So schreibt der ultramontane „Volkshilffreund“ in Sachen über die politische Lage in Baden:

„Die erste Tat, womit der Finanzminister vor den neuen Landtag tritt, ist der Vorschlag der Aufhebung der Fleischsteuer, die vorher in Baden nur noch in zwei oder drei anderen Staaten Europas besteht. Schon vor Jahren hatte Cudenbergler daran gedacht, diese ebenso sehr vom Standpunkt der Volksernährung wie aus sozialen Gründen zu beanstandende indirekte Steuer zu beseitigen, hatte aber nicht den Mut besessen, mit diesem Vorschlag vor die Kammer zu treten.“

Nun muß man wissen, daß Baden eine derjenigen Städte in Preußen ist, die noch eine Gemeindefleischsteuer haben; daß Baden eine ultramontane Katholizität hat, daß aber das badische Rathhauszentrum sich bisher allen Verleumdungen, die vom Standpunkt der Volksernährung wie aus sozialen Gründen verwerfliche Steuer zu beseitigen, sich mit allen Kräften widersetzt hat! Das Zentrum ist da vernünftig und gerecht, wo es nichts zu sagen hat, aber ebenso volkshilffreich und arbeiterfreundlich, wo es das Best in Händen hat.

Wegen der Verleumdungen der „Post“ hat Genosse R. Fischer bereits gestern Strafantrag gestellt, und zwar hat er das Ersuchen an die Staatsanwaltschaft gerichtet, von Amts wegen im öffentlichen Interesse die Klage zu erheben. Neben der „Post“ hat er die Klage ausgedehnt auf alle Blätter, welche die Verleumdungen der „Post“ in ihre Spalten übernommen, nämlich die „Freisinnige Zeitung“, „Nationalzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Neueste Nachrichten“, „Reich“ und „Staatsbürger-Zeitung“. Dem Schlem der gewisslosen Verleumdung unserer Genossen durch die kapitalistische Presse kann nur dadurch auf den Leib gerückt werden, daß man sie vor den Richter zwingt; denn Verleumdungen und Erklärungen werden entweder untersucht oder die Verleumdungen werden nach kurzer Zeit wieder in anderer Form aufgetischt. Man braucht sich nur an die Eigennotiz von dem Selbstgelege Sobel-Singers an Kaisers Geburtstag zu erinnern! —

Australien.

Steigende Einnahmen, hauptsächlich aus Zöllen und Steuern, hat der australische Staatendruck zu verzeichnen. Im November wurden eingenommen 974 424 Pfund Sterling gegen 768 185 Pfund im November 1904. In den fünf Monaten des Fiskaljahres, endigend am 30. November, waren in den Hauptposten eingeleistet, somit als Einnahmen gebucht: 4 878 822 Pfund gegen 4 113 784 Pfund in der gleichen Periode des Jahres 1904.

In Südastralien hat das Staatsparlament eine Vorlage auf Einführung einer progressiv steigenden Landsteuer mit großer Majorität abgelehnt. Dieser Vorlage wurde in Arbeiterkreisen viel Wichtigkeit beigegeben, weil man mit ihr die Befreiung von ungeheurer großen Landsteuern hätte treffen können die aus spekulativen Gründen die Ländereien brach liegen lassen. Diese bezahlten nur geringe Steuern auf unbenutztes Land, während die kleinen Landbesitzer verhältnismäßig hoch besteuert sind.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Dezember, nachmittags 6 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Dr. Langerhans nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Es haben mehrere Ausschüsse statgefunden. In den Ausschuss für die Vorlage wegen Änderung des Reglements für die Versorgung der städtischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen hat die sozialdemokratische Fraktion die Stadtv. Heimann, Koblenger und Schuber deputiert.

In gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat wird die Wahl von 5 Mitgliedern und 8 Stellvertretern des Steuerausschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin, sowie je eines weiteren Mitglieds und Stellvertreters zwecks Veranlagung der Warenhaussteuer für 1905—1910 vorgenommen.

Den vom Magistrat geplanten Ankauf einer etwa 15 Hektar großen Parzelle der Wuhleide zum Preise von 7 1/2 M. pro Quadratmeter = 1 1/2 Millionen Mark hat der niedergesetzte Ausschuss einstimmig gutgeheißen. Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Ausschussbeschlusse bei.

Stadtv. Liebenow (N. L.) berichtet namens des Rechnungsausschusses über eine große Zahl von Rechnungen, über die Vorlage betr. den Stand der Laufende bei 52 Bauausführungen, über den Jahresabschluss pro 1905, sowie über die Abschlüsse der Kassenverwaltung der städtischen Werke, der Rathshausverwaltung

und der Verwaltung des Urbanhafens pro 1905. Durchweg ist vorläufige oder endgültige Entlastung beantragt. Eine Diskussion findet nur statt bei dem Bericht über den Stand der Bauausführungen.

Stadtv. Kollmann (Fr. Fr.): Unser Stadtbaurat Hoffmann hat sich in der Versammlung und im Auschuß mehrfach angegriffen gelassen lassen müssen, weil unter seiner Verwaltung so langsam gearbeitet wurde. Ein Ueberblick über das in den 10 Jahren seiner Amtstätigkeit allein auf dem Gebiete der Schulbauten geleistete beweist die Statistik dieses Vortrags. In seiner Zeit sind 101 Schulen gebaut und im ganzen mit den Krankenhausbauten usw. 135 Millionen verbaut worden, genügt eine großzügige Tätigkeit! Wohl einem solchen Bauherren, der einen solchen Leistungsfähigkeit nicht ist er nur, insofern er nichts davon wissen will, daß etwas über seine Linie gebrochen wird; in künstlerischer Beziehung genügt er sich selber nie genug. Er ist anerkanntermaßen einer der ersten Architekten Deutschlands, zu dessen Besten wir uns Glück wünschen müssen. (Allgemeiner Beifall.)

Im übrigen werden die Anträge des Ausschusses auf vorläufige oder definitive Entlastung angenommen.

Dem am 1. April 1905 in Kraft tretenden Volksschulunterhaltungsgesetz will eine Vorlage des Magistrats die zurzeit geltenden Vorschriften über die Schuldeputation und die Schulkommissionen anpassen; außerdem soll eine neue Verwaltungsdeputation für die höheren Lehranstalten gebildet werden.

Stadtv. Frey (soz.-fortschritt.): Die Vorschläge des Magistrats über die künftige Zusammensetzung der Schuldeputation werden wohl allgemeine Billigung finden, denn die Zusammensetzung wird so günstig sein, wie es nach dem neuen Gesetz nur irgend möglich ist. Die drei Lehrpersonen, der eine Rektor, der eine Lehrer und die eine Lehrerin, welche Mitglieder sein sollen, sind ja nur das Mindestmaß dessen, was berufen werden muß; bei der definitiven Bildung wird es gestaltet sein, darüber hinauszugehen. Bei der Abzweigung einer neuen Deputation für das höhere Schulwesen wäre nur zu bemängeln, daß 4 Magistratsmitglieder und nur 6 Stadtverordnete darin sitzen sollen; hier wünsche ich 8 Stadtverordnete, um das sonst übliche Verhältnis herzustellen, zumal da Bürgerdeputierte einzuweilen nicht vorgezogen sind. Wichtiger sind nun leider diejenigen Fragen, über die in der Vorlage nicht steht: das Verhältnis der Stadt zu den Privatschulen, die Schulaufsicht, die Rechte der Stadt bezüglich der Rektoren- und Lehrerernennung. In allen diesen Beziehungen hat der Magistrat doch erst vor kurzem durchaus sich auf unseren Standpunkt gestellt; ich nehme an, daß die bezüglichen Verhandlungen mit dem Kultusministerium nicht zum Abschluß gekommen sind, bitte aber den Magistrat bringen, nicht zu einem irgendwie bindenden Beschluß zu kommen, ehe uns Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben ist. Einen verständnisvollen Rückhalt an der Versammlung wird der Magistrat bei diesen Verhandlungen nicht finden; um jeden Preis zu einem Kompromiß zu kommen, ist unsere Meinung nicht. (Beifall.)

Stadtv. Gaffel (N. L.): Auch mir scheint eine Erhöhung des Minimums der Vertreter der Lehrpersonen in der Schuldeputation am Platze. Die anderen Gesichtspunkte jetzt eingehend zu betonen, ist auch deshalb kein Anlaß, weil die Unterrichtsverwaltung mit der Stadt kommissarisch diese Materie regeln will. Die neu projektierte Deputation für das höhere Schulwesen wird zweimalig später auch durch Bürgerdeputierte zu vervollständigen sein. Eine größere Zahl von Mitgliedern der Versammlung in dieser Deputation schien auch und erwünscht, doch wollen wir die Annahme der Vorlage nicht von einer Änderung dieser Zahl abhängig machen. Vielleicht genügt es, den Magistrat darum zu ersuchen; im übrigen sollte die Vorlage einfach angenommen werden.

Oberbürgermeister Kollmann: Der Magistratsvorschlag geht darauf zurück, daß nicht ein zu großer Apparat von vornherein in Funktion gesetzt wird. Die Zahl der Magistratsmitglieder kommt nicht wohl geringer gewählt werden. Lassen sie die Sache sich erst einleben, sollte sich eine Änderung als notwendig herausstellen, so wird der Magistrat sich nicht ablehnend verhalten. Im übrigen belästige ich, daß auf Anregung des Kultusministers kommissarische Verhandlungen über das Gemeindefleischwesen stattfinden.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Hiernach kann sich der Kollege Frey wohl beruhigen.

Stadtv. Frey läßt seinen Antrag zurzeit fallen; die Vorlage wird angenommen.

In den Etat für 1905 sollen an gemeinnützige Vereine und dergl. eine Reihe von Zuwendungen erhöht oder neu eingestellt werden. Es sollen neu zugewendet werden: dem Preussischen Fortbildungsschulverein Mitgliedsbeitrag 25 M., dem Verein zum Schutze der Kinder vor Ausbeutung und Mißhandlung 500 M., dem Frauenlagereitverein 5000 M., dem Deutschen Verein für Volksbildung, Ortsgruppe Berlin, 1500 M., dem Verein für die Berliner Arbeiterkolonie 1000 M., dem Zentralhilfsverein zur Förderung der Berufstätigkeit der Blinden Deutschlands 500 M., dem Verein zur Erziehung von Arbeiterkinderheimen 2000 M., dem Deutschen Verein für Materialprüfungen der Technik zwei Mitgliedsbeiträge 8 M. Als außerordentliche Beihilfen sollen gewährt werden 15 000 M. dem Zentralverein für Arbeitnachweis (3000 M. für die Arbeitnachweise, 10 000 M. für den Dienstlohnanspruch) und 100 M. an die Deutsche Dichterverbändebeihilfe. Eine Erhöhung erfahren sollen die Zuwendungen an den Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend von 5000 auf 6000 M., an den Freizeitsverein Berlin des Vaterländischen Frauenvereins zur Unterhaltung seiner Haushaltungsschulen von 1000 auf 1500 M., an die Freie Hochschule Berlin von 1000 auf 1500 M., an den Verein zur Förderung der Kleinrentnerbewohnerschlösser von 5000 auf 6000 M., an den Verein für die Wohnreichen Kleinrentnerbewohnerschlösser von 500 auf 1000 M., an den Verein für Volksgärten von 500 auf 1000 M.

Hierzu liegen Anträge vor, wonach die Stadt: a) Einrichtungen für die Speisung bedürftiger Schulkinder treffen soll, b) die Subvention des Vereins für Kindervolksküchen so erhöhen soll, daß der Verein seinen Aufgaben nachkommen kann.

Stadtv. Mommsen: Der Antrag sub a) gehört nicht zur Tagesordnung, er ist völlig selbstständig. Auch haben die Fraktionen diese recht wichtige Frage noch nicht besprochen können. Der Antrag ist als selbstständiger Antrag zu behandeln und also von der heutigen Tagesordnung abzusehen; er kann ja in acht Tagen verhandelt werden.

Stadtv. Liebermann (N. L.) beantragt Ausschussberatung.

Stadtv. Bergmann (soz.): Wir müssen und ja fügen, wenn nach dem Antrage Mommsen beschlossen wird. Da aber der Gegenstand in einem Ausschuss beraten werden muß und der für diese Vorlage zu wählende sich besonders dafür eignet, so bitten wir, ihn hier zu verhandeln.

Stadtv. Labowitz (N. L.) erklärt sich für die Auffassung des Stadtv. Mommsen, ebenso Stadtv. Gaffel, da der Antrag die Schöpfung einer besonderen weittragenden städtischen Einrichtung betreffe.

Vorsitzender Langerhans: Heute kann über den ersten Antrag überhaupt nicht beschlossen werden.

Stadtv. Bergmann: Wir sind mit der Zurückstellung des ersten Teiles unseres Antrages einverstanden. Die Vorlage selbst gibt zu kritischen Bemerkungen mehrfachen Anlaß. Für die Erhöhung der Subvention für die Kindervolksküchen stimmen wir selbstverständlich, behalten uns aber für später besondere Anträge vor, um diese Frage ihrer Bedeutung entsprechend zu würdigen. Die außerordentlich für den Arbeitnachweis verlangten 15 000 M. veranlassen uns zu der erneuten Forderung, daß die Stadt diese Materie selbst in die Hand nimmt. Unser Antrag betrifft die Unterstützung des Vereins für Kindervolksküchen. Aus der von ihm uns übersandten Denkschrift geht hervor, daß eine große Not vorhanden ist, daß die Mittel des Vereins längst nicht mehr ausreichen, daß die Zahl der Kinder, die sein Mitgliedsbeitrag bekommen, immer mehr wächst. Demnach hat der Magistrat keine Erhöhung der 3000 M. Subvention vorgeschlagen, was uns sehr bedauert. Andere Kommunen tun dafür viel mehr, in England ist die Sache sogar gesetzlich geregelt. In Frankreich, be-

Sonders in Paris, werden ganz erhebliche Summen jährlich für Schulkantinen ausgegeben. Da sind doch die 3000 M. Berlins für diesen Zweck eine ganz winzige Summe. Der Berliner Verein kann mit seinen Mitteln nur 4000 Kinder versorgen, aber etwa 10 000 sind als zu berücksichtigend festgesetzt; ja, von Hunderten wird die Zahl noch für weit größer angesehen. Die Arbeitslosigkeit greift in Berlin immer weiter um sich; die Rückläufigkeit der Konjunktur macht sich immer fühlbarer, die Arbeitsnachweise werden gekürzt, auch auf die kleinste Stelle erfolgt ein gewaltiger Andrang. Mindestens 30—40 000 Arbeitslose sind jetzt in Berlin vorhanden; also muß die Notlage in den Arbeiterkreisen ganz erheblich gestiegen sein und mit ihr die Zahl der hungernden Kinder. Die Prozedur des Vereins ist eine schwere Anklage gegen die Stadt Berlin, die verjährt hat, rechtzeitig Vorkehrungen gegen diese Notlage zu treffen. Wir beauftragen diesem Vereine sofort die notwendige Summe zur Verfügung zu stellen, welche ihm ermöglicht, seine Aufgabe zu erfüllen; die Mittel dafür werden wir wohl noch beschaffen können. Wenigstens den guten Willen muß Berlin zeigen. Wien gibt 80 000 Kronen, Paris über 1 Million Francs jährlich dafür aus; selbst das kleine Charlottenburg opfert mehr als Berlin. Es geht durchaus nicht an, wenn man aus Animosität gegen eine gewisse Persönlichkeit die Abneigung gegen die Erhöhung der Subvention beschleunigt. Es kann doch die Stadt Berlin hier nicht zurückstehen wollen, weil ihr die Rufe des Betreffenden nicht gefällt. Ich hoffe, daß die Sympathie mit dem Vereinszweck auch die Mittel flüssig zu machen helfen wird.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Die Schulverwaltung hat für die Prüfung dieser wichtigen Frage eine Kommission eingesetzt — noch vor Ercheinen der Prozedur. Die Kommission hat zwar noch nicht tagen können, ihre Arbeiten werden jetzt aber möglichst beschleunigt werden. Das Material des Vorschlags des Vereins haben wir erheben und werden es prüfen. Wir müssen es, weil der Vorschlag sich bisher mit der Stadt nicht in Verbindung gesetzt hat, sondern mit der Frau Ministerin. Die Stadt hat weiter nichts darüber erfahren. Der Magistrat wird demnächst in der Frage Stellung nehmen. (Beifall.)

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.): Der gegen Berlin erhobene Vorwurf ist hiernach unberechtigt. Die Einrichtung selbst besteht ja schon seit langen Jahren; ich sehe ihr durchaus sympathisch gegenüber. Aus Lehrerkreisen ist mir aber mitgeteilt worden, daß gegen sie Bedenken erhoben werden; insbesondere wegen der Art der Speisung, die geradezu ausgereicht habe, die Hälfte des Vereines in Anspruch zu nehmen. Der Hinweis auf Paris kann hier nicht zichen, da Paris alle Lebensmittel hoch besteuert. In München besteht nichts anderes, als was wir hier längst haben, eine solche Speisung als Unterabteilung der Armenpflege. Die Beschwerden aus Lehrerkreisen müssen jedenfalls geprüft werden. (Beifall.)

Stadtv. Gassel: Lieber die prinzipielle Seite der Sache wird ja bei Gelegenheit des anderen Antrages Arons zu sprechen sein. — Die Vorlage fordert eine Erhöhung des Betrages für den Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend. Der Verein erteilt auch Haushaltungsunterricht und unterhält Hochschulen. Die Resultate sind gut und die Nützlichkeit der Einrichtung zweifellos; leider ist die Zahl der Unterrichtsstellen noch sehr klein und es würde eine Vermehrung in Betracht zu ziehen sein, der Magistrat sollte nach Möglichkeit die Einrichtung neuer Schulklassen fordern.

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Die Zahlen des Abrahamischen Vereines können gewiß nicht ohne weiteres angenommen werden, aber wir haben ja auch andere Erfahrungen auf diesem Gebiete, so die angeführten Enquêtes und die Erfahrungen der Schulärzte. Es hätte unserer Anregung hier gar nicht erst bedürfen sollen. Jedenfalls werden auch diese Erfahrungen vom Magistrat beachtet werden müssen.

Stadtv. Rosenow (A. L.) hofft, daß der Magistrat bald eine recht weitgehende Vorlage an die Versammlung gelangen lassen werde.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Für eine Reihe von Vorklären, die auf den städtischen Nieselfeldern im Stadteck 1908 errichtet werden sollen, legt der Magistrat die allgemeinen Entwürfe und Kostenanschläge vor. Es werden im ganzen 711 800 M. gefordert; die Anfuhr der Baumaterialien soll bereits im Laufe des Winters beginnen.

Stadtv. Barth (A. L.) bittet, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. Im vorigen Jahre sei beim Etat vom Stadtv. Borgmann die Betriebsweise der Nieselfelder bemängelt und eigene Viehhaltung auf den Nieselfeldern gewünscht worden. Der Magistrat lehne aus seinen prinzipiellen Standpunkt dagegen abzugeben zu haben, denn in der vorliegenden Aufstellung seien Kosten für den Bau von Viehställen enthalten. Die Sache müsse gründlich geprüft werden.

Stadtv. Borgmann: Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß aus der vorliegenden Vorlage eine Aenderung des prinzipiellen Standpunktes des Magistrats über eine Bewirtschaftungsweise der Nieselfelder hervorgeht. Das eingestellte Vieh muß eingestellt werden. Auch in den Jrenenanstalten wird die Aufzucht nicht über das Maß hinaus betrieben, was an Bedarf vorliegt; ebenso die Schweinezucht. Für die Jrenenanstalt Buch ist die Einrichtung getroffen, daß das Gut Buch den Bedarf an Milch und Fleisch zu liefern hat. Da dadurch der prinzipielle Standpunkt des Magistrats nicht berührt wird, können wir die Vorlage auch ohne Ausschussberatung annehmen.

Stadtv. Wagner bestätigt, daß eine Aufzucht in den Jrenenanstalten über den nötigen Bedarf hinaus nicht beabsichtigt ist; ebenso wenig auf den Gütern eine besondere Viehhaltung.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Magistratsvorlage angenommen.

Die Frage, ob und inwiefern der ehemalige Botanische Garten als öffentlicher Park erhalten bleiben könnte, hat nunmehr nahezu 12 Jahre geschwebt. Inzwischen hat der Fiskus über einen großen Teil des Grundstückes verfügt. Den Rest von 57 000 Quadratmeter will der Finanzminister der Stadt für 2 Millionen Mark überlassen; außerdem soll die Stadt noch 1870 Quadratmeter für die Verbreiterung der Grunewaldstraße, zwischen Haupt- und Elsholzstraße, erhalten. Das Terrain soll porförmig angelegt, der Kaufpreis aus dem Reservefonds der Sparkasse entnommen werden.

Die Stadtv. Labewig (A. L.) und Haberland (A. L.) beantragen, die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtv. Kollowosky (Soz., fortsetz.): In Anbetracht der zwölfjährigen Vorverhandlungen über diese Vorlage könnte das Wort des Horaz gelten: nonum prematur in annum. Ich nehme Gelegenheit, dem Magistrat öffentlich den Dank für die Vorlage auszusprechen. Leider hat durch das sog. Charitégesetz die reaktionäre Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine erhebliche Aufstellung des Botanischen Gartens durchgeföhrt, der eine Lunge für die ganze Gegend war. Es wurde auch in der Stadt oft gesagt: Die reichen Günde im Westen haben ja den Tiergarten! Ja, die Gegend um den Botanischen Garten bevölkert einer der ärmsten Teile Berlins, und der Tiergarten liegt eine halbe Stunde ab. Immerhin ist nach den langwierigen, jahrelangen Verhandlungen vom dem Finanzminister jetzt der Stadt Berlin etwas mehr Entgegenkommen bewiesen worden. Der Preis von 700 M. für die Quadratrute kann auch nicht exorbitant genannt werden.

Stadtv. Haberland (A. L.): Wir wünschen Ausschussberatung. Ein großer Teil meiner Freunde begrüßt die Vorlage mit Sympathie, da wenigstens ein Teil des Botanischen Gartens gerettet wird. Weniger schmachhaft finden wir, daß Schöneberg sich nicht an den Kosten beteiligt. Diese Frage muß im Ausschuss geprüft werden.

Stadtv. Singer: Es handelt sich hier nicht darum, daß die einzelnen Stadtgemeinden ihre Parks sich gegenseitig ausrechnen. Jede Befestigung eines öffentlichen Parks ist ein Attribut auf die Gesundheit des Volkes! Hier müssen wir auf einen Teil eines Parkes verzichten, weil der Fiskus das Terrain ausschlichten wollte. Gesagt werden muß bei

dieser Gelegenheit, daß es geradezu unbegreiflich und unverantwortlich ist, daß der preussische Fiskus eine seit Jahrhunderten von der Öffentlichkeit benutzte Erholungsstätte aus fiskalischen Rücksichten zu Bauplänen verwendet! Wenn öffentliche Gelder für den Bau gesunder Wohnhäuser hergegeben werden, wenn ein neues Wohnungsgesetz geplant wird, so steht ein solches Vorgehen des Fiskus dazu im krassen Gegensatz! Nicht der „unglückliche Zufall“ des Charitégesetzes hat die Haltung der Regierung veranlaßt. Dieses Gesetz ist geradezu gemacht worden, um der Bauwelt, der Auslieferung des Parks für Bauzwecke den Weg zu bahnen. Hätte man im preussischen Landtag eine Empfindung für diese Handlungsweise gehabt, hätte man eine Abmahnung von der Notwendigkeit solcher öffentlichen Parks in Großstädten gehabt, so wären solche Beschlüsse einer Volksvertretung nicht möglich gewesen, die von einer Volksvertretung nur den Namen hat. Die Stadt Berlin hatte ja dem Fiskus angeboten, daß der Staat den Park behielt und Berlin mit Schöneberg die Unterhaltungskosten trug; beim Fiskus hat aber diese Anregung keinen Anklang gefunden. Die richtige Antwort an den Fiskus wäre ja gewesen, er solle die 57 000 Quadratmeter auch noch bekommen, dann schlage er noch etwas mehr heraus. Sehr gut! Aber als Stadtverordnete, die die Interessen der Bürgerschaft wahrnehmen müssen, können wir trotz aller Bedenken, auch trotz der unbegründeten Weigerung Schönebergs, es nicht verantworten, daß der ganze Park bebaut wird und den Anwohnern jener Gegend der letzte Ort entzogen wird, wo die Kinder sich erholen und vor den Gefahren der Straße geschützt werden können. Wir stimmen also der Vorlage zu, schließen uns aber dem Antrage auf Ausschussberatung an, weil wir noch einige Spezialwünsche haben, z. B. bezüglich eines zweiten Eingangs von der Elsholzstraße. Hingewiesen wäre hier allerdings noch auf einen Widerspruch. Als wir uns auch aus ästhetischen Gründen dagegen wehrten, daß die Schöneberger Allee mit einer Hochbahn statt mit einer Untergrundbahn versehen wurde, wendete der Magistrat ein, das würde zu viel Geld kosten; hier ist man sehr viel freigebiger. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Trotz aller Bedenken stimmen wir also für die Vorlage, um auch dem Westen sein Recht auf eine Erholungsstätte soweit wie möglich zu wahren. (Beifall.)

Stadtv. Labewig (A. L.): Für den alten Berliner ist es immerhin ein Trost, daß, wenn schon ein großer Teil des Landes bebaut wird, wenigstens das Kammergericht dort errichtet wird, also doch in Berlin verbleibt. Daß Schöneberg keinen Beitrag leisten will, bedauern auch wir. Die Kostendeckung nach dem Magistratsantrage ist auch nicht ohne Bedenken. Wir sind daher ebenfalls für Ausschussberatung.

Stadtv. Grunewald (A. L.) spricht sich trotz der früher gefassten Beschlüsse für eine Untergrundbahn im Zuge der Schöneberger Allee statt einer Hochbahn aus und bittet, alles zu tun, um jenen Beschluß noch zu ändern; man müsse den Gegenden, wo das Proletariat wohne, seine Erholungsstätten erhalten.

Stadtv. Kaufmann unterstützt die Anregung Singers wegen Anlegung von Eingängen in der Elsholzstraße.

Stadtv. Landsberg (A. L.) kritisiert die Engherzigkeit des Fiskus. Man werde nicht zwei, sondern im ganzen mindestens vier Millionen auswenden müssen, um schließlich einen von einer chinesischen Mauer von 25—40 Meter Höhe umgebenen Platz zu erhalten. Solcher Vorlage gegenüber sei eigentlich nur ein einstimmiges Veto am Platze. Man solle wenigstens versuchen, Schöneberg zu den Kosten heranzuziehen.

Die Vorlage wird hierauf einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 10 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Glasfächer! Bei der Firma Haug u. Co., Leipzig, stehen die dortigen Kollegen in Lohnunterschieden. Da die Firma verläßt, aus Berlin Schleifer zu bekommen, so warne ich jeden Kollegen, bei obiger Firma Arbeit anzunehmen.

Die Ortsverwaltung. J. A. P. Weltlich.

Deutsches Reich.

Wiederzusammenschluß der Tabakarbeiter in Dresden

Nach dem großen Zigarettenarbeiterstreik in Dresden trat wegen persönlicher Zwistigkeiten eine größere Zahl der Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes aus und gründete eine Lokalorganisation. Den unermüdbaren Bemühungen des Gewerkschaftsartells und der Parteiorganisationen gelang es dann, eine Grundlage zu schaffen, auf der ein Wiederzusammenschluß der Getrennten möglich war. Die Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes nahm unter Zustimmung der von Dresden zu derselben entsandenen Delegierten der Lokalorganisation folgende Friedensbedingungen an:

Der Dresdener Tabakarbeiterverband schließt sich dem Deutschen Tabakarbeiterverband unter folgenden Bedingungen an:

1. Die Mitglieder des Dresdener Tabakarbeiterverbandes treten sämtlich zu ihren alterwerbenden Rechten in den Deutschen Tabakarbeiterverband über, soweit sie nachweisen, daß zwischen ihrer Beitragsleistung in den beiden Verbänden keine Lücken vorhanden sind.

2. Das Vermögen des Dresdener Tabakarbeiterverbandes ist unter genauer Rechnungslegung an den Deutschen Tabakarbeiterverband zu überführen.

3. Zu dem auf den Anschluß des Dresdener Tabakarbeiterverbandes folgenden Quartalschluß ist die Stelle des Dresdener Ortsbeamten neu auszuwählen.

4. Die eingelaufenen Bewerbungen sind der Dresdener Mitgliedschaft resp. einer von dieser zu wählenden Anstellungs-Kommission zur Prüfung und Veranstaltung der Wahl zu übergeben. Dem Hauptvorstand steht das Bestätigungsrecht zu.

5. Nach erfolgter Neuwahl des Ortsbeamten sind auch die am Orte bestehenden Kommissionen neu zu wählen.

6. Zur Regelung des Falles „Uhlig“ und zur Entscheidung über eine eventuelle Wiederaufnahme des Kollegen Uhlig wird die Generalversammlung ersucht, eine Kommission aus unparteiischen Kollegen zu wählen, die nach eingehender Prüfung des von beiden Seiten erbrachten Beweismaterials und Anhörung der Parteien unter genauer Berücksichtigung der herrschenden Umstände ihr Urteil zu fällen hat.

7. Diesem Schiedsspruch haben sich beide Organisationen als endgültig zu unterwerfen.

Trotzdem bestand bei einem größeren Teil der Mitglieder die Absicht, sich diesen Friedensbedingungen nicht zu fügen. Eine vorläufige Zeit abgehaltene Generalversammlung des Lokalvereins schloß dann auch mit Stimmgleichheit die Einigung ab. Es wurde aber auf Antrag der der Einigung geneigten Mitglieder eine Abstimmung beschloffen. Diese hat stattgefunden und ergab das Resultat, daß mit einer Stimme Majorität der Anschluß an den Tabakarbeiterverband beschloffen wurde. 56 Stimmen waren für, 55 gegen die Einigung, zwei Zettel waren unbeschriftet.

Mit allerdings sehr knapper Majorität ist nun wieder die Einigkeit unter den Dresdener Tabakarbeitern hergestellt. Sie ist angesichts der keineswegs rosenigen Ausichten in der Tabakindustrie auch eine dringende Notwendigkeit.

Lohnbewegung der Textilarbeiter in Krefeld. Die Arbeiter der verschiedenen Branchen der Textilindustrie haben in Anbetracht der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung gefordert. Von Seiten der Unternehmer wurden die Forderungen unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt. Die Weber der Krawattenbranche sind sich nun dahin schlüssig geworden, ihre Forderung, eine zehnprozentige Lohnerhöhung, mittels Arbeitseinstellung durchzusetzen. Vorerst sind die Arbeiter von vier Betrieben (zwei 350 Personen) in den Ausschlag getreten, doch wird es dabei nicht

bleiben, vielmehr ist anzunehmen, daß die Unternehmer sämtliche Arbeiter ausschließen werden, so daß eine allgemeine Textilarbeiterausweigerung in Krefeld zu erwarten ist, wenn nicht vorher eine Einigung zustande kommt. Die Forderung der Streikenden ist eine minimale, besonders wenn man in Betracht zieht, daß seit mehr als zehn Jahren von einer Erhöhung der Löhne keine Rede war.

Ausland.

Der jüngste Eisenbahnerstreik in Indien

hat gezeigt, daß auch die von englischen und amerikanischen Arbeitern so tief verachteten Hindus bereit sind, der kapitalistischen Ausbeutung Widerstand zu leisten, wenn sie von zielbewußten Arbeitern dazu angeleitet werden. In Südafrika, in Kanada, in Australien und zum Teil in den Nordweststaaten von Amerika sind die Hindus gleich den Chinesen, oder noch mehr als diese, der Schrecken der weißen Arbeiter und werden wie die Pest gemieden. In Indien selbst sind sie der Ausbeutung schonungslos preisgegeben. Bei erbärmlichen Löhnen und langer Arbeitszeit mühen Hindus an der 2165 Meilen (englischen) langen ostindischen Eisenbahn tätig sein nicht nur als Frachtverlader, Streckenarbeiter und Bergarbeiter, sondern auch als Betriebsbeamte. Nur für die höheren Stellen und als Maschinisten waren Europäer angestellt. Diese legten zuerst die Arbeit nieder, da auch sie sehr schlecht bezahlt wurden. Dann folgten die eingeborenen Betriebsbeamten und zuletzt die Masse der unteren Arbeiter. Die Eisenbahn mußte tagelang ihren Betrieb einstellen; dann kam ein magerer Vergleich zustande. Bei der chronischen Hungernot in Indien hatten die Streikenden einen schweren Stand. Ihr Führer, ein Europäer, wurde von der Direktion entlassen, obgleich sie verlangten, daß gerade er wieder eingestellt werden müßte. Und als sie demnach ohne ihn zur Arbeit zurückkehrten, versicherten sie ihn nicht, sondern sammelten Gelder für ihn und seine Familie. — Es besteht eine Organisation der Eisenbahnangestellten in Indien, die Amalgamated Society of Railway Servants of India, die in den Streik vermittelnd eingriff und die Beendigung herbeiführte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trotz alledem!

Petersburg, 5. Dezember. (B. L. A.) Die Zahl der aus Anlaß des Prozesses gegen die sozialistischen Abgeordneten streikenden Arbeiter beträgt 75 000 bei einer Gesamtzahl von 125 000. In Moskau haben die Arbeiter von 85 Fabriken die Arbeit eingestellt. Der Stadthauptmann hat angeordnet, die Anführer des Ausstandes festzustellen und aus der Stadt zu verweisen. In Saratow streiken die Arbeiter von 8 Fabriken und die der Eisenbahnwerkstätten.

Die Wahlreform vor der sächsischen Kammer.

Dresden, 5. Dezember. (B. L. A.) Zweite Kammer. Die Debatte über die Wahlrechtsvorlage wird fortgesetzt. Abg. Ulrich (L.) glaubt annehmen zu dürfen, daß nach dem Entgegenkommen der Regierung der Ausführenden der ausführenden Parteien des Hauses zu einem Kompromiß kommen werde, wenn alle Parteien ehrlich bemüht seien, etwas zustande zu bringen. Redner wendet sich dann gegen das Verlangen nach dem gleichen und direkten Wahlrecht und spricht sich besonders für das Ständewahlrecht aus. Minister des Innern Graf von Hohenthal und Bergen erklärt, daß die Regierung das Ständewahlrecht in Erwägung gezogen habe, aber bei der Schwierigkeit, die sich aus der Unmasse von Ständen ergeben würde, davon abgesehen sei. Die Regierung betrachte das viel angegriffene System der Wahl durch Kommunalverbände nicht als indirekte Wahl, sei aber bereit, eine andere Organisation dieser Wahl vorzuschlagen. Dem empfohlenen Ausbau des Ständewahlrechts sei er nicht abgeneigt. Nachdem noch verschiedene Redner zur Vorlage gesprochen, wird der Regierungsentwurf an eine besondere Kommission verwiesen, deren Wahl in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Selbstmord im Gefängnis.

Stuttgart, 5. Dezember. (B. H.) Freiherr Schertel von Burtenbach, der kürzlich wegen Vergehens gegen § 218 verhaftet worden war, hat sich heute nachmittag im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Eine Debatte über Marokko.

Paris, 5. Dezember. (B. L. A.) Deputiertenkammer. (Nachmittags Sitzung.) Bei der weiteren Verhandlung über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen zeigt Bailant (Soz.) sich beunruhigt über die Freiheit, die man den Truppen an der algerischen Grenze gelassen habe, und erinnert daran, daß Häk Bälou neuerdings in konstitutivster Form Frankreich den Vorwurf gemacht habe, die Polizei gemäß der Algeirasakte noch nicht eingerichtet zu haben. Redner bezieht sich sodann den Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der den Ministerpräsidenten Clemenceau für die Ereignisse an der algerischen Grenze verantwortlich mache. Bailant befürchtet auch, daß die Unzufriedenheit Spaniens eine Folge der allzu umfangreichen Tätigkeit Frankreichs sei. Darauf erwidert der Minister des Auswärtigen, Pichon, er erkenne die Notwendigkeit an, in bezug auf Marokko die Beziehungen zu den fremden Mächten zu pflegen. In Absicht solle eine algerisch-marokkanische Polizeitruppe errichtet werden. Die bürgerlichen wie die militärischen Elemente in Algerien verdienen das volle Vertrauen der Regierung; das Vorgehen Frankreichs in Casablanca sei notwendig gewesen. Frankreich beachte die Alte von Algier und sei entschlossen, sich in keinerlei Expeditionen einzulassen, aber es werde seinen Rechten Achtung schenken und werde keine Macht gestatten, ihm seinen Platz wegzunehmen. (Beifall.) Frankreich wolle, daß niemand seinem Vorgehen mit Verdacht begegne. Der spanische Ministerpräsident Maura habe vor dem Cortes das französisch-spanische Einvernehmen begrüßt; er, Pichon, sei glücklich, es auch hier begrüßen zu können, denn es stelle einen Ehrentitel der französischen Politik dar. (Lebhafter Beifall.)

Wieder eine verkrachte Bank.

Kansas City (Missouri), 5. Dezember. (Weldung der „Associated Press“.) Die hiesige Nationalbank of Commerce, die älteste und größte der Stadt, hat heute ihre Schalter nicht geöffnet und ist einer amtlichen Revision unterworfen worden. Nach den jüngsten Anzeigen ist die Bank ihren Depositengläubigern 12 Millionen Dollar und anderen Banken 22 Millionen Dollar schuldig.

Kansas City (Missouri), 5. Dezember. (Weldung der „Associated Press“.) Nach einer neuen Meldung betragen die gesamten Verbindlichkeiten der Nationalbank of Commerce 24 Millionen Dollar und nicht 34 Millionen. Der Bericht des Kontrollleurs für den Geldumlauf aus Washington drückt die Hoffnung aus, daß die Bank imstande sein werde, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Duma.

Petersburg, 5. Dezember. (B. L. A.) Reichsduma. Nach Eröffnung der Sitzung verurteilt der Sozialdemokrat Kossorotow den heute zur Verhandlung stehenden gerichtlichen Prozeß gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma zu erörtern. Andauernder Lärm und die Aufse: Fortl verhindern den Abgeordneten zu reden, worauf die Sozialdemokraten den Saal verlassen. Nach Beendigung der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten wird über die Anträge auf Übergang zur Tagesordnung abgestimmt. Der Antrag des Zentrums (Oktoberisten und Gemäßigte Rechte) wird mit 182 gegen 179 Stimmen abgelehnt. Auch die Anträge der Polen, Sozialdemokraten, der Arbeitergruppe, der Partei der friedlichen Erneuerung und der Rechten werden abgelehnt, und somit sind alle diesbezüglichen Anträge verworfen.

Reichstag.

68. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Dezember 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Hr. v. Siengel, Hr. v. Rheinbaben, v. Bethmann-Hollweg, v. Schön, Dr. Lieberding, Kräfte, v. Tirpitz, v. Einem (der unter Assistenz seines Freundes, des Generalmajors v. Wachs, sich sehr lebhaft mit dem Abg. Dr. Paasche unterhält).

Haus und Tribünen sind stark besetzt. Im Saale herrscht lebhaft Bewegung. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Etatsdebatte und der ersten Lesung der Novelle zum Flottengesetz.

Abg. v. Normann (l.): Im Hinblick auf die gestrigen Presartikel über die innere politische Lage habe ich namens meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben:

Wir haben bereits im Laufe der Verhandlung mehrfach erklärt lassen, daß wir die Blockpolitik des Reichskanzlers, soweit sie sich mit unseren Grundsätzen verträgt, aufrecht und eifrig unterstützen wollen. Wir erklären heute, getreu der am 13. Dezember v. J. inaugurierten Politik, daß sich an unserer vertrauensvollen Stellung zum Reichskanzler und unserem Verhältnis zum Volk nichts geändert hat. (Lebhafte Beifall im Block.) Ich bin ermächtigt zu erklären, daß die Fraktionen der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformpartei sich unserem Standpunkte vollständig anschließen. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit; Lachen bei den Minoritätsparteien.)

Abg. Baffermann (natl.)

mit Weiterleit von den Minderheitsparteien empfangen, gibt folgende Erklärung ab:

Wir halten nach wie vor das Zusammenwirken der konservativen und liberalen Fraktion für eine politische Notwendigkeit. (Große Weiterleit bei der Minderheit.)

Unser Vertrauen zum Reichskanzler

und zu seiner durch die Auflösung des Reichstages am 13. Dezember eingeleiteten und bei den Neuwahlen durch das Volk gebildeten (Zurufe bei den Sozialdemokraten und im Zentrum: Durch die Minderheit der Wähler!) nationalen Politik ist unerschütterlich. (Brausendes Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten; Präsident Graf Stolberg schwingt krampfhaft die Glode.)

Auf die Erörterungen meines Freundes Paasche von vorgestern greife ich nicht zurück. (Erneute Weiterleit bei der Minderheit.) Der Abg. Paasche wird sein Material zur Verfügung des Kriegsministers stellen. (Bravo! beim Block.) Er hat, wie er schon gestern selbst gesagt hat, nicht beabsichtigt, dem Kriegsminister persönlich zu nahe zu treten. (Schallendes Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole die Erklärung

in meines Freundes Paasche Auftrag

und füge hinzu, daß wir aus langjährigem Zusammenwirken volles Vertrauen zu dem Herrn Kriegsminister gewonnen haben. (Bravo! beim Block.)

Präsident Graf Stolberg: Das Wort hat der Abg. Wiemer. (Stürmisches, langanhaltendes Gelächter bei der Minderheit.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Für die drei Fraktionen habe ich zu erklären, daß wir einmütig gewillt sind (Bravo! rechts), getreu unserer bisherigen, aus sachlichen Gründen (Schallendes Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) beobachteten Haltung die Blockpolitik weiter zu unterstützen.

(Schreie rechts und bei den Nationalliberalen)

und unter Wahrung unserer politischen Grundsätze, (Minutenlanges Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten) unter Wahrung unserer politischen Grundsätze (Erneutes stürmisches Gelächter bei der Minderheit, der Präsident läutet mit verzweifelter Anstrengung), durch unsere Mitwirkung Fortschritte in der Richtung unserer Anschauungen zu erreichen, zum Besten des Vaterlandes. (Lebhafte Beifall beim Block, anhaltende Unruhe.)

Abg. Bebel: Zur Geschäftsordnung!

Präsident Graf Stolberg: Das Wort hat der Herr Abg. Gröber.

Abg. Bebel ruft erneut: Zur Geschäftsordnung!

Präsident Graf Stolberg: Ich habe bereits Herrn Gröber das Wort gegeben. (Große Bewegung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (l.):

Die Blockführer haben dem Reichskanzler ihr Vertrauen ausgedrückt. Der Hans führt die Grel, und es ist alles wieder gut. (Stürmisches anhaltendes Weiterleit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht unsere Aufgabe, die Liebenden zu fördern. (Erneute große Weiterleit.) Ich empfehle mich Ihnen. (Erneute stürmische Weiterleit bei der Minorität.)

Präsident Graf Stolberg: Das Wort hat der Abg. Müller-Meinungen.

Abg. Bebel: Ich habe das Wort zur Geschäftsordnung erbeten.

Präsident Graf Stolberg: Abg. Müller-Meinungen hat das Wort. (Stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten. Wiederholte Rufe: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! Unerhört! Vergewaltigung!)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Ich verzichte mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Gröber auf das Wort. (Lautes Lachen bei der Minderheit. Erneute Rufe: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Graf Stolberg: Das Wort hat der Abg. Doktor Bebel zur Geschäftsordnung. (Stürmische Weiterleit.)

Abg. Bebel (Soz.):

Wir befinden uns in einer sehr merkwürdigen Situation. Heute morgen war bereits das „Berl. Tageblatt“ in der Lage, uns die Rednerliste mitteilen zu können. Man hat Redner zum Wort gelassen, die gestern noch gar nicht zum Wort gemeldet waren. (Lebhafte Gert! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist verhindert worden, daß zunächst Herr v. Normann, dann Herr Baffermann und dann Herr Wiemer Erklärungen abgeben würden, daß man dann noch die Abg. Gröber und Müller-Meinungen zum Wort kommen lassen und dann Schluß machen werde. Dieser Teil des Programms ist erledigt. Ich frage den Herrn Präsidenten (mit erhobener Stimme), ob es zulässig ist, daß Parteien dieses Hauses, die zufällig die Mehrheit für sich haben,

hinter verschlossenen Türen

bestimmen (stiller Lärm beim Block, stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum), in welcher Reihenfolge die Redner im Hause zu Worte kommen. Ich wiederhole: Das liberale „Berliner Tageblatt“ war in der Lage, dies Programm bereits heute morgen zu veröffentlichen!

Präsident Graf Stolberg: Ueber die Reihenfolge, in welcher die Redner zu Worte kommen, habe

Ich

zu bestimmen. (Lauter Jubel beim Block, Unruhe im Zentrum, heftige Bewegung bei den Sozialdemokraten, wiederholte Rufe: Zur Geschäftsordnung! Vergewaltigung! Blockyranni! Unerhört! Verfahren!)

Der Schluß der Diskussion wird beantragt von den Herren v. Normann, Fürst Gayfeld, Baffermann und Dr. Ruggan. (Die Verlesung dieser Namen wird mit steigender Heiterkeit von der Minderheit begleitet.)

Aus dem Zentrum und bei den Sozialdemokraten ertönen unausgesetzt Rufe: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! Vergewaltigung! Präsident der Mehrheit!

Der Präsident stellt die Unterstufungsfrage zu dem Schlußantrage. Der Block fährt in die Höhe. Hierauf wird abgestimmt. Der Block nimmt den Antrag an. Fortwährend ertönen dazwischen die Rufe der Minderheit: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! — Präsident Graf Stolberg klingelt mehrmals. Hierauf erteilt der Präsident dem Abg. Singer das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Singer (Soz.):

Der heutige Vorgang mag dem Zentrum zeigen, welche verhängnisvolle Politik es getrieben hat, als es mittels der Geschäftsordnung zu verfahren, so daß jetzt der Präsident auf Meldungen zur Geschäftsordnung nicht zu hören braucht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe beim Block.) Ich möchte hier aber doch noch feststellen, daß es in das Belieben des Präsidenten gestellt ist, ob er das Wort zur Geschäftsordnung erteilen will oder nicht, und daß somit Bemerkungen zur Geschäftsordnung immer zulässig waren und bisher auch vor der Abstimmung gehört worden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere also, daß das heutige Vorgehen der Mehrheit im Widerspruch zu dem langjährigen Brauch des Hauses steht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir konnten durch das „Berl. Tageblatt“ das Programm der Blockparteien, wir waren darauf vorbereitet und wollten in der Debatte dies Verfahren hier zur Sprache bringen. Man hat uns diese Möglichkeit genommen, aber dieser Beschluß, den Sie, meine Herren von der Mehrheit, gefaßt haben, dieser Beschluß wird im Lande verstanden werden! (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen beim Block.)

Präsident Graf Stolberg: Der Eindruck dieses Beschlusses im Lande gehört nicht zur Geschäftsordnung. (Lauter Beifall beim Block.)

Abg. Singer (fortfahrend): Diese

Rüttelkomödie

(stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Loben beim Block) wird dem Volke zeigen, daß in diesem Reichstag die parlamentarische Minderheit in der Geschäftsordnung keinen Schutz mehr hat, da der Präsident sich als Präsident der Mehrheit fühlt. (Lärm beim Block, Lebhafte wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Ich muß mir jede Kritik meiner Geschäftsführung verbitten. (Lebhafte Bravo! beim Block, anhaltendes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es liegt mir ein Antrag vor, unterzeichnet von den Abgeordneten v. Normann, Fürst Gayfeld, Graf Hompesch, Müller-Meinungen und Singer, wie üblich die Hauptteile des Etats an die Budgetkommission zu verweisen. Wenn niemand widerspricht, nehme ich an, daß dieser Antrag angenommen ist. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Beschließen Sie es nur allein!)

Abg. Bebel: Ich widerspreche!

Der Präsident läßt über den Uebertretungsantrag abstimmen. Die Sozialdemokraten und zunächst das ganze Zentrum bleiben sitzen. (Gelächter beim Block.) Darauf erhebt sich der Abgeordnete Spahn und auf sein Winken auch einige andere Zentrumsabgeordnete. (Anhaltende große Unruhe und stürmische Bewegung im ganzen Hause.)

Präsident Graf Stolberg: Der Antrag ist angenommen. Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Erste Beratung des Handelsprovisoriums mit England.

Das Handelsprovisorium gewährt England die Weistbegünstigung bis zum 31. Dezember 1909.

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg bleibt bei der andauernden stürmischen Erregung des Hauses völlig unverständlich und bricht seine Rede mit den Worten ab: Ich kann im Augenblick nichts anderes tun, als Ihnen die Annahme des Entwurfes zu empfehlen.

Die Abgg. Frhr. v. Seyl zu Sternheim (natl.) und Dr. Wiemer (fr. Sp.) bleiben bei der andauernden Unruhe völlig unverständlich. Abg. v. Dirksen (Sp.) empfiehlt Annahme der Vorlage ohne Kommissionsberatung. (Das Haus ist inzwischen etwas ruhiger geworden.)

Abg. Graf Schwerin (l.) ist ebenfalls für sofortige Annahme und begrüßt die Besserung der Beziehungen mit England.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe namens meiner Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir der Vorlage zustimmen. (Lebhafte Bravo!)

Die Vorlage wird in erster und dann debattelos in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Tagesordnung: Antrag Graf Hompesch (l.) betr. Förderung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes.)

Schluß 1 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Dezember, 11 Uhr. Am Ministerische: Dr. Delbrück, Oberberghauptmann v. Belsen.

Nach Erledigung einiger Verordnungen zur Bekämpfung der Masernepidemien in mehreren Bezirken tritt das Haus in die erste Beratung des Entwurfs eines Quellen-schutzgesetzes ein.

Durch den Entwurf sollen natürliche oder künstlich erschlossene Mineral- und Thermalquellen, deren Erhaltung aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles notwendig erscheint (gemeinnützige Quellen) geschützt werden.

Handelsminister Dr. Delbrück: Der Entwurf ist bereits in der vorigen Session vom Herrenhause beraten worden, und die Regierung hat sich entschlossen, ihn in der den Beschlüssen des Herrenhauses entsprechenden Fassung vorzulegen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, zu einer Verständigung über den Entwurf zu kommen.

Abg. v. Trede (l.) beantragt die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Luianow (natl.) schließt sich dem Antrage auf Kommissionsverweisung an.

Abg. Krause-Waldenburg (fl.): Es ist bedauerlich, daß bei dem Entwurf nicht der Wunsch unserer vorjährigen Kommission berücksichtigt worden ist, die Beschwerdeinstanz, die durch mehrere Minister gebildet werden soll, durch Einfügung des Verwaltungs-freiverfahrens zu ersetzen. Aus der in der Vorlage vorgesehenen Entscheidung muß ausgeschlossen bleiben die Entscheidung für entgangenen Gewinn.

Abg. Gershel (fr. Sp.): Wir sind der Meinung, daß diejenigen Quellen, deren Schutz notwendig ist, möglichst bald geschützt werden müssen. Der Schutz, den das Gesetz vorzieht, wird oft viel weiter ausgedehnt, als es im öffentlichen Interesse notwendig ist. Die Entscheidung für entgangenen Gewinn bei der Enteignung läßt sich gar nicht so ausschließlich, wie es die Vorlage will. Die Entscheidung würde z. B. schwierig werden, wenn Berlin, in dem die Admiralgarten-Gesellschaft eine

ganze Reihe von Quellen besitzt, als ein Schutzbezirk festgesetzt werden würde. In bezug auf die Einführung des Verwaltungs-freiverfahrens schließe ich mich dem Vorredner an. Offenlich wird es gelingen, ein Gesetz zustande zu bringen, durch welches diejenigen Quellen geschützt werden, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse notwendig ist. (Beifall links.)

Abg. Stull (l.) bedauert, daß die Provinziallandtage nicht über den Entwurf gehört worden sind.

Abg. v. Tappenheim (l.): Zu bedauern ist außerdem auch, daß der Provinziallandtag für Hessen-Rhassau nicht um seine Meinung befragt worden ist. Mindestens hätte die Vorlage der Ständeverwaltung von Wiesbaden und dem Landesausschuß vorgelegt werden können. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt der Antrag des Abg. Bachmann (natl.) und Gesonnen, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gemäß Art. 63 der Verfassungsurkunde die Verhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten einheitlich und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend geregelt werden.

Zur Begründung des Antrages nimmt das Wort Abg. Fritsch (natl.): Es bestehen zurzeit etwa 70 Gesetze für die Regelung der Verhältnisse der Beamten, in denen diese sich aber kaum noch zurechtfinden können. Gegenüber dem Reichsgesetz von 1879, das die Disziplinarverhältnisse der Reichsbeamten einheitlich regelt, ist die preussische Disziplinargesetzgebung vielfach rückständig. Der Justizminister hat schon früher die Notwendigkeit der Reform dieser Gesetzgebung anerkannt und sich bereit erklärt, zu einer solchen die Hand zu bieten. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Wonna (fl.): Würde der Antrag sich auf eine Regelung des Disziplinarverfahrens beschränken, so würden wir ihm zustimmen können. Es kommen aber nach dem Wortlaut des Antrages hier noch ganz andere Gebiete in Frage, auch die des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten. In bezug auf die Disziplinarbestimmungen seien auch meine Freunde der Meinung, daß die helfende Hand anzulegen sei. (Beifall bei den Freikonserbativen.)

Abg. Gaffel (fr. Sp.): Meine Freunde stimmen dem Antrage Bachmann zu. Die verschiedenen hier in Frage kommenden Materialien müssen einheitlich zusammengefaßt werden. Namentlich müssen Bestimmungen über das Wiedernahmeverfahren bei Amtsenthebung im Disziplinarwege sowie über die Anstellung von Hilfsbeamten und für das Aufrufen der Beamten getroffen werden. (Beifall links.)

Abg. Stadmann (l.) spricht sich im wesentlichen im Sinne des Abg. Dr. Wonna aus, erklärt aber gleichzeitig die Bereitwilligkeit seiner Freunde, für den Antrag zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. König (l.) tritt für die Schaffung eines einheitlichen Beamtengesetzes ein.

Abg. Peltz (fr. Sp.) befürwortet die Annahme des Antrages Bachmann. Die Revisionsbedürftigkeit des jetzigen Disziplinargesetzes werde allseitig anerkannt. Die Öffentlichkeit des Disziplinarverfahrens müsse im Interesse der Beamten verlangt werden, das hätten namentlich die Erfahrungen bei dem nicht öffentlichen Disziplinarverfahren gegen den Kriminal-kommissar Tausch bewiesen. (Beifall links.)

Damit schließt die Beratung. Der Antrag Bachmann wird gegen die Stimmen der Freikonserbativen angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Hammer (l.) und Gesonnen auf Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung der Warenhäuser in der Richtung, daß die Besteuerung nach dem Jahresumsatz und unter Berücksichtigung der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals erfolgt und der Steuerfuß mit der Höhe des Umsatzes und der des Anlage- und Betriebskapitals steigt.

Abg. Hammer (l.) begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die bisherige Warenhaussteuer nur vom Umsatz genommen werde und nicht genügend gewirkt habe, um die Entwidlung der Warenhäuser entgegenzuwirken und dem Rückgang der kleinen Gewerbetreibenden vorzubeugen. (Beifall rechts.)

Abg. Eckert (fl.): Wir stimmen dem Antrage zu, weil auch wir der Meinung sind, daß durch die Warenhäuser die kleinen Gewerbetreibenden geschädigt werden. Auch die Wareneinkaufsbereine schädigen die kleinen Betriebe sehr, namentlich der Wareneinkaufsbereine zu Görlitz. Die schrittweisen Reinde des Mittelstandes sind die Kommissare. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gershel (fr. Sp.): Die Warenhaussteuer sollte niemals eine Erdrosselungssteuer sein. Der schlimmste Feind der kleinen Handelsgeschäfte sind diese selbst. Eine große Zahl von kleinen Geschäften wird begründet ohne genügendes Kapital und ohne genügend kaufmännische Vorbildung, und es kann daher nicht wundernehmen, wenn sie bald zu Grunde gehen. Bei den teuren Fleischpreisen wirken die Warenhäuser im Interesse der kleinen Leute, wenn sie ihnen billiges Fleisch verschaffen. Wenn man meint, daß nur die Warenhäuser existieren könnten, so verweise ich auf die zahlreichen gut bestehenden Spezialgeschäfte in Berlin. In der Leipzigerstraße ist nicht für Gold ein Laden zu haben. Mit der Verweisung des Antrages an die Kommission sind wir einverstanden, schon damit wir dort eine Umgestaltung der Gewerbesteuer erörtern können. (Beifall links.)

Abg. Warg (l.): Der gewerbliche Mittelstand hat schwer unter der Konkurrenz zu leiden, die ihm die Warenhäuser bereiten. Die Warenhäuser sind doch, wie ich dem Vorredner gegenüber bemerken muß, am wenigsten geeignet, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zu übernehmen. In Aöln haben Vorgänge im Warenhaus Tich auf diesem Gebiete große Erregung hervorgerufen, es hatten sich da Angestellte Verstoffe gegen das Nahrungs-mittelgesetz zu schulden kommen lassen. Ich hoffe, daß die Kommissionsverhandlungen zu einem guten Ergebnis führen werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Lusendy (natl.): Wir sind bereit, in eine eingehende Prüfung des Antrages einzutreten. Wir hoffen, daß aus der Kommissionsberatung etwas Praktisches herauskommt.

Abg. Eckert (fl.) verwahrt die Freunde der Warenhaussteuer dagegen, daß sie die Warenhäuser erdrosseln wollten.

Abg. Dr. Gershel (fr. Sp.): Die Statistik beweist, daß die Zahl der kleinen Geschäfte zunimmt. Von den Angestellten der Warenhäuser bezieht eine ganze Anzahl so hohe Gehälter, daß sie zum Mittelstande zu rechnen sind. Bei Wertheim sind angestellt mit einem Gehalte von 3000—3500 M. 67, von 3000 bis 4000 M. 37, von 4500—6000 M. 61, mit über 600 M. 67 Personen. Bei dem Warenhause Tich befaßt sich die Zahl der so Besoldeten auf 93, davon haben 15 über 6000 M. Die Wohnzahl der Warenhäuser hat kein angefangen.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Hammer wird der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident v. Kröber schlägt vor, die nächste Sitzung zu halten, Mittwoch, 11. Dezember, nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellation Bachmann (natl.) wegen Aufbesserung der Beamtengehälter, erste Beratung des Polizeikostengesetzes.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Fritsch (fr. Sp.): Wir haben am ersten Tage der Session einen

Antrag auf Abänderung des Wahlrechts.

eingebracht, und waren der Meinung, daß er so bald wie möglich, jedenfalls vor Weihnachten zur Beratung gestellt werden könnte. Ich bitte den Präsidenten, mir zu sagen, wann er ihn zur Beratung zu stellen beabsichtigt.

Präsident v. Kroschke: Ich habe davon Abstand genommen, den Antrag vor Weihnachten zur Verhandlung zu stellen aus zwei Gründen, einmal weil die Staatsregierung erklärt hat, daß sie aus geschäftlichen Gründen die Beratung vor Weihnachten nicht für angemessen erachtet, und dann, weil ich es der politischen Bedeutung des Antrages nicht angemessen halte, wenn er in einem Hause beraten wird, das nicht vollbesetzt ist. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Fischel (fr. Sp.) bittet, den Antrag auf die Tagesordnung einer der ersten Sitzungen nach Weihnachten zu setzen.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Versicherungsvertrag.

Die Kommission zur Beratung eines Gesetzesentwurfes über den Versicherungsvertrag hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung. Vom Abg. Giesberts wurde angeregt, Bestimmungen in das Gesetz einzufügen, die den Arbeitern eine Sicherung für die Ansprüche aus den Haftpflichtversicherungen nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses gewährleisten. Von dem Vertreter der Regierung wurde erklärt, daß in diesem Gesetz eine solche Bestimmung nicht Eingang finden könne, da es sich hier nur um die Lebens-, Feuer-, Hagel-, Vieh- und Unfallversicherung handelt. Da ein schriftlicher Antrag nicht vorlag, so konnte in der Kommission bisher keine Stellung genommen werden.

Eine weitere Anregung von derselben Seite: zu unterlagen, daß die Abkommensaufhebungen der Abkommen der Abschluß einer Versicherung garantiert wird, fand keine weitere Unterstützung, nachdem vom Vertreter der Regierung hervorgehoben war, daß nach der Gewerbeordnung gegenwärtig schon das Aufheben von Abkommen auf solche Versicherungen hin unterlagert werden kann.

Auf Antrag Storz wurde als Gerichtsstand der Ort des Versicherten festgelegt, nicht der Wohnort des Agenten, wie es in der Vorlage vorgesehen war.

Zu § 58 bezog sich ein Antrag Storzmann das Aufkommen der Konkurrenzgesellschaften zu ermöglichen oder mindestens zu verhindern, daß ihnen von den großen Gesellschaften insofern Schwierigkeiten bereitet werden, daß eine doppelte Versicherung der Gesellschaft, bei der die erste Versicherung eingegangen ist, nicht das Recht gibt, vom Vertrag zurückzutreten. Dagegen wurde eingewandt, daß die Lebensversicherung besonders bei der Viehversicherung zu ungesunden Verhältnissen führen würde.

Bei § 83 wird ein Antrag Heine (Soz.) angenommen: den Absatz 2 zu streichen. (Dieser Absatz besagte: „Für den Schaden, welchen die versicherten Sachen durch ein Feuer erleiden, dem sie ihrer Bestimmung gemäß aufgesetzt werden, hat der Versicherer Entschädigung nicht zu leisten.“)

Eine längere Debatte entstand darüber, ob bei Erdbeben, wenn eine andere Vereinbarung nicht getroffen ist, die Schadenersatzpflicht auszuhalten ist. Die Kommission belieh es bei der Vorlage, die in § 82 bestimmt: „Der Versicherer haftet für den durch Brand, Explosion oder Blitzschlag entstehenden Schaden.“

Fortsetzung der Beratung am Freitag.

Die Rechnungscommission des Reichstags hielt seit längerer Zeit wieder einmal eine Sitzung ab. Es stand zur Beratung der Bericht der Reichsschuldencommission. Ueber die Verwaltung des Reichsschuldenwesens, den Reichsbanketat und die Reichsbanknoten woc nicht viel zu sagen; dagegen übte die Kommission an dem Reichsinvalidenfonds hängen. Der Reichsinvalidenfonds ist bis auf 100 Millionen aufgebracht, am 30. Juni 1906 belief sich der Vermögensbestand auf 157 512 245 M., dem Verbindlichkeiten im Kapitalwerte von 388 1/2 Millionen gegenüberstehen. Es entstand nun Streit über die Berechnungsart des Kapitalwertes der Verbindlichkeiten: ob nach der allhergebrachten Rechnung wirklich 388 oder nach einer neueren Rechnung nur 307 Millionen gebraucht werden, wobei sich übrigens ein ansehnlicher Rechenfehler von 21 Millionen zugunsten des Fonds ergab. Jedenfalls werden die 150 Millionen in die bis fünf Jahren aufgebraucht sein, und dann wird es heißen: 250 Millionen schaffen zur Auffüllung des Fonds, damit die auf Rechtsanspruch beruhenden Verbindlichkeiten erfüllt werden können.

Die Verhandlungen mußten abgebrochen werden, da von der Verwaltung des Invalidenfonds niemand in der Kommission war, der über den ansehnlichen Rechenfehler Auskunft geben konnte. — Die Genossen Ulrich und Eichhorn griffen bei Behandlung dieser Materie wiederholt in die Debatte ein.

Es wurden ferner erledigt die Rechnungen der Oberrechnungskammer 1905/04 und die allgemeine Rechnung über den Etat für 1902.

Die russische Revolution.

„Hochverrat“!

Petersburg, 5. Dezember. Heute mittag begann der Prozeß gegen die sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma wegen „Hochverrats“. Die Angeklagten und ihre Verteidiger weigern sich, an den Prozeßverhandlungen irgendwelchen Anteil zu nehmen, da die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Die Studenten der hiesigen Universtität und mehrere tausend Arbeiter von hiesigen Fabriken streifen anlässlich des Prozesses demonstrativ. Die Ruhe ist nirgends gestört. Zahlreiche Gendarmenpatrouillen durchstreifen die Straßen.

Die Deklaration der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Als Ministerpräsident Stolypin in der Sitzung vom 29. November unter freiesichtem Beifall der Rechten die Deklaration der Regierung verlas, die sowohl der Form wie dem Inhalte nach eine freche Herausforderung des gesamten Volkes darstellt, war es Genosse Pokrowsky, der den ersten „Witz“ in die von den Blochbrütern und der Regierung inszenierte Komödie hineintrug und in kräftigen Worten das Regime Stolypin an den Pranger stellte. In das Jbbil der Herrenduma sang die Stimme des Volkes hinein, daß, entrechtet und niedergedrückt, durch den Vertreter der äußersten Linken, den Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Protest erhob gegen ein Regime von Blut und Eisen und gegen eine künstlich geschaffene Volksvertretung, die in ihrer Majorität aus Helfershelfern der Regierung besteht. Die Deklaration der Herrschenden erforderte als entsprechende Antwort eine Deklaration der Rechtlosen, Geknechteten, und diese wurde gegeben in der Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion, die vom Genossen Pokrowsky am Schluß seiner Rede verlesen wurde. Die Deklaration lautet:

„Die Duma, in der die sozialdemokratische Fraktion gegenwärtig hervortritt, ist die Duma des 16. Juni, die Duma des Staatsreiches, der verachtet hat, der freibeitlichen Bewegung in Rußland Halt zu gebieten. Rußland steht noch heute vor der Aufgabe seiner Erneuerung. Der Uebergang des Grund und Bodens aus den Händen der Junker in die Hände des Volkes, vollste Emanzipation des Individuums, Befreiung der administrativen Willkür, Demokratisierung der lokalen Selbstverwaltung und der Gerichte, die Loslösung dieser Institutionen von der administrativen Bevormundung, wirkliche und nicht scheinbare Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse, die Freiheit ihrer Organisationen, und alle diese, zugleich aber als notwendige Vorbedingung aller dieser Reformen, die Vermeidung der Macht der Bürokratie und Uebergang dieser Macht in die Hände der Volksvertretung — das sind die Forderungen des Tages. . . Die dritte Duma ist die Duma der Konterrevolution, die Duma einer Regierung, die sich von ihrer Niederlage erholt hat, und zugleich die Duma einer privilegierten Minorität, die ein Interesse daran hat, daß die Erneuerung Rußlands nicht stattfindet. . . Die Lösung dieser Duma ist

„Liquidation der freibeitlichen Bewegung“, und ihr nächstes Ziel: mehr oder weniger unverhüllte Reaktion. An ihre Arbeit gehend, erkennt die sozialdemokratische Fraktion der dritten Duma die Situation an, die sich für sie, als die Vertreterin des Proletariats, wie des gesamten nach Freiheit strebenden Rußlands gebildet hat. Natürlich, nötigenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion nichts unversucht lassen, die innerhalb der Duma erstandenen Kombinationen auszunutzen, um der Majorität der Duma soviel wie möglich im Interesse der freibeitlichen Bewegung und des kämpfenden Proletariats zu entreißen. . . Diese Arbeit unermüdetlich vollziehend und das Recht der Interpellationen umfassend ausnuzend, wird die Fraktion dafür Sorge tragen, daß ihre Stimme durch das ganze Land erklingt, zu planmäßiger Arbeit, zu planmäßigem Kampfe anfeuernd. . . Die Verleumdungen der Feinde mit Verachtung zurückweisend, schreiben wir, die russischen Truppen der großen internationalen Armee des sozialistischen Proletariats, durch die Demokratie unserem hehren Ziele entgegen: dem Sozialismus.“

Leere Kassen.

Petersburg, 5. Dezember. Trotz aller Dementis wird in Finanzkreisen daran festgehalten, daß die Regierung im Laufe des Frühjahrs von der Duma die Bewilligung einer Anleihe von 800 Millionen Rubel verlangen werde.

Aus der Partei.

Gemeinbewahlen.

Den Sozialdemokraten fielen bei der Gemeindevahlwahl in Eßlingen — Proporz — drei von sechs Mandaten zu.

Als sozialdemokratischer Terrorist geben Heidelberger Blätter einen Vorfal aus, der sich zwischen einem Mitgliede des Maurerverbandes und 2 „Christlichen“ Maurern auf der Straßendahn in Heidelberg abgespielt hat. In einer Versammlung zu Dörfelheim hatten jene beiden „Christen“, die früher der freien Gewerkschaft angehört hatten, behauptet, der Verbandskassierer Hauer habe 170 M. unterschlagen und das durch falsche Belege verdeckt. Als nun der Beschuldigte seine Belege auf der Straßendahn traf, stellte er sie zur Rede. Die beiden Verleumder antworteten frech und riefen Hauer beim Verlassen der Bahn „Lautschube“ nach. Hauer erwiderte sich nun mit ein paar Dieben. Beim das auch nicht richtig war, so ist doch der Hohn, in dem er handelte, sehr begrifflich. Jedenfalls aber hat die rein persönliche Angelegenheit weder mit der Sozialdemokratie, noch mit den Gewerkschaften, noch mit Terrorismus etwas zu tun. Trotzdem wird der Haß natürlich nunmehr die Kunde durch die bürgerliche Presse machen.

Pökeiliches, Gerichtliches usw.

Ein heilsame Korrektur.

Vom Altenburger Schöffengericht, dessen Urteile in jüngster Zeit einiges Aufsehen erregt haben, war Genosse Direktor von der „Altenburger Volkszeitung“ am 8. Oktober zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden wegen angeblicher Verleumdung des Redakteurs Emil König von der antisemitisch-konservativ-agrarisch-mittelständischen „Altenburger Landeszeitung“. Im Wege der Wiederklage war König von fünf Jahren der Verleumdung freigesprochen und nur in einem Falle zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt worden.

Die Verleumdung, deren sich Genosse Direktor schuldig gemacht haben soll, war in der wiederholten Feststellung der Tatsache erblich worden, daß der Redakteur des Antisemitenblattes einen jüdischen Warenhausbesitzer um 250 Mark anzupumpen versucht hatte. Das Schöffengericht erließ in der Weiterbreitung dieser erwiesenen Sachauptung. — Sie wurde zur Zeit der diesjährigen Reichstagswahl von dem liberalen Reichstagskandidaten Rechtsanwalt Dr. Höfer aus Altenburg in einer liberalen Wählerversammlung zuerst belächelt gegeben und von der „Altenburger Volkszeitung“ zur Beleuchtung antisemitischer Theorie und Praxis in der Wohlagitation verwendet — eine „unbefugte Einmischung in die Privatangelegenheiten des Privatklägers“. Es fand, daß Direktor „dem Privatkläger seine Richtigachtung ausgedrückt, daß er „in unehrenhafter Weise die Person des Privatklägers und dessen Privatangelegenheiten unbefugt in den Schmutz gezogen“ habe. Es fand weiter, daß Direktor in seinen Artikeln, in denen er den Pumpversuch besprochen, „neben der Verhöhnung des Privatklägers den Zweck verfolgte, den Privatkläger aus seiner Stellung als Redakteur der „Landeszeitung“ und aus Altenburg zu entfernen“ und daß der Angeklagte diesen Zweck „in systematischer an Terrorismus grenzender Weise verfolgt“ habe. Bei der Strafmessung hatte das Schöffengericht begründend ausgeführt, daß der Angeklagte „diese gehässigen, höchst persönlichen Verleumdungen gegen allen journalistischen Takt und journalistisches Ehrgefühl in schamloser Weise auch nach der Reichstagswahl (der letzte Hinweis erfolgte am 19. Februar) fortgesetzt“ habe, daß er „rücksichtslos, niedrig seinen Gegner persönlich angegriffen und abgebeißt“, daß er sich „als einziges Ziel die Unschädlichmachung und Entfernung des Privatklägers aus Altenburg“ gesetzt und dieses Ziel in terroristischer Weise hartnäckig verfolgt habe“. Zum Schluß seiner Begründung zog das Schöffengericht noch eine Parallele zwischen den Strafen, die für Verleumdungen — und Eigentumsvergehen ausgedrückt sind und besief sich auf „das öffentliche Rechtsbewußtsein, das gebieterisch härtere Strafen für öffentliche Verleumdungen“ verlange.

Die Freisprechungen des antisemitischen Klägers von den Wiederklagen wurden in der Zuerkennung des § 193 des Strafgesetzbuches begründet und in dem einen Falle, wo das Gericht dem auf eine Verurteilung erkannte, da überzuderte man die hitzige Bille mit der Bemerkung, daß der Wiederkläger in schwer gehässiger Weise von dem Angeklagten öffentlich bloßgestellt und daß er aus ansehnend sitzlichen berechtigten Motiven gegen das dreiste, unseren geordneten Staatsverhältnissen zuwiderlaufende Beginnen der „Volkszeitung“ energisch vorging.“

Ueber diese „Feststellungen“ braucht man sich nicht weiter zu verwundern, wenn man erfährt, daß das Gericht wiederholt von den dreien Gelächern der „Volkszeitung“ spricht und feststellt, daß der Privatkläger die nationale, reichstreue, konservativ „Landeszeitung“ und der Verklagte Direktor aber die antinationale, staatsfeindliche, sozialdemokratische „Volkszeitung“ betrete. Gegen dieses Urteil legte Genosse Direktor selbstredend Berufung ein, aber die am 3. d. M. vor der ersten Strafkammer am Landgericht Altenburg entschiedene wurde. Das achtstündige Verhandlung hob die Strafkammer das Urteil des Schöffengerichts mit all seinen „Feststellungen“ auf und erkannte wider Genossen Direktor auf eine Geldstrafe von 300 Mark. Der wiederklagte Redakteur König von der Antisemitenzeitung wurde in allen sechs Fällen, in denen Wiederklage erhoben worden war, der Verleumdung für schuldig erkannt und, weil noch nicht vorbestraft, zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Urteil der Strafkammer bedeutet eine scharfe Korrektur des schöffengerichtlichen Erkenntnisses und seiner so ziemlich alles Maß übersteigenden Unterstellungen. Bezeichnend ist es auch auf alle Fälle, daß selbst die beiden Rechtsbeistände des Klägers König die „Feststellungen“ des schöffengerichtlichen Urteils preisgaben und die Scharfe der Aussprüche in dem Urteile mißbilligten und für zu weit gehende erklärten. Und das will schon etwas heißen, wenn man weiß, daß der eine der Vertreter des Klägers ein hervorragendes Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist.

Gleiches Recht! Das Potsdamer Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats v. Wulfsow verurteilte am Dienstag

den Genossen Berner von der „Brandenburger Zeitung“ wegen Verleumdung des Herausgebers des „Regener Anzeigers“ zu 300 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten, während die vom Beklagten gegen den Kläger erhobene Widerklage abgewiesen wurde. Die Verleumdung, welche durch dieses Urteil als so außerordentlich schwerwiegend befunden wird, bestand darin, daß die „Brandenb. Ztg.“ dem „Regener Anzeiger“ einen Vorwurf, den dieses Blättchen gegen die sozialdemokratische Presse richtete, zurückgegeben hatte. Der „Regener Anzeiger“ hatte von der sozialdemokratischen Presse und im besonderen von der „Brandenburger Zeitung“ behauptet, daß sie „Kamiole, auf die allergrößte Dummheit berechnete Lügen“ verbreite. Das hatte die „Brandenburger Zeitung“ mit genau den gleichen Worten zurückgegeben. Obgleich nun, wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Th. Viehnecht überzeugend nachwies, der Angriff des „Regener Anzeigers“ durch seine verleumderische Tendenz weit schlimmer war, als die in der Form derbe, sachlich aber berechnete Abwehr der „Brandenburger Zeitung“, lam das Gericht trotzdem zu der oben mitgeteilten Entscheidung. Es stellte sich auf den eigenartigen Standpunkt, der Herausgeber des „Regener Anzeigers“ sei für die von seiner Seite erfolgte Verleumdung der sozialdemokratischen Presse (worunter die „Brandenburger Zeitung“ ausdrücklich benannt war) nicht verantwortlich zu machen, weil diese Verleumdungen in einem Heftblatt gefanden hätten, das als Rundbogen der neuen (reichsverbandlerischen) Wahlvereine von Potsdam-Ostbavelland kenntlich gemacht war. Bei seinen späteren Angriffen auf die „Brandenburger Zeitung“ aber habe der Herausgeber des „Regener Anzeigers“ (der zugleich Drucker, Verleger und Redakteur ist) in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Der gleiche Schatz könne vom Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ nicht beansprucht werden; dem das Recht, auf allgemeine Angriffe gegen seine Partei in der gegebenen Form zu erwidern, siehe ihm nicht zu. — Selbstverständlich ist gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt worden.

Ein gekennzeichnete Sozialistenwerkemder. Der Zeitungs- und Redakteur Weigler, der Herausgeber eines antisozialdemokratischen Schimpfblattes in Augsburg, wurde vom dortigen Schöffengericht wegen verleumderischer Verleumdung eines Rechtsanwalts, der Rechtsbeistand der freien Gewerkschaften ist, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verurteilungsinstanz kam ein Vergleich zustande, nachdem sich der Mann, der in jeder Nummer seines Blattes die Sozialdemokratie mit Schmutz bewirbelt erklärte, an der Spitze seines Blattes zu veröffentlichen: „Ich bekenne mich schuldig, mich . . . einer verleumderischen Lüge schuldig gemacht zu haben.“

Eine staatsgefährliche Begrüßung. Auf seiner Reise zum internationalen Kongreß in Stuttgart nahm der österreichische Parteigenosse Remez-Prag in Augsburg kurze Zeit Aufenthalt, um in einer kurzen Ansprache seine in Augsburg arbeitenden tschechischen Landsleute zu begrüßen. Ein gelber Denunziant berichtete der Polizei von dieser „geheimen Versammlung“. Daraufhin wurde der Einberufer nur mit „1 Gulden“ Strafe belegt.

Soziales.

Sozialpolitik in Berliner Kommunalbetrieben.

Der Gasarbeiter S., der im Dienste der Stadt Berlin stand, war erkrankt. Da nun Berlin sozialpolitisch in Preußen voran ist, so wurde S. nach der Krankmeldung — entlassen. Er verklagte demnach die Stadt beim Berliner Gewerbegericht, indem er zwei Ansprüche geltend machte. Er beanspruchte etwas über 70 Mark für die Zeit der Krankheit. Und zwar berief er sich auf die Verfügung, die der Magistrat an die Betriebsverwaltung erlassen hat und wonach, entsprechend der Beschäftigungsdauer, vier Wochen lang oder mehr den Angefallenen bei unerschuldeter Krankheit der Lohn fortzuzahlen ist abhängig des Krankengeldes. Der § 116 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist bekanntlich in den städtischen Betrieben durch diese Verwaltungsbestimmung geregelt. Das Gewerbegericht wies den Kläger mit der Forderung ab, weil er infolge der schleunigen Entlassung zur Zeit der Krankheit nicht mehr Arbeiter der Stadt war. Vom Vorstehen wurde betont, nach einer landgerichtlichen Entscheidung könne jene Verfügung des Magistrats an die Betriebsverwaltung nur als Anweisung für diese betrachtet werden, nicht aber als Teil des Arbeitsvertrages und gebe somit den Arbeitern kein Hagbares Recht.

Das Gewerbegericht hat früher in einem der landgerichtlichen Entscheidung entgegenstehendem Sinne entschieden und würde wohl auch in Zukunft ebenso entscheiden, wiewohl bei der seit einigen Jahren stark nach rückwärts gerichteten Neigung des Berliner Gewerbegerichts eine sichere Voraussage unmöglich ist. Für die Berliner „freisinnige“ Verwaltung kennzeichnend ist, daß ein Arbeiter sofort wegen Krankheit entlassen wird, damit die vom Magistrat auf Anregung der Stadtverordnetenversammlung erlassene sozialpolitische Verfügung nicht in Anwendung kommen kann.

In dem zweiten Fall handelt es sich um völlig unberechtigte Weigerung, den Lohn zu zahlen. S. war eines Tages von dem Inspektor mit den Worten wieder nach Hause geschickt worden, daß heute nichts sei. Er erhielt das Nachgeld, wollte aber natürlich auch den Lohnbetrag für den Tag haben. Der wurde verweigert. Erstverständlich wurde die Stadt von der Kammer zur Zahlung verurteilt: Der Arbeitslohn habe sich nach der Schicht bemessen. Die Schicht sei zu bezahlen, weil Kläger erst beim Erscheinen zum Antritt erfahren habe, daß nichts zu tun sei. Wenn man die Schicht nicht bezahlen wollte, dann hätte es dem Kläger schon beim letzten Verlassen der Anstalt gesagt werden müssen, daß er nicht kommen brauche.

Smiderig und schäbig würde man ein solches Verhalten eines Privatunternehmers bezeichnen. Verdient das Verhalten des Magistrats eine andere Bezeichnung?

Die Werkstättenarbeiter der Berliner Straßenbahngesellschaft vor dem Gewerbegericht.

Eine Entscheidung, die für die im Betrieb der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beschäftigten Arbeiter von großer Bedeutung ist, wurde dieser Tage von der 7. Kammer des Berliner Gewerbegerichts gefällt. Die Gesellschaft bestritt gegenüber der Klage zweier Reparaturkassierer die Zuständigkeit des Gewerbegerichts und machte geltend, in ihren Werkstätten werde nur für den eigenen Bedarf gearbeitet; ihre Reparaturwerkstätten seien daher kein Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes, und deshalb habe sich auch schon seit Jahren die Gewerbeinspektion nicht mehr um den Betrieb gekümmert. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und erklärte sich für unzuständig!

Diese Entscheidung steht in strittigen Gegenfah zu älteren Entscheidungen desselben Gerichts. § 6 der Gewerbeordnung nimmt Eisenbahnunternehmungen von den Vorschriften der Gewerbeordnung aus. Dadurch sind aber lediglich Eisenbahnunternehmungen als Betriebsanstalten betroffen. Es fallen also bei den Eisenbahnen als Betriebsanstalten beschäftigte Personen, z. B. Streckenarbeiter, Güterbodenarbeiter nicht unter die Gewerbeordnung und das Gewerbegerichtsgesetz, aber lediglich diese Kategorie von Arbeitern, nicht die bei selbständigen gewerblichen Betrieben der Eisenbahnunternehmungen, z. B. in Reparaturwerkstätten und Wagenbauanstalten beschäftigten Arbeiter. Diese sind gewerbliche Arbeiter im Sinne des 7. Titels der Gewerbeordnung.

Sie unterstehen der Gewerkaufsicht und den Arbeiterschutzbestimmungen zur Gewerbeordnung. Das ist von den Regierungen anerkannt in der Begründung zu Artikel 6 der Gewerbeordnungsnovelle vom 6. Juni 1891 (Stenogr. Ber. S. 1484), ebenso in der Reichstagskommission. Dagegen war das von dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Minister für öffentliche Arbeiten unter dem 18. Februar, 23. Mai und 15. Juni 1892 anerkannt. Noch ein Ministerialerlass vom 11. März 1898 hebt ausdrücklich hervor, es besteht kein Zweifel darüber, daß Staatsbetriebe, wie die den Ministerien des Kriegs und der öffentlichen Anstalten unter-

hellen Werkstätten den Vorschriften der §§ 105b und 120 usw. der Gewerbeordnung unterworfen sind". Im Gegensatz hierzu hat, wie wir feinerzeit meldeten, der Handelsminister unter dem 12. August dieses Jahres angeordnet, daß sich die Gewerbeaufsichtsbeamten in den staatlichen wie in den nicht staatlichen Eisenbahnwerkstätten jeder Tätigkeit enthalten. Dieser Erlass verleiht die Rechte der Arbeiter außerordentlich und nimmt ihnen den geringen, durch die Gewerbeordnung ihnen zugesagten Schutz. Daß auch das Berliner Gewerbeamt jetzt der irrigen — im Gegensatz zu den älteren Ministerialerlassen und der gedruckten Erklärung der verbündeten Regierungen sich stützenden — Auffassung dieses Erlasses folgt, ist bedauerlich und zeigt, daß ein gesetzgeberisches Vorgehen notwendig ist, durch welches die ungünstige Ausnahmestellung der Eisenbahnarbeiter beseitigt wird. Welcher verständige Grund liegt dafür vor, daß in Staatswerkstätten oder privaten Eisenbahnen gehörigen Werkstätten die Arbeiter schlechter gestellt werden wie die an anderen Werkstätten gleicher Art arbeitenden?

Gegen die Milzbrandgefahr.

Die 1889 erlassene und 1902 erweiterte Vorschrift zum Schutze der in Tierhaarbereiungsanstalten usw. beschäftigten Personen hat sich als unzulänglich erwiesen, wie die wieder überhand nehmenden Erkrankungen und Todesfälle an Milzbrand beweisen. Eine Versammlung der Bäcker- und Binselarbeiter in Nürnberg, von wo der erste Anstoß zu jener Vorschrift ausging, befaßte sich neuerdings mit der Sache und beschloß, die noch bestehende Milzbrandkommission zu beauftragen, an den Bundesrat eine Petition zu richten, in der gefordert wird, daß alles in- und ausländische Rohmaterial dem Desinfektionszwang unterstellt und als Desinfektionsmittel nur frömder Wasserstoff mit dem nötigen atmosphärischen Druck zugelassen werde. Für Material, das etwa bei Desinfektion durch Dampf bedeutende Schädigung erleiden würde, soll der Bundesrat durch ein Preisauschreiben ein Desinfektionsmittel zu finden suchen, das die Milzbrandkeime mit Sicherheit zerstört. Ferner wird verlangt, daß die Vorschriften auch auf die kleineren Betriebe, die in hygienischer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig lassen, insbesondere auch auf die Haus- und Heimarbeit ausgedehnt und die Benutzung der Arbeitsräume zum Wohnen, Schlafen und Kochen verboten werden.

Im Zeichen der Krise.

Der Millionär und fromme Kirchenbauherr Thoffen verheißt es, über die Zeiten der Krisis ohne Schaden hinwegzukommen. Auf der zu seinen Werken gehörigen „Friedrich-Wilhelmshütte“ zu Pöhlheim a. N. sind den Arbeitern Lohnzulagen von durchschnittlich 20 Proz. angeündigt worden. Bei den 5000 dort beschäftigten Arbeitern wäre dies ein Lohnausfall von etwa 1.250.000 Mark!

Aus Industrie und Handel.

Der Blockfreisinn für reaktionäre Wirtschaftspolitik.

Wie sich die kapitalistische Sozialpolitik selbst ad absurdum führt, das kann man aus einer im August dieses Jahres erschienenen, aber vielfach unbeachtet gebliebenen Publikation: „Der deutsche Außenhandel 1906“ deutlich erfahren. Dieser vom Handelsvertragsverein (Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels) herausgegebene Jahresbericht über die Lage des Geschäftsverkehrs mit dem Auslande liefert Materialien zur Beurteilung der Frage, wie die zwischen den Staaten aufgerichteten Schranken und Hemmnisse — die ja einer Vesteuerung der fremden Industrien gleichkommen — auf den Verkehr wirken.

Wirfen wir zunächst den Getreidehandel heraus. Er war 1906 von dem neuen Zolltarif infolgedessen beeinflusst, als er die Wirkung des Beschlusses antizipierte. Die Vorverpflichtung mit Getreide vor dem Inkrafttreten des Tarifs war eine so enorme, daß dadurch die Preisbewegung beeinflusst wurde. So wurde Weizen eingeführt im Januar und Februar

1906	270 320 Tonnen
1904	248 810
1905	232 255
1906	821 361

Natürlich weisen die Agrarier darauf hin, daß durch die erhöhte Einfuhr die Zollwirkung aufgehoben worden sei; aber man kennt schon die agrarische Kunst der Entstellung. Trotz dieses vorweggenommenen forcierten Imports ist die von den Agrariern erwartete Wirkung nicht ausgeblieben: Die Preisrückbildung trat eben schon in den Vormonaten infolge der erhöhten Nachfrage ein.

Sehr empfindlich wurde die Textilindustrie getroffen, und wenn heute in dieser Branche bereits von einer Krise gesprochen wird, so ist diese zum guten Teil auf die gloriose Handelspolitik zurückzuführen. Die interessierten Textilindustriellen berichten, daß der Export von Tuch, Kleiderstoffen, Raumgarmenten, Seidenen und halbseidenen Geweben sowie von Konfektionsware und Wäsche durch die erhöhten Auslandszölle erheblich zurückgegangen ist. Gewiß haben auch andere Ursachen zu diesem Rückgang beigetragen. In Oesterreich, Rußland, der Schweiz und Amerika ist die Produktion dezent gestiegen, daß man auf Deutschland nicht mehr im selben Maße wie bisher angewiesen war. Um so unfruchtbarer ist die Zollschutzpolitik zugunsten der Agrarier, die der deutschen Industrie die Behauptung der alten Absatzmärkte erschwert und ihren Arbeitern das Brot verteuert. Ohne diese selbstmörderische Politik wäre der Export nicht derart geschwächt — im Jahre der Hochkonjunktur! — und wären die bestehenden Handelsbeziehungen nicht so leicht aufgelöst worden.

Der Herausgeber der von den Industriellen des Verbandes abgegebenen Gutachten, Dr. B. Vogels, kommt zu dem Schlusse, daß die verhängnisvolle Wirkung der neuen Handelsverträge durch die mitgeteilten Aeußerungen erwiesen und der Protest gegen die Handelspolitik des Reiches in vollem Umfange gerechtfertigt sei — was freilich unsere Industriellen nicht hindern wird, nach wie vor mit den Agrariern Hand in Hand zu gehen. Ja das hindert die tapferen Ritter Rammann und Genossen, die vor der freisinnig-konservativen Blockade Janfars diesen gegen die verderbliche Säulische Wirtschaftspolitik, durchaus nicht, denselben Völkern, der sich eine agrarische Grabkiste ausgeben hat, ihr volles unbegrenztes Vertrauen zu bekunden, nachdem dieser Vlodvertrauensmann uneingeschränktes Festhalten an der agrarischen, Handel und Verkehr schädigenden, die Lebenshaltung verteuernenden Wirtschaftspolitik proklamiert hat. Und dieser Freisinn will liberale Politik machen! Freisinnerei und Spiegelei, das ist alles, was beim Freisinn zu haben ist.

Die industrielle Krise in Amerika.

Die soeben eingetroffene letzte Nummer der „New Yorker Handelszeitung“ bringt eine Menge Angaben über den Einfluß der Krise

auf den Arbeitsmarkt. Wir heben die hauptsächlichsten Angaben heraus:

Die Lakatanna Steel Co. hat von den in ihrem großen Stahlwerk in West Seneca bei Buffalo, N. Y., bisher beschäftigten 6000 Arbeitern 4000 entlassen.

Die bisher tausend Arbeiter beschäftigende Strickwarenfabrik der Alca Knitting Co. in Alca, N. Y., hat für vier Wochen den Betrieb eingestellt. Die gleichen Fabriken von A. B. Morris u. Son, Jumbo, Kennedy u. Jumbo und Gardiner, Waring u. Co., sowie die Teppichfabriken der Shuttleworth Prof. Co. und von McCleary, Balkin u. Crouse, sämtlich in Amsterdam, N. Y., welche in normalen Zeiten zusammen circa 5000 Arbeiter beschäftigten, sind auf unbestimmte Zeit geschlossen worden.

In Hudson, Mass., hat die Ripley Rubber Shoe Co. auf mehrere Wochen den Betrieb eingestellt. In Malden und in Melrose, Mass., sind die 3000 Arbeiter beschäftigenden Fabriken der Boston Rubber Shoe Co. geschlossen worden, in New York, Pa., die drei Seidenfabriken der American Silk Co., wodurch 1000 Arbeiter beschäftigungslos geworden sind, und in Norfolk, Va., die Ehejapane u. S. S. Knitting Mills.

In Chicago hat die International Harvester Co. gegen 1000 Arbeiter entlassen, die Union Steel Harbs mehrere tausend Mann und die nachstehenden Firmen haben ihr Personal wie folgt reduziert: Republic Iron u. Steel Co. 1300 Arbeiter, Griffin Wheel Co. 1000, Hines Lumber Co. 300, Uis-Chalmers Co. 250, Brunswick-Walke Colander Co. 100 und die Pianofirma Bush u. Garris 100 Arbeiter. Rahezu 1000 Maschinisten sind arbeitslos und die Eisenbahnen westlich von Chicago haben ungefähr 25 000 Leute entlassen.

Aus Pittsburg wird gemeldet, daß in letzter Woche in dortigen Distrikt circa 45 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden sind.

Die Jones u. Laughlin Steel Co. hat die Errichtung eines Eisens- und Stahlwerkes in dem in der Nähe von Pittsburg gelegenen Orte Aliquippa auf unbestimmte Zeit eingestellt. Auch die Midland Steel Co., welche mit Errichtung eines neuen Stahlwerkes, einige Meilen südlich von der großen Anlage der Jones u. Laughlin Co., beschäftigt ist, hat die Arbeiten vorläufig einstellen lassen.

Die in Freemansburg, Pa., gelegene Fabrik der American Novelty Co. ist bis Renjahr geschlossen worden, die National Cash Register Co. in Dayton, O., hat von ihren 4000 Arbeitern die Hälfte entlassen, die Eastern Steel Co. in Pottsville, Pa., die meisten ihrer 1000 Arbeiter, die Schiffs- und Baggonbauanstalt der Horlan u. Hollingsworth Corp. in Wilmington, Del., hat von ihren 2200 Arbeitern 1800 entlassen.

Die Eisenerzminen von Michigan entlassen den Winter 4000 Mann. Im nördlichen Wisconsin haben 21 Sägemühlen den Betrieb eingestellt, wodurch 6000 Arbeiter ihren Broterwerb verloren haben. Im Süden hat die Alabama Consolidated Coal u. Iron Co. von 11 000 Arbeitern 5000 entlassen und drei ihrer Hochöfen ausgeblasen. Sämtliche in Mexiko gelegenen Kupferminen der Guggenheim und der Greene-Interessen sind geschlossen, wodurch Tausende von Arbeitern beschäftigungslos geworden sind.

Das Blatt macht weiter Angaben über die Zunahme der Abwanderung. Es schreibt aus New York:

„Drei am letzten Sonnabend — 18. November er. — von hier nach Europa abgegangene Dampfer hatten zusammen nicht weniger als 5190 Zwischendecks-Passagiere an Bord, nachdem sie vorher circa 4000 Passagiere, ebenfalls der größten Zahl nach solche dritter Klasse, hier gelandet hatten. Mit dem Hamburger Dampfer „Präsident Grant“ verließen allein 3200 Arbeiter im Zwischendeck Amerika und weist gegenwärtig die Auswanderung weit größeren Umfang auf als die Einwanderung. Bis zum 2. d. M. haben in diesem Jahre bereits 100 000 mehr Zwischendeckspassagiere New York verlassen als in der gleichen vorjährigen Periode, und nachdem die Rückwanderung zu dieser Jahreszeit bereits in 1906 um 40 Prozent größer gewesen war als in 1905, ist diese Bewegung gegenwärtig um etwa 50 Prozent größer als letztes Jahr. Tatsächlich ist der Andrang der Passagiere nach Europa suchenden Italiener, Polen, Ungarn, Slowaken usw. ein so starker, daß nicht für alle Passagierplätze auf den von hier abgehenden Dampfern vorhanden ist und regelmäßig die Beförderung einer großen Anzahl Verzögerung erleidet.“

Berichts-Zeitung.

Preussische Juristerei.

Die Maurer Müller und Piesch verteilen am 1. Juni auf öffentlicher Straße Flugblätter, die zur Konsolidierung zweier Volkswirtschaften aufforderten. Die Blätter hatte ihnen Grohmann zugänglich gemacht, jeder erhielt auch 50 Pf. für das Verteilen. Piesch, Müller und Grohmann wurden vom Landgericht in Sagan auf Grund der §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes zu Geldstrafen verurteilt, weil ohne polizeiliche Erlaubnis die Verteilung der Druckschriften öffentlich und unentgeltlich erfolgt sei. Begründend wurde unter anderem ausgeführt: Wenn die Angeklagten Piesch und Müller auch angegeben hätten, sie hätten als streikende Maurer sich die 50 Pf. verdienen wollen, so ginge doch aus verschiedenen Umständen, insbesondere aus eigenen Ausführungen der Angeklagten hervor, daß durch Zahlung der 50 Pf. nicht die Tätigkeit habe abgegolten werden sollen, sondern daß man eine Bestrafung abwenden wollte. Ihre Tätigkeit sei somit eine öffentliche und unentgeltliche im Sinne des § 10 des preussischen Preßgesetzes, in dem durch § 30 Abs. 3 Reichs-Preßgesetzes auch der unentgeltliche Teil, gewesen, so daß sie zu dem Verteilen einer Erlaubnis bedurft hätten. Was den Angeklagten Grohmann angehe, so wäre er, der nicht mitverteilt, doch als Mittäter zu bestrafen. Denn er habe die Verteilung gewollt und zu dem Zwecke den beiden anderen die Flugblätter ausgehändigt beziehungsweise zur Verfügung gestellt. Er sei auch der Verfasser und Herausgeber des Flugblatts.

Das Kammergericht verwarf am Donnerstag das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Rechtliche Bedenken lägen gegen das Urteil nicht vor. § 10 des preussischen Preßgesetzes sei anwendbar. Wenn die Verinsanz die Verteilung als unentgeltliche ansehe, so sei das — Sache der tatsächlichen Würdigung. Ein entgeltliches Verteilen, das nicht unter § 10 fallen würde, sei mit Recht verneint, nachdem festgestellt war, daß die 50 Pf. den Leuten gegeben worden seien, nicht um sie zu entlohnen, sondern um den gesetzlichen Tatbestand zu verschleiern. Auch die Mittäterschaft des Grohmann sei ohne Rechtsirrtum festgestellt.

Eine Szene aus einem Familien drama beschäftigte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts II. Auf der Anklagebank mußte eine unglückliche Mutter Platz nehmen, die sich aus Liebe zu ihrem Kinde zu einer Handlung hatte verleiten lassen, die sie beinahe ins Gefängnis gebracht hätte. Wegen Einführung einer Minderjährigen war die Frau Elisabeth Tepper angeklagt, während sich der Photograph Häbling und die Witwe Arenhlin wegen Beihilfe zu diesem Vergehen verantworten mußten. — Der Anklage lag die alte traurige Geschichte von dem Kampfe um das Kind seitens der getrennt lebenden Eltern zugrunde, die sich in vielen Ghescheidungsprozessen wiederholt. Die Angeklagte

Frau T. lebt seit einem Jahre von ihrem Manne getrennt, der zurzeit unauffindbar, da gegen ihn ein Stodbrief wegen Wuchers erlassen ist. Es war seitens der Frau die mit Ehebruch begründete Ghescheidungsanfrage erhoben worden, da sich T. angeblich schwerer sittlicher Verfehlungen schuldig gemacht habe. Bevor Tepper die Klage ergriff, erhob er Wiederklage und begründete diese ebenfalls mit Ehebruch, der zwischen dem jetzt mitangeklagten Häbling und seiner Frau getrieben worden sei. Das Verfahren gestaltete sich für T. günstig, so daß das Gericht ihm das Erziehungsrecht bei der Ehe stammenden 10-jährigen Tochter übertrug. Für die Mutter, die mit großer Liebe an ihrem einzigen Kinde hing, war dies ein harter Schlag. Die Sehnsucht nach dem Kinde trieb sie dazu, fast täglich vor der Wohnung ihres Ehemannes spazieren zu gehen, nur um das Mädchen wenigstens sehen zu können. Eines Tages trafen Mutter und Tochter zusammen. Als das Mädchen erzählte, sie habe so großen Hunger, weil ihr der Vater nicht genügend zu essen gebe, konnte es die Angeklagte nicht über das Herz bringen, ihr Kind in diesen Verhältnissen zurückzulassen. Sie nahm das Mädchen mit sich und hielt es längere Zeit bei der Witwe Arenhlin verborgen. Die Folge war die jetzige Anklage. Der Staatsanwalt hielt bezuglich der beiden Mitanangeklagten die Freisprechung für geboten, da bei ihnen eine strafbare Beihilfe nicht vorliege. Dagegen habe sich die Angeklagte Tepper des Kindesraubes schuldig gemacht. Da sie aber aus Mutterliebe gehandelt habe, erscheine die geringste Strafe von einem Tage als ausreichende Sühne. Als die Angeklagte diesen Antrag vernahm, verfiel sie in schwere Schreikämpfe. Die Verhandlung mußte deshalb eine Weile ausgesetzt werden. Das Gericht hielt eine Kindesentführung nicht für vorliegend und sprach alle drei Angeklagte frei.

Eine ausnahmsweise verständige Entscheidung.

Lohnstreikfälligkeit.

nach russischer Methode hatte der bei der U. C. G. angefüllt gewesene Buchhalter Stemes die ihm obliegende Führung der Lohnlisten für die Monteurs gehandhabt. St. hatte sich wegen Falschung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich der Angeklagte für frei erfindende Phantasienamen Gelder hatte auszahlen lassen und diese für sich verbraucht hatte. Er hat hierdurch die U. C. G. im Laufe von 1½ Jahren um ca. 1500 M. geschädigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den gefändigen Angeklagten vier Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Broß legte dem Gericht dringend ans Herz, von einer Freiheitsstrafe abzusehen, da der bisher völlig unbescholtene Angeklagte durch das Fehlen einer ausreichenden Kontrolle und infolge seines geringen Gehalts zu der Straftat verführt worden sei. Der Angeklagte, der eine Realgymnasialbildung besitze und Familienvater sei, habe für seine Verirrung ein Anfangsgehalt von 100 M. monatlich bezogen, welches in 7 Jahren auf 166 M. gestiegen sei. Unter Berücksichtigung dieser Widerungsgründe lies das Gericht es bei einer Geldstrafe von 300 M. bewenden.

Schutz gegen Schulkente.

Der Polizeiergeant Herensbaum aus Wattencheid erhielt von der Strafkammer zu Bochum am Mittwoch wegen Mißhandlung und Ueberföhrung seiner Amtsbefugnisse eine Geldstrafe von 100 M. Die Sache wäre wohl nie ans Gericht gekommen, wenn H. gegen den Verleger Busch jun. nicht eine Verleibungsanfrage angestrengt hätte. Busch bezichtigte nun den Angeklagten, im Jahre 1901, wo sich die bekannten Vorgänge auf der Polizeiwache abgespielt haben, gemeinschaftlich mit einem Kollegen mehrere Arrestanten mit der Hundeweishe geschlagen zu haben. Da die Anzeige nicht früher erstattet ist, kam der Angeklagte mit der sehr milden Geldstrafe davon.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Arbeitenden Jugend“, Organ der freien Jugendorganisationen Deutschlands, ist die Nummer 13 (oben erschienen. Aus dem Inhalt hebt man hervor: Die Jugendbewegung des Auslandes; IV. Böhmen. Aus unterer Bewegung. Die Furcht vor der freien Jugendorganisation. Die Agitation in Thüringen. Unsere Gegner. Berater der ahnungslosen Jugend. Christliche Mädchenvereine. Jugendklub. Politisch geschlossen. Rundschau: Eine Wirtschaftskrise dringt herein. Wider die guten Sitten. Schulwesen: Die Fortbildungsschule der Handlungselern. Ein Sieg der Rückständigen! Aus der Arbeiterbewegung: Der Einigungsgehalt marschieren! Gesundheitspflege: Vermeidung der Keilstein durch körperliche Ausbildung. Vereinsnachrichten: Feuilleton. Friede auf Erden! Von Albert Rühmer. Empfehlenswerte Schriften für die reifere Jugend. Sonstiges. Preis der Nummer 10 Pf. Verlag: „Arbeitende Jugend“, Berlin SO. 36, Waldemarstr. 75.

Witterungsübersicht vom 5. Dezember 1907.

Stationen	Barometer hiesig mm	Wind- richtung	Sichtweite	Wetter	Temperat. in C.	Stationen	Barometer hiesig mm	Wind- richtung	Sichtweite	Wetter	Temperat. in C.
Zwettende	754,5	SW	3 mäßig	0	Dabranba	756	SW	4 bedekt	-1		
Hamburg	747,5	SW	6 bedekt	-4	Petersburg	764	SW	1 bedekt	-7		
Berlin	754,5	SW	4 bis 6	0	Sibir	741	SW	5 bedekt	-7		
Kranfa M	751,5	SW	1 mäßig	2	Aberdeen	730	SW	4 mäßig	4		
München	757,5	SW	4 heiter	-1	Paris	745	SW	5 bedekt	11		
Wien	759	SW	mäßig	1							

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. Dezember 1907. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und fühligen lächelichen Winden; später wieder auflockernd und ein wenig über.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Resle! Moquette.
Plüsch-Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin, Oranienstr. 158.
Emil Lefevre.

Zum Weihnachtsfest
kaufen Sie bei uns am besten.
Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mk.
Grosso Auswahl in Herren- u. Damen-Übren, Regulatoren, Brochuren, Ringe, Ketten, echte Schmuckwaren, Silber, Porzellan, Graphen, Plattenprobmaschinen, Polyphone, Harmonika, Mandoline, Geigen etc.
Verkauf v. prima Platten, echten Edisonwalzen Stück 1 Mark.
Jahre & König, Warschauerstr. 26, 1. Etage, Reinkonditorerstrasse 101, 1. Etage.
Kassenblätter jeder Art, Augustin-Bab, Köpenickerstraße 60.

Arbeiter-Berufs-Kleidung
Aesthetes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
und **Kottbuserdamm 95.**
Adolf Wecker.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.
Verlag des „Vorwärts“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweise: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1939. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Bauaufsicht. 2. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Brunnen-Theater, Bodestraße 58:

Branchen-Versammlung

aller in den Wirlereien Berlins und Umgegend beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Genossin Ida Ullmann über: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein ist.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle Berufs-Kollegen u. Kolleginnen verpflichtet, pünktlich und zahlreich zu erscheinen!
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

1917 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.

(G. G. Nr. 89.)

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn M. Schütte: „Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.“ 2. Unterhaltungs-Gesang. 3. Ausgabe der Billets zum Weihnachtsbesuch am 1. Feiertag in Kleins Gärten.
1917 Der Vorstand.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Tel.: Amt 4, 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 15, Tel.: Amt 4, 4493.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 9. Dezember 1907, abends 8 Uhr,
im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57:

Ordentl. Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist unbedingt notwendig.
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Sonntag, 8. Dezember, vorm. 10 Uhr, in Boekers Lokal, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Robert Ahrens über: „Unfallversicherungsgesetzgebung.“ 2. Mitteilung des Schiedspruches über den Fall, Ausgabe desselben. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksversammlungen finden Sonntag, den 15. Dezember, statt. Die Unterstützung des Streikfonds wird in der Branchenversammlung geprüft.

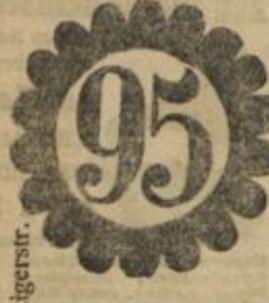
Zentralverband der Glasarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands. — Zahlstelle Berlin.

Montag, den 9. Dezember 1907, bei Boeker, Weberstr. 17:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der letzten Versammlung.
Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint.
Die Ortsverwaltung. N. N.: Paul Wolkisch.



Leipzigerstr.

Bleyle's

gestrickte

Knaben-Anzüge

Illustr. Katalog gratis und franko

Arnold Müller

Kaufhaus für Kinderbekleidung
Leipzigerstr. 95 Ecke Charlottenstrasse

6. Wahlkreis. (Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr, in den „Verolinsälen“ (gr. Saal), Schönhauser Allee 28:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hans Weber über: „Der wirtschaftliche Kampf und die Frauen.“
2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen erwünscht.
Die Abteilungsleiter.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Sonntag, den 8. Dezember 1907, vormittags 10 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal). Zug: Gebr. Wielig.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über Rechtschuttsachen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. N. N.: Ernst Schulze.



Schellfisch 20-45 Pf.
in allen Größen Pfd.

Kabliau Pfd. 28 Pf.
im Ausschnitt 35 Pf.

Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen
Johs. Skorozyk

Special-Großhandlung und Versand für
Nordsee-, Ostsee- u. Süßwasser-Fische
Lachs, Hummer, Krebs, Kaviar, Austern, Muscheln o.ä.
Alle Arten gewäss. u. marinierte Fische. — Tägl. frische Zubeh.

Schönhauser Allee 144 Ecke Eberwälderstr.
Badstrasse 67 Ecke Hochstr.

Bratschollen Pfd. 25 Pf.
3 Pfund 65 Pf.

Alle anderen Seefische und Flussfische billigst.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 8. Dezember 1907, nachmittags 4 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Finke-Kommission und Wahl des besoldeten Lokalbeamten. 2. Anträge. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Wahl der Revisoren. 5. Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 6. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nach Köln a. Rhein. 7. Beratung der Anträge nach Köln a. Rhein.

Der wichtigen Tagesordnung halber wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher

Robert Ahrendt

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigsdorfer Gemeindekirchhofes in Rigdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Johann Draba

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
161/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Adler

Friedrich Balz

am 4. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes 99, nach dem Kirchhof der Wogau-Gemeinde in Reinickendorf, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
161/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands

Finale Groß-Verein I.

Am Sonntag, den 2. Dezember, abends unter M. Bege

Gottlieb Weiss

Schöneberg
Hauptstr. 151.
Spezial-Haus größten Umfangs.

Paletots und Ulster.

Ungemein vielseitige Auswahl.
Entzückende Muster.
Neuzeitige Schnittformen.

50, 45, 40, 35, 30,
27, 24, 20, 18,
15 Mark.

Erstklassige Maßanfertigung.
Ersatz oder Umtausch, falls sich meine Waren nicht bewähren.

Hunderte schriftl. Anerkennungen zu jedermanns Einsicht.



Sozialdemokrat. Wahlverein für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

(Frankfurter Viertel).
Bezirk 390.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer

Albert Weitzenegger

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nach schwerem Leiden starb heute unser langjähriger Vetter, Herr

Albert Weitzenegger.

Durch seine Charaktereigenschaften sowie seine treuen Dienste hat er sich die Liebe und Achtung aller erworben.
Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren!
Berlin, im Dezember 1907.
Chef und Personal
der Firma Spandow & Co.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Am 2. d. M. nach unser lieber Freund und langjähriger Vorstandskollege, der Möbelpolierer

Albert Weitzenegger

im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.
279/30 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer

Albert Weitzenegger

am 3. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr, vom Krankenhauses Friedrichshagen aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Köpenick.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Genosse

Eduard Bolz

Maurer, im Alter von 81 Jahren am Mittwoch verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Jägerstraße 2, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Adler

Friedrich Balz

am 4. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes 99, nach dem Kirchhof der Wogau-Gemeinde in Reinickendorf, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
161/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands

Finale Groß-Verein I.

Am Sonntag, den 2. Dezember, abends unter M. Bege

Paul Klatte

im Alter von 43 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Göttemann-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
171/8 Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Heute abend 8 Uhr findet eine Handzettelerbreitung von den Vokalisten: Ernst Schmidt, Marktgrasendamm 16 und Paul Schöps, Alt-Stralau 17 aus für die am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in den „Marktgrasendamm“, Marktgrasendamm 34, stattfindende öffentliche Versammlung statt. Nach dem Vortrage am Sonntag gemütliches Beisammensein und Tanz. Die Vorträge werden erjucht, zahlreich mit ihren Angehörigen zu erscheinen. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Niederlehme. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Koch, „Jägerruh“, in Niederlehme, stattfindet. Tagesordnung: Bericht vom preussischen Parteitag, Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Jahlabend für Niederlehme fällt dafür am Sonntagabend aus. Da das Lokal dicht am Bahnhof und die Zugverbindung passend ist, werden die Parteigenossen erjucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Spandau. Die Parteigenossen werden dringend erjucht, die Commellisten von der Stadtverordnetenwahl sofort abzurechnen. Listen, auf denen nichts gezeichnet ist, sind ebenfalls sofort abzuliefern. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vom Alexanderplatz — Abteilung VII.

Die Tätigkeit der politischen Polizei ist, wie aus dem Inhalt des vor kurzem auch von uns veröffentlichten Notizbuches eines Beamten der politischen Polizei hervorging, eine recht vielseitige. Die Hauptaufgabe der Beamten besteht in der Observation politisch verdächtigter Personen. Als solche kommen jene, die als Anarchisten oder Sozialdemokraten bekannt sind oder in Verdacht stehen, es zu sein, und auch Ausländer in Frage. Dann aber liegt die Fassung der Notizen mit großer Wahrscheinlichkeit den Schluß zu, daß Kriminalbeamte mit bestimmten Personen in Verbindung gestanden haben. Wir sind um so leichter geneigt, solche Schlüsse zu ziehen, da wir sehr gut wissen, in welchem Umfange gehorcht und geipgelt wird; kann sich doch ein bekannter Genosse kaum auf der Straße zeigen, ohne von Beamten der politischen Polizei selbst oder von deren bezahlten Subjekten verfolgt zu werden. Schließlich warfen wir auf Grund der häufigen Erwähnungen des Namens Pawlowitsch im Zusammenhang die Frage auf: Wer ist dieser gewisse Pawlowitsch? Genosse Paul Pawlowitsch sah sich durch diese Fragestellung veranlaßt, seinerseits zu erklären, daß er dieser Pawlowitsch nicht sei, aus gewissen Gründen nicht sein könne, und tat auch sonst Schritte, um einen gegen ihn aufgelisteten Verdacht vollends aus der Welt zu schaffen. Jetzt glaubt der „Freie Arbeiter“ in der Lage zu sein, zur Klärung der Polizeinotiz beitragen zu können, indem er schreibt:

„Unter der Notiz: B. Pawlowitsch mit Dietrich II usw. ist unser Genosse Viktor Pawlowitsch gemeint. Derselbe wurde als Ausländer Mitte Juni verhaftet, im Polizeigefängnis bis Mitte Juli festgehalten und dann ausgewiesen. Die Notizen beziehen sich auf die Ueberwachung bei den Spaziergängen im Gefängnis-hofe, bei Vorführungen usw.“

Ist das hier Gesagte zutreffend, so dürfte der gegen Paul Pawlowitsch aufgetauchte Verdacht damit beseitigt sein. Aus der Mitteilung des „Freien Arbeiters“ erhellt, daß die Ausländer bzw. politisch Verdächtigten, die sich im Gewahrsam des Polizeipräsidiums befinden, von der politischen Polizei spazieren geführt werden. Also auch auf das Spazierenfahren erstreckt sich die Tätigkeit der politischen Polizei. Warum das geschieht, ist nicht schwer zu erraten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten hatten gestern Stellung zu nehmen zu dem ihnen endlich vorgelegten Magistratsantrag auf Ankauf des alten Botanischen Gartens. Man weiß, welche Mühe es gemacht hat, wenigstens einen Teil dieser Anlage vor der Vernichtung zu bewahren. Mehr als einen Teil davon kann die Stadt nicht ankaufen; das übrige wird zu Baustellen ausgeschlachtet, weil der Fiskus reichlicheren Profit herauszuschlagen will, als die Stadt ihm zu bieten vermöchte. Die Vorlage des Magistrats, die den Ankauf des Mittelstückes für 2 Millionen-Mark empfiehlt, wurde von der Versammlung mit gebührender Freude begrüßt. Das Verhalten des Fiskus, der dafür gesorgt hat, daß diese Freude keine ungetrübte sein kann, wurde von unserem Genossen Singer mit scharfen Worten gegeißelt. Singer stellte fest, daß die Rücksicht auf die Bevölkerung dem Magistrat und die Stadtverordneten dazu zwingt, dem nimmerfertigen Fiskus die Millionen hinzuworfen, die er herauszuschinden gewußt hat. Der Fiskus habe nicht nach dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung gefragt. Die Vorlage wurde zunächst einem Ausschuss überwiesen. Ihm gab Genosse Singer die Anregung mit, darauf hinzuwirken, daß der von Pauland umschlossene Parkrest, den die Stadt retten darf, möglichst nicht nur von der Potsdamerstraße aus, sondern auch von der Elsholzstraße aus einen Zugang erhalte.

Am ersten Teil der Sitzung wurde verhandelt über die vom Magistrat beantragten Zuwendungen an einige Vereine mit gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken. Die prinzipiellen Forderungen, die die sozialdemokratische Fraktion aus Anlaß dieser Vorlage an die Gemeindevverwaltung zu richten hat, werden erst in der nächsten Sitzung erörtert werden. Gestern konnte nur über die Vorlage selber debattiert und beschlossen werden. Genosse Vorkmann wies erneut darauf hin, daß dem Centralverein für Arbeitsnachweis immer noch die Selbständigkeit eines Privatunternehmens belassen wird, während der größte Teil seiner Ausgaben aus Stadtmitteln gedeckt werden muß. Sodann brachte unser Redner zur Sprache, daß der Verein für Kinder-Volksschulen, wiewohl er die ihm gestellte Aufgabe aus Mangel an eigenen Mitteln nur sehr unvollkommen zu erfüllen vermag, dennoch von der Stadt fast gänzlich im Stich gelassen wird. Angesichts der immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit fordert die sozialdemokratische Fraktion, daß die Stadt diesem Verein sofort die Mittel voll zur Verfügung stellt, die er braucht, um alle hungernden Schulkinder zu speisen. Stadtschulrat Fischer ertröstete auf die Kommission, die im Rathause nächstens zusammentreten soll. Im übrigen machte er kein Geheimnis daraus, daß gegen die Leiter des Vereins eine persönliche Animosität herrscht. Die Mehrheit spendete demonstrativ Beifall; an die hungernden Kinder schien sie nicht zu denken. Herr Sonnenfeld

wußte gar zu erzählen, die Kinder seien zu den Speisungen in einer Weise herangezogen worden, die sie geradezu „aufgereizt“ habe, die Wohltaten dieses Vereins in Anspruch zu nehmen. Also Herr Abraham reizt die Kinder auf, sich hungrig zu fühlen — daher die Wut auf ihn! An die Erfahrungen, die die Schulärzte bezüglich der Ernährungsverhältnisse der Schulkinder gemacht haben, erinnerte Genosse Jader; sie sprechen keineswegs für die Behauptung des Herrn Sonnenfeld. Die ganze Vorlage wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Stadtdzißern.

Der Besuch im städtischen Familienobdach hat im November d. J. wieder zugenommen. In dem Bestande am 1. Oktober d. J. kamen im laufenden Monat 56 Familien, wodurch sich die Zahl der Zulassen auf 679 Personen erhöhte. Von diesen erhielten im Oktober 402 Personen ein Unterkommen. Am 1. d. Mts. verließen im Obdach 21 Familien mit 80 Köpfen, darunter 31 Kinder und 12 Säuglinge, sowie außerdem 197 Einzelpersonen (164 Männer und 33 Frauen, so daß insgesamt 277 Personen beherbergt und vollständig versorgt werden konnten. Gleichzeitig wurden im nächsten Obdach 57 815 Personen, darunter 880 weibliche, beherbergt, gegen 35 248 Personen im Oktober d. J., demnach 22 567 Personen mehr als vier Wochen vorher. — Im Berliner Asylverein für Obdachlose (Wiesenstraße) nächtigten im Monat November im Männerasyl 20 911 Personen, wovon 8804 badeten, im Frauenasyl 3115 Personen, wovon 1549 badeten.

Diese nackten Zahlen illustrieren recht treffend die heutige göttliche Bestimmung!

Die diesjährige Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften verbunden mit einer Ausstellung von Künstler-Steinzeichnungen, wird am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr, eröffnet. Die Ausstellung findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15 statt und ist bis einschließend Sonntag, den 15. Dezember täglich von 4—10 Uhr für jedermann zugänglich. In der Ausstellung liegt ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften aus, das von einem Jugendschriften-ausschuss herausgegeben ist. Die Besucher der Ausstellung finden in diesem Verzeichnis eine reichhaltige Zusammenstellung guter Bücher für Kinder verschiedensten Alters.

„Amt Moabit“ statt Amt 2. Im Berliner Fernsprechverehr kommen betänlich Verwechslungen der Nummer insolge un-deutlicher Aussprache oder dialektischer Unterschiede vor. Um die am häufigsten vorkommenden Verwechslungen der Nummern 2 und 3 zu verbüten, hat die kaiserliche Oberpostdirektion jetzt an-geordnet, daß die Beamtinnen der Vermittlungsstellen bei Beantwortung des Anrufs sich der Bezeichnung „Moabit“ für das Amt 2 zu bedienen und die Teilnehmer auf den Gebrauch dieser Bezeichnung hinzuweisen haben. Es soll dabei nicht ausgeschlossen sein, daß für eine gewisse Uebergangszeit die Bezeichnung Amt 2 neben Moabit angewendet wird, soweit sich dies als nötig erweist.

Ueber die geplante Reform der städtischen Bauverwaltung, über die wir gestern berichteten, hat der Stadtbaurat Hoffmann sich einem Mitarbeiter des „Berl. Tageblatts“ gegenüber wie folgt geäußert:

Wenn man zwölf Jahre lang Berliner Stadtbaurat gewesen ist, dann empfindet man naturgemäß den lebhaftesten Wunsch, sich ein wenig auszurufen; nicht als ob ich mich von den Geschäften zurückziehen wollte, aber ich bin im Laufe der Jahre zu der Erkenntnis gekommen, daß bei den zahlreichen architektonischen Aufgaben der städtischen Verwaltung noch Raum für andere Kräfte vorhanden ist. Auf diese Weise will ich mich entlasten. Für eine große Reihe von Neubauten, z. B. die Gemeindefschulen, können die ersten Vorentwürfe in den betreffenden Bauinspektionen angefertigt werden. Dazu treten gewisse architektonische Aufgaben, für die meines Erachtens Privat-architekten, jüngere Kräfte, herangezogen werden können. Ich habe im Laufe des letzten Jahrzehnts mit wachsender Freude gesehen, wie eine neue Generation von Architekten sich herab-bildet, die den gleichen künstlerischen Zielen zustrebt wie ich. Auch sie suchen nicht ihr Heil in äußerer Prachtentfaltung; sie stellen schlichte und schöne Bauten hin — Proben einer verinnerlichten Kunst, die immer mehr Anerkennung in den weitesten Kreisen findet. Ich freue mich jedesmal, wenn ich ihre schönen, zweckmäßigen Schöpfungen in Berlin, Charlotten-burg und den Vororten sehe. Diesen Künstlern sollte man, meine ich, die Bahn frei machen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Kräfte an größeren Aufgaben und öffentlichen Bauten zu versuchen. Es wird sich dabei zunächst allerdings nur um einen beschränkten Kreis von städtischen Bauten handeln; der Willig-keit wegen, und damit die Stadt nicht doppelte Honorare be-zahlen, werden in erster Reihe die im Dienste der Stadt stehenden Architekten und Baumeister herangezogen werden. In jedem Falle bleibt die künstlerische Oberleitung in meinen Händen. Ich werde auf diese Weise meine ganze Kraft auf die Bearbeitung der großen Bauten konzentrieren können. Bauten wie das Virchow-Krankenhaus, das Rarkische Museum, die dritte Trenn-anstalt und das neue Stadthaus erfordern einen ganzen Mann. Und den glaube ich der Stadt Berlin auch für die Zukunft schuldig zu sein.“

Es ist ja sehr hübsch vom Stadtbaurat, daß er auch anderen Kräften zur Entfaltung ihrer Talente Gelegenheit geben will; und will aber scheinen, als ob städtische Bauten hierzu nicht da sein sollen. Wir müssen schon darauf dringen, daß die Stadt ihre Bauten von den städtischen Baumeistern und Architekten herstellen läßt. Im übrigen wollen wir es dahingestellt sein lassen, ob die Sinnesänderung des Herrn Stadtbaurats so ganz ohne Einwirkung von gewisser Seite vor sich gegangen ist.

Sonderbestimmungen für die Post zu Weihnachten im Berliner Bezirk. Für den diesjährigen Weihnachts- und Neujahrsdienst der Post im gesamten Berliner Bezirk hat die kaiserliche Oberpostdirektion folgende besondere Bestimmungen getroffen. Am Sonntag, den 22. Dezember, können Paketsendungen wie werktag aufgegeben werden. Die Paketabgabestellen werden am 22. und am 23. Dezember wie an Werktagen geöffnet sein. Paketbestellung findet nicht nur an beiden Weihnachtsfeiertagen, sondern auch an den Sonntagen vor Weihnachten, also am 15. und am 22. Dezember, statt; sie ruht dagegen am Sonntag nach Weihnachten, den 29. Dezember, und am Neujahrsstage. Eine einmalige Geldbestellung wird ausgeführt am ersten Weihnachtsfeiertage sowie am Neujahrsstage. Zeit Aufhebung der Sonntagsbestellung von Paketen und Geld ist es bekanntlich den Oberpostdirektionen über-laffen, Ausnahmen anzuordnen.

Eine Automobilausstellung ist gestern in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten eröffnet worden.

Eine rasch zuwandernde Lehrerin hat wieder einmal den Frieden zwischen Schule und Haus zerstört. Diesmal ist's eine Handarbeits-lehrerin, die ohne Prügeln nicht fertig zu werden vermochte. In der 100. Mädchen-Gemeindefschule (Reichenbergerstraße) hatte eine Schülerin der III O-Klasse in der Handarbeitsstunde das Versehen begangen, bei der Anfertigung eines Hemdes

eine Nadel falsch einzusetzen. Die Lehrerin Fräulein Wiedemann wußte sich nicht anders zu helfen als dadurch, daß sie dem Mädchen auf die Hände schlug und ihm eine kräftige Nachspeise gab. Als daraufhin die Mutter nach der Schule kam und Beschwerde führte, antwortete die Lehrerin, sie habe das Mädchen nur angeipgelt, und sie fügte jetzt hinzu, die ganze Stunde hindurch sei das Mädchen unaufmerksam gewesen. Dem Fräulein mußte bekannt sein, daß diese Schülerin kränzlich ist; im dies-jährigen Sommer ist sie wegen eines Lungenteidens lange Zeit der Schule ferngeblieben. Das Mädchen gehört trotzdem zu den guten Schülerinnen der Klasse und hat auch in allen früheren Klassen, wie die uns vorgelegten Penuren ausweisen, zu den guten oder besten Schülerinnen gehört. Wir würden aber das Verhalten dieser Lehrerin auch dann als ein die Schule schädigendes ansehen, wenn das Kind körperlich kräftig wäre oder zu den schlechtesten Schülerinnen ge-hörte. Die nervöse Ungeduld rasch zuwandernder Lehrer und Lehrerinnen ist es, die den Kindern die Lust zum Lernen mindert und das Verhältnis der Familie zur Schule trübt. Daß durch Pädagogen, denen es an der nötigen Selbstbeherrschung fehlt, zuweilen noch viel ärgeres Unheil angerichtet werden kann, das hat der kürzlich von uns gemeldete Fall eines Schülerelbstmordes gezeigt. Fräulein Wiedemann scheint übrigens selber sehr empfindlich zu sein. Nachdem die Mutter wegen jener Prügeln Beschwerde geführt hatte, soll Fräulein Wiedemann vor versammelter Klasse darüber gescholten haben, daß die Mutter dem Rektor gesagt habe, das Mädchen sei von dieser Lehrerin schon öfter geschlagen worden. Das sei nicht wahr, soll das Fräulein geantwortet haben, dadurch schäme sie sich beleidigt, sie könne die Mutter verklagen, aber sie wolle es ihr noch einmal schenken. Ach, wenn doch alle Lehrer und Lehrerinnen durch irdige Annahmen dieser Art sich be-leidigt fühlen wollten! Von hier aus müßten sie nämlich bei einigem Nachdenken sehr bald dazu gelangen, auch das als beleidigend zu empfinden, daß sie überhaupt prügeln. Aber so weit sind wir noch nicht. Koch ist es Lehrern und Lehrerinnen gefällig erlaubt, ihr Erziehungsamt prügeln auszuüben. Koch würde jedes Gericht jeden Pädagogen kaltblütig abweisen, der es als Be-leidigung ansehe, wenn ihm irrtümlich nachgesagt würde, daß er geprügelt habe.

Durch Sturz aus dem Zuge hat der sechsjährige Knabe Karl Braunlot den Tod gefunden. Der Knabe befand sich mit seiner Mutter, die auf der Reise von Ruhland nach Berlin begriffen war, in einem Wagen der vierten Klasse des Personenzuges 270 der Strecke Posen-Berlin. Der Knabe stand an der Waggontür und schaute zum Fenster hinaus. Zwischen Karlsdorf und Rieg-Kummelsburg sprang plötzlich die Tür, die vermutlich nicht ordent-lich geschlossen war, auf und der Junge stürzte aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge hinaus. Passagiere gaben sofort das Not-signal und brachten den Train dadurch zum Stehen. Der kleine Braunlot wurde auf dem Nebengleis leblos aufgefunden und bis zum Schlesischen Bahnhof mitgenommen, woselbst auf Grund einer telegraphischen Benachrichtigung ein Bahnarzt zur Stelle war. Dieser vermochte nur noch den infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod des Knaben festzustellen.

Die kommunale Kleinstkatei in Groß-Berlin wird auch von den Droschkeninteressenten recht unangenehm empfunden. Der Vorort Weihensee hat jedoch eine neue Droschkenordnung er-halten, die in vielen Punkten der Droschkenordnung von Berlin, Schöneberg, Kixdorf und Charlottenburg nicht entspricht. So wird beispielsweise in Weihensee das Mindestalter für Droschken-führer auf 18 Jahre festgesetzt, während im Geltungsbereich der Berliner Droschkenordnung nur Ausländer den Tod bestreiten dürfen, die mindestens 21 Jahre alt sind. In Weihensee muß auch der Ausländer nach der neuen Droschkenordnung jedem Fahrgast bei der Zahlung eine Fahrkarte ausshändigen. Beachtenswert ist auch die Bestimmung, daß in Weihensee bei Verstößen gegen die Droschken-ordnung nicht nur Ausländer und Fuhrer, sondern auch die Fahr-gäste mit Geldstrafen bedacht werden können. Von dieser Buntschickeligkeit der Bestimmungen in den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins beunruhigen die Droschkenbesitzer und -Ausländer Schäd-igungen ihres Berufes. Sie wollen dagegen an geeigneter Stelle vorstellig werden. Sie beklagen sich insbesondere auch darüber, daß bei Erloß der Weihenseer Droschkenordnung ebensowenig wie seinerzeit in Berlin die Interessenten gutachtlich gehört worden sind.

Die geheimnisvolle Entführung eines jungen Mädchens be-schäftigt seit einigen Tagen die Polizeibehörde. Am vergangenen Mittwoch verschwand plötzlich die 16 Jahre alte Buchmachersin Mara Pafelbecker aus der Pertebergerstraße 54. Das junge Mädchen hatte die elterliche Wohnung verlassen, um eine kleine Besorgung vorzunehmen, und sollte von diesem Ausgang nicht mehr zurück-kehren. Durch die angestellten Ermittlungen ist festgestellt worden, daß die Verschwindende das Opfer einer Entführung ge-worden ist. Sie wird durch den Urheber der Entführung verstedt gehalten, und die Bemühungen der Kriminalpolizei, die Ver-schleppte aufzufinden zu machen, hatten bisher keinen Erfolg.

Nachmittagsvorfstellungen für Kinder finden jetzt wieder in ver-schiedenen Theatern statt. Der Stoff für diese Vorstellungen ist aus Märchen entnommen. Am Mittwoch wurde im Theater an der Spree „Dornröschen“ gespielt, worüber sich die Kinder wirklich sehr amüsierten. Im Lustspielhaus werden die Nachmittags-vorfstellungen am Sonnabendnachmittag 3 Uhr ihren Anfang nehmen mit dem englischen Märchen: „Peter Gernelstein“, während um die-selbe Zeit im Neuen Schauspielhaus: „Frau Holle“ in Szene geht und dann im Laufe der folgenden Wochen jeden Mittwoch- und Sonnabendnachmittag gegeben wird.

Die Kinder der unbemittelten Klassen müssen leider darauf ver-zichten, zu den Zuschauern dieser Vorstellungen zu gehören; ihnen bzw. ihren Eltern fehlt zu dem Besuche in den allermeisten Fällen Zeit und Geld.

Zeugen, die gesehen haben, wie am 30. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Greifswalderstraße ein Radfahrer von einem Vierwagen überfahren wurde, werden gebeten, sich bei Bruno Dreifussweider, Jahlonskistr. 2, wozn 4 Tr., zu melden.

Feuerwehrbericht. Durch die Explosion einer Spirituslampe kam in der letzten Nacht in der Chorinstraße 28 Feuer aus. Gardinen u. a. brannten dort bei Anbruch der Dunkelheit. In der Wäcker-sträße 65/66 entstand auf einem Neubau durch die Explosion einer Ketherlampe ein Brand. Kleider, Decken, Wassen gerieten dabei in Brand. Im Erdgeschoß des Lutzgebäudes auf dem zweiten Hofe brannten nachts Buchwolke, Bettische, Säde, Rad, Fensterkerzen u. a. und in der Neuen Almsstraße 48 ein Kinderwagen. Ferner hatte die Wehr in der Auguststr. 15 L, wo das Zwischengebälz usw. brannte, in der Stromstr. 10, Treidlowstr. 12, Prinz Eugenstr. 10 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. In der Versammlung des Wahlvereins am 3. Dezember er-stattete Genosse Dr. Borchardt-Charlottenburg den Bericht vom preussischen Parteitag. Die Versammlung war gut besucht, es

mit den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 6. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Op. Opernhaus. Die Jägerskate. König. Schauspielhaus. Die die Hellen Jungen.

Deutsches. Prinz Friedrich von Romberg. Kammerstücke. Diebel. (Anfang 8 Uhr.)

Linien 8 Uhr.

Berliner. Wandart. Vespertag. Der Silberpelt. Neues. Die Kvarier. Neues Schauspielhaus. Jar Feier.

Schiller O. (Wallner-Theater.) **Wanna Banna.**

Schiller Charlottenburg. Maria Stuart.

Friedrich. Wilhelmshädt. Schauspielhaus. Jugend von heute. Kleines. Mandragola. Zentral. Frau Warrens Gewerbe. Theater an der Spree. Der Allendubler.

Vorling. Hans Nelling. Heidenz. Ganz der Papa. Nantische Oper. Tiefland. Weiten. Die lustige Witwe. Vahrnischhaus. Hünarensieber. Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.

Dalia. Die gelbe Gefahr. Zalken. Ein seltsamer Fall. Bernhard Rose. Der Güttenbestzer.

Weiswoll. Das muß man seh'n. Apollo. Schloßer Schloß jr. Elegg. Genies.

Walhalla. Spezialitäten. Polles Caprice. Geißele Liebe. Kasino. Diebelstele.

Gebr. Herrfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben. Passage. Paula Birch. Spezialitäten.

Prater. Denschen Schloß. Palast. Am heiligen Abend. Spezialitäten.

Parodie. Das Ungehener. Japfenreich. Wanna Banna. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urona. Zaubertrache 17-19. Wende 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Benedla. 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Gegenseitige Hülle in d. Entwicklung. Sternwart. Anwaltsamt. 07.02. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig. 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Gegenseitige Hülle in d. Entwicklung. Invalidenstr. 17-19: Sternwart. Zur Beobachtung: Mars, Saturn. Doppelsterne, Nebelflecke.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.

Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Marx und Dessvallères. Deutsch v. R. Schönan. Baron des Kubral: Rich. Alexander. Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Am Pavillon.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Güttenbestzer.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Der gefühlte Vater. Abends: Die Frau Kommerzialrat.

Theater an der Spree
Köpenickerstraße 68.
Täglich 8 Uhr:
Der Altienbinder
mit Josefina Para als Karoline. Sonnabend 4 Uhr: Dornroschen.

Metropol-Theater
Anfang präzis 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, P. Massary, B. Barmand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. II. a.: Siegwart Genies m. sein. neu. Stück. 9 1/2 Uhr:
Sylvester Schäffer jr.
der berühmte Universalkünstler. Sonntag, 8. Dezemb., nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung. Kleine Preise!

WINTERGARTEN
Auftreten von: Robert Steidl, Liase de Vriès, Kitty Gordon, Tan Kwai - Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Boganny - Truppe, Die Tiller Girls, Brunins, La Bérat, Toqué, Tenji - Truppe, Der Biograph etc.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachleben!
In Vorbereitung:
Papa und Genossen.

Brunnen-Theater
Dahlstraße 88. Direkt.: Bernh. Ross.
Freitag, den 6. Dezember 1907:
Die Schauspieler des Kaisers.
Drama in 4 Akt. v. Karl Warkenburg. Vorkauf vom 10 bis 2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Ein seltsamer Fall.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornroschen. Abends: Das Heiratstest. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.
Montag: Ein seltsamer Fall.

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operett-Theaters.
Blaubart.
Som. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach. Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Blaubart.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Agrarier.
Sonnabend 3. erstmal: Baccarat. Sonntag: Baccarat.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: **Agnes Sorma. Mandragola.**
Sonnabend: Mandragola. Sonntag nachm. 3 Uhr: Vater und Sohn. Abends 8 Uhr: Mandragola.
Montag: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Frühlingsluft.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Jugend von heute.
Eine deutsche Komödie in 4 Akten von Otto Ernst. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.

Lorzing-Theater
Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Kumpelstücken. Abends 8 Uhr: Uubine. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Hünarensieber.
Zentral-Theater.
Gastspiel des Heibel-Theaters. Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten von Verard. Schloß.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachleben!
In Vorbereitung:
Papa und Genossen.

Brunnen-Theater
Dahlstraße 88. Direkt.: Bernh. Ross.
Freitag, den 6. Dezember 1907:
Die Schauspieler des Kaisers.
Drama in 4 Akt. v. Karl Warkenburg. Vorkauf vom 10 bis 2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Ein seltsamer Fall.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornroschen. Abends: Das Heiratstest. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.
Montag: Ein seltsamer Fall.

Lorzing-Theater
Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Kumpelstücken. Abends 8 Uhr: Uubine. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Hünarensieber.
Zentral-Theater.
Gastspiel des Heibel-Theaters. Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten von Verard. Schloß.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachleben!
In Vorbereitung:
Papa und Genossen.

Brunnen-Theater
Dahlstraße 88. Direkt.: Bernh. Ross.
Freitag, den 6. Dezember 1907:
Die Schauspieler des Kaisers.
Drama in 4 Akt. v. Karl Warkenburg. Vorkauf vom 10 bis 2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Ein seltsamer Fall.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornroschen. Abends: Das Heiratstest. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.
Montag: Ein seltsamer Fall.

Lorzing-Theater
Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Kumpelstücken. Abends 8 Uhr: Uubine. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Hünarensieber.
Zentral-Theater.
Gastspiel des Heibel-Theaters. Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten von Verard. Schloß.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachleben!
In Vorbereitung:
Papa und Genossen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: **Wanna Banna.** Schauspiel in fünf Aufzügen von Maurice Maeterlinck. Deutsch von F. v. Oppeln-Bronikowski. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Das vierte Gebot.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Traumulus.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Heimat.**

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: **Maria Stuart.** Ein Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Maria Stuart.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der Richter von Zalamea.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Ein Fallissement.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. P. Girsberg: Robert Schumann. Erläutert durch Instrumentalmusik. Technischer Vortrag des Julius: Komponisten der Reuzzeit.

Haben Sie schon Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 6. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: **Sormiegend humoristisches Progr.** Sämtliche Clowns, Tänzer u. ihren neuesten Späßen. Ferner:
Neu! Familie Humel. 6 fliegende Banvards
2 Damen, 4 Herren, alles doppelt und dreifache Saltomortale.
The three Demons
in ihren phänomenalen Leistungen und die großartigen neuen Spezialitäten.
Zum Schluß:
Auf dem Neckar
die jährliche große Wasserparade.
Sonntag: 2 Galavorstellungen. Nachm. ein Kind frei.

XIII. Saison. Zirkus Busch
Heute abends präzis 7 1/2 Uhr: **Komischer Galaabend.** Musik. sämtl. neuzugang. Künstler.
Kremo Family.
Geschw. Vichis. Mit Virginia Bell. Ferner: Herrn Schumanns Reuzbesessenen. Fräulein Ottilie Preval. Schutleiterin.
Auf der Hallig.
Die gr. künstl. Band. d. Bist. Busch. **Riesen-Illusionsakte unter Wasser.**
Sonntag: 2 Vorstellungen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Die singenden Engelsköpfe
Martin Kettner Erna Fröhlich
und das großartige Dezember-Programm.

Palast-Theater
Burgstraße 21.
Heute 8 Uhr
Entree 50 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee, das fidele Duo
und 9 Attraktionen 9.
Am heiligen Abend.
Charakterbild des Hoffmann.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josette — meine Frau.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20. Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr.
Das kelose. Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12
gigantische Spiele.
8 Colini Claron 8
„Ein Künstlerfest.“
Harry Arndt, Humorist.
12 Internation. Spezialitäten 12
Lunel: 4 Kapellen
Theaterdeluzem traler Umhll.

Buggenhausen
Montzplatz im Theatersaal täglich:
Das neue **Dezember-Programm.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. (Sonntag referiert 1 M., Entree 50 Pf.) Familienbillets a 40 Pf.
Unter **Militär-Konzert.**
Beder, Brynwardt, Wölkel, Neumann, Otheny und Böttich

Sanssouci
Kottbuser-Str. 6
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Freitag wegen großer Vereinst-Beschäftigung geschlossen.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Nordl. Sänger
und Tanztruppen.
Beginn Sonntag 5 Uhr, Montag 8 Uhr.

Gr. Vogel-Ausstellung
Aegintha vom 6.—10. Dezember
Canaria
Andreasstr. 21 Andreas-Festsäle Andreasstr. 21
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.
Verlosung von Papagelen, Kanarienhähnen etc.
Eintritt 50 Pf. Sonnabend, den 14. Dezember : : Vogel-Auktion : : Los 50 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Billets stets 8 Tage vorher!
Reichshallen Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachleben!
In Vorbereitung:
Papa und Genossen.

!!! Maßanfertigung!!!
von Herren-, Damen- und Kindergarderobe!
Modernisieren, Andern, Ausbessern, Reinigen und Aufbügeln von Herren- und Damengarderobe zu billigsten Preisen in meiner Spezialwerkstatt.
!!! Abholen und Liefern kostenlos von allen Stadtgegenden !!!
Julius Friedemann, Schneiderstr., Raabestr. II, p. I.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft **Kohnen & Jöring**
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenboockstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweiged. Industrie u. Gewerke.

RATH jr. Zeitzahlung
Wäbel, Teppiche, Strohdecken, Tischdecken, Portieren, Spiegel, Bilder, Porzellan, Uhren usw.
Besuch oder Postkarte.
50 Pf.
wüchentlich an.
Weißburgerstr. 78, I.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft **Kohnen & Jöring**
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenboockstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweiged. Industrie u. Gewerke.

Kronen, Lampen, sämtliche Zubehöerteile, Gaskocher, Plattapparate etc.
Reparaturen prompt und billig
Elektrische Klingelleitungen
Fornopr. 3, 3989. **Fritz Clemens**
Inh.: Rud. Fahrholz, Ingenieur
Kanalisations-, Gas- und Wasser-Anlagen.
N. 58, Schönhauser Allee 128, Laden, Hof geraden.
Vorzeigen dieses Inserats gewährt an der Kasse 5 Proz.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft **Kohnen & Jöring**
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenboockstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweiged. Industrie u. Gewerke.

Arbeiter finden für den Winter
gute und blüige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, leicht nur Gelber Laden.

Folies Bergère
8 1/2 8 1/2
Mila Barry
8 1/2 8 1/2
W. Jägerstraße 63a.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Am Rande des Abgrunds oder: Sherlock Holmes in Berlin. Detektiv- u. Verbrechenrom. a. Berlin N. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Der Seiermann und sein Pflegekind.

Biograph-Theater „Westend“
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr. Sonntag von 3—11 Uhr.
Stetiger Eingang von Neugierden.
Kasino-Theater.
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glänz. bunte Programm. Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
*** Rabbi Meseritsch. ***
Bunter Teil.
Geteilte Liebe.
Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 07. Anfang 8 1/2 Uhr.
Das Ungehener.
Vorder: Japfenreich.
Zum Schluß: **Wanna Banna.**
Preise: 3, 2, 1, 50, 1 M., 50 Pf.

J. Gossmanns Festsäle
Del.: O. Ernst
SW., Arenbergstr. 48.
Heute Freitag: Letzte Soltee vor Weihnachten der **Frick-Krause-Sänger**
Wiederbeginn: Freitag, d. 8. Januar. — Zwischen jeden Montag und Freitag: **Frei-Tanz.**

Albert Marquard
Berlin, Neanderstr. 26
Weingroßhandlung-Likörfabrik
empfiehlt seine gut gepflegten **Bordeaux, Rhein- und Moselweine**
sowie **Mediz. Ungarwein**
unter Garantie der Reinheit.
Ferner
feinst. Rum per Flasche 1,50-5,00
Arrak 1,00-3,75
Cognak 1,75-6,00
Burgunder, Rum- u. Arrak-Punsch per Ltr. 3,00 u. 3,50,
feinen Punsch-, Grog- und Glühwein-Extrakt per Ltr. 1,00-2,50.

!!! Maßanfertigung!!!
von Herren-, Damen- und Kindergarderobe!
Modernisieren, Andern, Ausbessern, Reinigen und Aufbügeln von Herren- und Damengarderobe zu billigsten Preisen in meiner Spezialwerkstatt.
!!! Abholen und Liefern kostenlos von allen Stadtgegenden !!!
Julius Friedemann, Schneiderstr., Raabestr. II, p. I.

RATH jr. Zeitzahlung
Wäbel, Teppiche, Strohdecken, Tischdecken, Portieren, Spiegel, Bilder, Porzellan, Uhren usw.
Besuch oder Postkarte.
50 Pf.
wüchentlich an.
Weißburgerstr. 78, I.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft **Kohnen & Jöring**
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenboockstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweiged. Industrie u. Gewerke.

Kronen, Lampen, sämtliche Zubehöerteile, Gaskocher, Plattapparate etc.
Reparaturen prompt und billig
Elektrische Klingelleitungen
Fornopr. 3, 3989. **Fritz Clemens**
Inh.: Rud. Fahrholz, Ingenieur
Kanalisations-, Gas- und Wasser-Anlagen.
N. 58, Schönhauser Allee 128, Laden, Hof geraden.
Vorzeigen dieses Inserats gewährt an der Kasse 5 Proz.

Arbeiter finden für den Winter
gute und blüige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, leicht nur Gelber Laden.

In der Straßsacke gegen den Redakteur Martin Schiller
Theodor Wilhelm Krüger in Kiel, geboren am 21. September 1864 zu Holten, evangelischer Religion, wegen Beleidigung durch die Presse, hat die zweite Strafkammer des königlichen Landgerichts in Kiel am 27. Mai 1907 für Recht erkannt:
Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb zu einer Geldstrafe von 300 — dreihundert — Mark, an deren Stelle, falls sie nicht beigetrieben werden kann, für je 10 — zehn — Mark ein Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.
Dem Beleidigten Präsidenten der königlichen Eisenbahndirektion Kiel wird die Befugnis zugesprochen, die Beurteilung einmal binnen 4 — vier — Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils im „Soc-wärts“, in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und im „Weser“ auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen.
10952

Charlottenburg!
„Vorwärts“-Spedition.
Zeichenblätter 1. im Habes. **Weihnachtsprämien**
für unsere Abonnenten.
Freiwillige sämtliche Werke 3 M. Gerhards Werke 3,50 M. Franz Grillparzers Werke 3 M. Friedrich Schillers Werke 3 M. Durans Gesundheitsbuch 1,50 M. Silberbücher von 10 M. an.

BERLINER ARBEITSSTÄTTEN-LOTTERIE.
Ziehung am 14. Dezember in Berlin. Gesamtbetrag 4.000.000 M.
10000
erster Hauptgew. 1.000.000 M.
5000
zweiter Hauptgew. 1.000.000 M.
1000
kleinster Gew. 1.000 M. u. 500 M. Porto und Gewinnliste 20 Pf. extra, z. haben d. General-Debit Paul Steinberg & Co., G.m.b.H. Bankgeschäft, Berlin C. Rosenthalstr. 11/12, und b. all. durch Filialen konst. Lotterie- u. Cigarren-Geschäften.

Albert Marquard
Berlin, Neanderstr. 26
Weingroßhandlung-Likörfabrik
empfiehlt seine gut gepflegten **Bordeaux, Rhein- und Moselweine**
sowie **Mediz. Ungarwein**
unter Garantie der Reinheit.
Ferner
feinst. Rum per Flasche 1,50-5,00
Arrak 1,00-3,75
Cognak 1,75-6,00
Burgunder, Rum- u. Arrak-Punsch per Ltr. 3,00 u. 3,50,
feinen Punsch-, Grog- und Glühwein-Extrakt per Ltr. 1,00-2,50.

!!! Maßanfertigung!!!
von Herren-, Damen- und Kindergarderobe!
Modernisieren, Andern, Ausbessern, Reinigen und Aufbügeln von Herren- und Damengarderobe zu billigsten Preisen in meiner Spezialwerkstatt.
!!! Abholen und Liefern kostenlos von allen Stadtgegenden !!!
Julius Friedemann, Schneiderstr., Raabestr. II, p. I.

RATH jr. Zeitzahlung
Wäbel, Teppiche, Strohdecken, Tischdecken, Portieren, Spiegel, Bilder, Porzellan, Uhren usw.
Besuch oder Postkarte.
50 Pf.
wüchentlich an.
Weißburgerstr. 78, I.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft **Kohnen & Jöring**
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenboockstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweiged. Industrie u. Gewerke.

Kronen, Lampen, sämtliche Zubehöerteile, Gaskocher, Plattapparate etc.
Reparaturen prompt und billig
Elektrische Klingelleitungen
Fornopr. 3, 3989. **Fritz Clemens**
Inh.: Rud. Fahrholz, Ingenieur
Kanalisations-, Gas- und Wasser-Anlagen.
N. 58, Schönhauser Allee 128, Laden, Hof geraden.
Vorzeigen dieses Inserats gewährt an der Kasse 5 Proz.

Arbeiter finden für den Winter
gute und blüige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, leicht nur Gelber Laden.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausschlachten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre herabgelassen, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitlöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft **nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.**

Norden:

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.

Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.

Baer Sohn, Chausseestr. 29/30.

Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 24 Arbeiter und hat die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.

D. Perleberg, Chausseestr. 63;

„Blitz“, Turmstr. 19.

„Blitz“, Rosenthalerstr. 9.

„Blitz“, Chausseestr. 85.

Diese Firma stellt einen großen Teil ihres Umlages zu den geforderten Bedingungen her. Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 53.

Osten:

Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 186.

Bindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141,

hat veranschaulicht eine Werkstätte für einen geringen Teil Nachschneider eingerichtet.

Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.

Saake, Landsbergerstr. 91.

„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137.

Süden:

Baer Sohn, Brückenstr. 11.

Edders u. Dyckhoff, Draniensstr. 48.

Heitinger, Deutsche Comp., Draniensstr. 40/41,

stellen einen großen Teil ihres Umlages zu den geforderten Bedingungen her.

Leske u. Lehrer, Kottbusser Damm 78.

Wormann, Kottbusser Damm 77.

„Blitz“, Kottbusser Damm 29/30.

Westen:

„Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.

Frabich u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Frabich, Rosenthalerstr. 1.

Berthold Baer, Rosenthalerstr. 5.

Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.

May Schendel, Rosenthalerstr. 8.

Alex. Bohne, Landsbergerstr. 79.

Behrend, Grüner Weg 84.

Ringel, Chausseestr. 31, Brunnenstr. 47.

Levy u. Co., Brunnenstr. 50, Wilmer-

dorferstr. 47.

Wendit, Brunnenstr. 68.

Littmann, Draniensstr. 2.

Joseph Wandt, Chausseestr. 80a.

Th. Juras, Chausseestr. 79.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Die Ortsverwaltung.

K. Greifenhagen Nachfl.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Nur Freitag und Sonnabend

Doppelte Rabatt-Marken

und

Gratis-Photographie-Bons

bei einem Einkauf von 5 Mark an.

Ferner

Extra-Angebot in Lebensmitteln

Wurstwaren

Feine Leberwurst	Pfd. 95 Pfd.
Landleberwurst	Pfd. 85 Pfd.
Delikatess-Leberwurst	Pfd. 65 Pfd.
Zwiebel-Leberwurst	Pfd. 45 Pfd.
Braunschweiger Mettwurst	Pfd. 90 Pfd.
Westfälische Mettwurst	Pfd. 95 Pfd.
Fleischwurst (Hausschlachten)	Pfd. 95 Pfd.
Prima Rotwurst	Pfd. 75 Pfd.
Landblutwurst geräuchert	Pfd. 50 Pfd.
Prima Cervelatwurst	Pfd. 1.20
Prima Salamiwurst	Pfd. 1.20

Konserven

	1/2	1/2 Dose
Schnittspargel mit Köpfen	83	45 Pfd.
Feinste junge Schoten	80	45 Pfd.
Feine junge Schoten	55	33 Pfd.
Junge Gemüse-Erbsen	35	— Pfd.
Junge Erbsen u. Karotten	48	— Pfd.
Junge Karotten	36	— Pfd.
Gemischtes Gemüse	56	— Pfd.
Junger Kohlrabi mit Grün	27	— Pfd.
Junge Pfefferlinge	47	— Pfd.
Melange-Marmelade	Pfd. 23	Pfd.
Prima Pflaumenmus	Pfd. 25	Pfd.

Prima Oderbrucher Fettgänse Pfd. 58 Pfd.

Delikatess-Kasseler Pfd. 68 Pfd.

Gänsepökelfleisch Pfd. 68 Pfd.

Schinkenspeck in ganzen und 1/2 Stücken Pfd. 95 Pfd.

Feiner Räucher-Lachs in Stücken Pfd. 80 Pfd.

Käse

Hochfeiner Tilsiter	Pfd. 60 Pfd.
Fromage de Brie	Pfd. 80 Pfd.
Camembert in Schachteln	Stück 14 Pfd.
Camembert „Hansa“	Schachtel 22 Pfd.
Hochfeiner Limburger	Stück 60 Pfd.

Kolonialwaren

Rangoon-Reis	Pfd. 35 Pfd. prima 45 Pfd.
Java-Reis	Pfd. 55 Pfd. prima 65 Pfd.
Weizenmehl prima	Pfd. 35 u. Pfd. 85 Pfd.
Weizenmehl hochfein	Pfd. 38 u. Pfd. 95 Pfd.
Feinstes Auszugmehl	Pfd. 45 Pfd. 1.10

Haushalt-Cacao Pfund 1.25

Haushalt-Schokolade Pfund 85 Pfd.

Gebrannter Kaffee (Spezialmarke) 1/2 Pfund 45 Pfd.

ff. Kochzucker 5 Pfund 95 Pfd.

*) Mit Ausnahme einiger Artikel.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.

Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (10 Minuten Badzeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Uhren, Gold- u. Silberwaren
Optische Artikel
kauft man
reell und preiswert
7842* bei
Walter Kniebuseh,
Frankfurter Chaussee 61,
direkt am
Bahnhof Lichtenberg - Friedrichsfelde.

Teilzahlung! Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Teppiche, Betten, Böden, Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Wandtapeten, Tischdecken, Kissen, Herren-Garderobe! Auch nach Maß!
Kohl & Reimann (Ad. Kohl) Crednowstr. 14.

Oskar Wollburg
61 Brunnenstraße 61
Christliches Konfektionshaus
Goldene Medaille für gewerbliche Leistungen.

Großer Weihnachts-Verkauf
im Preise bedeutend ermäßigt.
Maßanfertigung. Großes Stofflager.

Abend- und Theater-Mäntel
in nur schönen Farben, Hänger, Capes- und Kimono-Fassons, 11⁷⁵ 15⁵⁰ 19⁰⁰ bis 46⁰⁰ M.

Plüsch-, Astrachan- und Breitschwanz-Jacketts und Paletots, Liffboy und Bolero mit farbigen Tressen und Westen 6⁷⁵ 13⁵⁰ 22⁷⁵ bis 68⁰⁰ M.

Schwarze und farbige Paletots in allen Längen, in uni, gestreiften und karierten Stoffen 7⁰⁰ 12⁵⁰ 17⁰⁰ 28⁰⁰ M.

Schwarze und farbige Velvet-, Liffboy-Jacketts 14⁵⁰ 18⁷⁵ 22⁵⁰ M.

Kostüme, anliegend und lose, aus Tuch und guten Ver- 13⁰⁰ 21⁰⁰ 36⁰⁰ 58⁰⁰ M.

Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk und extra 5 Proz. Rabatt.

Kostümröcke, schwarz und farbig in reicher Auswahl 4⁵⁰ 10⁰⁰ 15⁰⁰ 24⁰⁰ M.

Blusen aus Samt, Wolle, Seide, Füll und Spitzen in nur sparten Fassons 1⁰⁰ 2⁷⁵ 3⁷⁵ 6⁰⁰ bis 25⁰⁰ M.

Kindermäntel, Capes und Sakkos vom Baby bis zum Backfisch, auch aus Samt 2²⁵ 4⁵⁰ 6⁰⁰ bis 18⁰⁰ M.

Ein großer Posten Tuch-Jupons mit Tressenbesatz u. hohen garniert. Volants 6⁵⁰ 8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁷⁵ M.

Pelzstolas in allen Längen und Pelzarten.

Dr. Simmel 50 Pf. wöch. **Ohne Anzahlung**
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-1.

Gardinen, Teppiche, Decken, Portieren, fertige Betten, Läufer, Spiegel, Taschenuhren, Bettwäsche, Bilder, Herren- u. Knaben-Garderobe, kl. Anz., 1 M. wöch. Weinbergsweg 12 Pf. ed. Postkarte.

Ein Triumph
der deutschen Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's Caruso-Zigaretten
trotz unübertrefflicher Qualität und garantiert feinsten Handarbeit
nur 3 Pf. per Stück!

Aus der Frauenbewegung.

Presidenten und Frauenkonferenz.

Den Bericht vom preussischen Parteitag und der Frauenkonferenz... Die Delegierten der Berliner Genossinnen... Genossin Peter... gab den Bericht vom Parteitag... Sie bemerkte, die ganze Lage sei von dem Geist des Wahlrechtskampfes bezeugt...

die jehigen Dienstmädchen nachher Proletarierfrauen und Mütter... die ihre Kinder im Sinne des Sozialismus erziehen sollten... Genossin Baar bemerkte in ihrem Schlusswort: So hoch sei die Gleichheit...

Kein Fatalismus, sondern Kampfeslust.

Zu dem Artikel „Ernährungsfragen“ in Nr. 281 des „Vorwärts“, sendet und Genossin Gothausen einen Artikel, in dem sie sich zu der ertümelnden Auffassung bekennt, die in diesem Artikel als Beispiel angeführten Budgets...

Es wird da der schädliche Einfluss des Alkohols und der kalten Küche im Arbeiterhaushalt hervorgehoben. Ich gebe unumwunden zu, es ist richtig: das ein gutes, warmes, gelochtes Essen entspricht besser seinem Zwecke, als lediglich Brot...

Es gibt allerdings Menschen, die sich selbst etwas in die Tasche schieben. Ich kann hier ein Beispiel anführen. Eine Nachbarin von mir profitiert immerzu, daß sie mit dem Verdienste ihres Mannes gut auskomme und am neuen Lehnstage noch Ueberfluß habe...

Leider gibt es Männer, die von den Haushaltsfragen keine Ahnung haben und nicht verstehen, daß die Küchenführung viel teurer geworden ist. Vollständig stimme ich der Ansicht zu: für den Haushalter ist es besser, wenn die Frau im Hause bleibt... Ich verfolge seit Jahren die veröffentlichten Arbeiterbudgets...

Seele, verdrossen, erbittert, ohne zu wissen, wie sie sich aus der Nöhere befreien können, leben sie dahin. Die indifferent dahinlebenden Menschen aufklären, sie belehren, das Brot genug wackeln für alle Menschenkinder, das ist unsere Aufgabe...

Der die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre verfolgt hat, der muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß alles getan wird, um die Arbeitermassen niederzuhalten... Es gehört keine große politische Erkenntnis dazu, zu begreifen, daß vieles besteht, das wert ist, daß es vergeht!

Versammlungen — Veranstaltungen.

- Berlin, Dienstag, den 10. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Vortrag, Frau Wally Jepsen: „Was geben wir unseren Kindern zu lesen?“
Schöneberg, Montag, den 9. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Obfr. Reiningersstraße: Vortrag, Genossin Luntzow: „Frauenpflichten, Frauenrechte“...

Verfammlungen.

Genosse Krenz sendet uns zu dem Bericht über die Versammlung im 1. Wahlkreis eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen: „Ich habe nicht gesagt: Jede Versammlung, die sich mit den Aufgaben der Partei in der Wahlrechtsfrage beschäftigt, müßte sonst überflüssig sein...“

Orts - Strauenteffe

Zigarren- und Zigarettenmacher zu Berlin. 1. Kassenbeamter zum Bureau und... 1. Kassebeamter zum Bureau und... 1. Kassebeamter zum Bureau...

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Touren Sonntag, den 8. Dezember: 1. Abt. 1 Uhr: Kirchbrückbogen (Comet). Start: Sälower Str. 2. Abt. 1 Uhr: Stolpe a. R. (Bergemann)...

Gonabend, 7. Dezember 1907. Bei A. Becker, Referat 17: Großes Strandfest am Familienbad Wannsee.

BIAL & FREUND Gegründet 1864 BRESLAU 2



Grammophone

und andere erklänliche Platten-Sprechapparate. Bestell-Nr. 60. Gehäuse hochpol. Ebenholz, 20cm Durchmesser...

Weihnachts-Modelle

Als zu Festgeschenken besonders geeignet, empfehlen wir unsere erstklassigen Musikwerke, Grammophone etc., welche wir zu äußerst billigen Preisen gegen beucomerte monatliche Teilzahlungen...

Teilzahlungen

Überall hin verwenden. Unsere togame Zahlungsweise, deren Beliebtheit mehr als 200 000 Kunden aus allen Gesellschaftskreisen beweisen, gestattet die Anschaffung wirklich guter, renommierter Fabrikate ohne fahlabare Ausgabe...

Zithern aller Systeme

Phonographen, Operngläser, Felostecker, photographische Apparate, Jagdgewehre, Bücher, Bilder etc. Bei genauer Angabe des gewünschten Gegenstandes ausführlicher Spezialkatalog gratis.

Bestellzettel. Hiermit bestelle ich bei der Firma Bial & Freund in Breslau II unter Anerkennung deren Eigentumsrechtes bis zum Ausglick... Ich zahle monatlich M. von 1... 1907



Musikwerke

Beste Instrumente mit Stahlstimmen und runden Stahlnoten. Im Gebrauch unverwundlich. Musikalisch unübertroffen. Unsere Preise verstehen sich mit 6 Noten...



Christbaum-Untersatz

Tragkraft 25 kg, selbstspielend u. selbstdrehend, 2 Weihnachtslieder spielend. Preis Mark 28.-, in Glockenspiel Nr. 32, Monatsrate Mk. 3.-

